Schwerpunkt: Im Land des Lächelns – Das Ende der Utopien? ▶ Außerdem: ▶ Globalisierung ohne Afrika ▶ Kuba mit Blockade ▶ Kultur ohne Grenzen ▶ Bolivien unter Strom ▶ Rio ohne Folgen ▶ Fremde vor der Festung...

iz3w

▶ blätter des informationszentrums 3. welt



▶ blätter des informationszentrums 3. welt



In dieser Ausgabe

Politik und Ökonomie

Schwerpunkt:

Das Ende der Utopien?



Kultur



Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Neuigkeiten aus Kisangani

»Schafft er's oder schafft er's nicht?« Eine Woche lang wurde in der Redaktion intensiv der Vormarsch von Laurent Kabila und seiner Rebellentruppe in Zaire verfolgt. Nicht, daß wir den AFDL-Kommandeur für einen neuen Che Guevara halten wollten – obwohl er ja vor einigen Jahrzehnten mit diesem zusammen im Busch gesehen worden sein soll –, nein, mit zitternden Händen schlugen wir die Tageszeitungen lediglich auf, um flüchtigen Blickes nach Neuigkeiten aus Kisangani zu suchen. Kisangani? War da was? Richtig, Kisangani ist die Stadt im Osten Zaires, von der wir in der letzten Ausgabe behaupteten, sie sei von Kabilas Truppen zwei Wochen zuvor eingenommen worden. Tatsächlich stand Kabila aber bei Redaktionsschluß noch Gewehr bei Fuß vor den Toren der Stadt.

Wir hatten bei Drucklegung die Einnahme Kisanganis einige Tage vorweggenommen, um bei Erscheinen des Heftes – zwischen Redaktionsschluß und Erscheinungstermin der **iz3w** kann manchmal ein Monat liegen – nicht um Wochen zu spät zu kommen. Erleichtert waren wir, als dann die Meldung von der weitgehend kampflosen Einnahme Kisanganis über den Ticker kam und unsere – zugegebenermaßen nicht allzu schwierige Prognose – bestätigte. Als das Heft bei den LeserInnen im Briefkasten lag, stimmten Text und Wirklichkeit wieder überein.

Weil Zeit Geld ist und kurze Zeit viel Geld kostet, verlegten wir uns also in Ermangelung der zum Erzielen einer hohen Nachrichtenübermittlungs- und Veröffentlichungsgeschwindigkeit erforderlichen Produktivkräfte ausnahmsweise auf das »wahr-sagen«, um auf der Höhe der Zeit zu bleiben. Diese Höhe hat aber kaum noch mit realen Räumen zu tun – solchen, die wir eben nur durch Wahrsagung überbrücken konnten. Vielmehr ist die Zeit immer weniger relativ, sondern wird zur sogenannten Echtzeit. Das Losfahren und losschicken fällt mit dem Ankommen zusammen. Man braucht gar nicht irgendeiner Indianer-Romantik zu verfallen, wonach »ein Mensch nicht schneller reisen sollte als ein Pferd laufen kann«, um hier ins Stolpern zu kommen. Wenn hier und dort und eben und jetzt immer enger zusammenrücken, ist der »information overload« (dt. Nachrichtenüberfrachtung; wir setzen hiermit unseren kleinen Sprachkurs aus dem vorletzten Heft fort) kaum noch zu bewältigen. Macht also Aktualität noch Sinn, wenn die Neuigkeiten aus Mykonos, Kisangani und Lima übereinanderherfallen, wenn die Nachricht von gestern heute schon ihren Wert verliert – den Informations- und den Verkaufswert?

Die in Sekundenschnelle übermittelten Nachrichtenfluten sind zum Fetisch geworden. Sie überdecken Erinnerung, verdrängen die gründliche Analyse und verhindern kritische Meinungsbildung. Das gilt heute, anders als vor zwanzig Jahren, als Informationen aus dem Süden noch absolute Mangelware waren und sich niemand für sie interessierte, auch für Nachrichten »aus aller Welt«. Inzwischen führen Newswahn und Informationsinflation ihrerseits zum Desinteresse, dem die Anchormen (neudeutsch für »Nachrichtensprecher«) mit der Inszenierung der Nachricht als Ereignis entgegensteuern sollen – im Interesse des Konsums, nicht der Nachricht, versteht sich.

Dies ist kein Plädoyer gegen die Information. Vielleicht ist es ein Plädoyer für Entschleunigung auch im Informationsbereich, ein Plädoyer für Zeitsouveränität, für das Recht auf Faulheit statt auf Arbeit, ein Plädoyer dafür, lieber mal ins Stocken und Grübeln zu geraten als immer auf dem Laufenden zu bleiben und einer Zeit hinterherzujagen in der die Schlagzeilen von morgen heute schon der Schnee von gestern sind.

Apropos Schnee von gestern: Che Guevara, Kabilas Bekannter von früher, feiert, nein, wir feiern... oder wer auch immer – jedenfalls gibt es anläßlich seines dreißigsten Todestages ein regelrechtes Che-Revival. Nicht nur in Zentralamerika, auch in unseren Breitengraden wird dem Revolutionshelden von einst gedacht, und einige Bücher werden über ihn geschrieben. Was zweierlei zeigt: Utopien für die Zukunft sind angesagt, und Vergangenheit ist immer aktueller als man denkt.

die redaktion



Foto: epd-bild/Neetz

Im Dämmerzustand

Globalisierung, Abkoppelung und die Grenzen des Regionalismus in Afrika

von **Robert Kappel**

Die Weltwirtschaft erlebte im vergangenen Jahrzehnt einen sprunghaften Anstieg protektionistischer supranationaler Wirtschaftszonen. Dieser Prozeß der Regionalisierung von Wirtschaftsräumen verläuft parallel zur Globalisierung als Reaktion auf den entstehenden unbegrenzten Markt. Nur in Afrika rührt sich wenig. Der Sog der Globalisierung scheint den abgekoppelten Kontinent nicht zu erfassen.

▶ Die Welt rückt im sogenannten Globalisierungsprozeß zusammen. Nur der afrikanische Kontinent befindet sich in einer Randlage. 1995 betrug der Anteil Afrikas am Welthandel lediglich ca. 1,2%. Sein Anteil an ausländischen Direktinvestitionen liegt seit Jahren bei weniger als 2%. 1995 erreichten sie nicht einmal die Höhe der Zuflüsse nach Malaysia.

Neben der marginalen Position Afrikas im Globalisierungsprozeß fällt auf, daß auch die mit der Globalisierung verbundene Regionalisierung auf diesem Kontinent nur in rudimentären Formen anzutreffen ist. Sprießen etwa in Asien regionale Wirtschaftsräume wie Pilze aus dem Boden (vgl. iz3w 219, S. 14-18 und 220, S. 8-9), so läßt sich für Afrika nichts derartiges feststellen.

Drei Fragen gilt es deshalb zu diskutieren: Erstens: Weshalb ist Afrika in eine Randsituation geraten und worin bestehen wesentliche Blockierungen? Zweitens: In welchem Stadium befindet sich die regionale Kooperation? Drittens: Welche Perspektiven hat Afrika? Zunächst sollen jedoch einige Grundbeobachtungen zum Verhältnis von Globalisierung und Regionalisierung skizziert werden, aufgrund derer sich den aufgeworfenen Fragen angenähert wird.

Globalisierung ist ein zentrifugaler Prozeß, in dem sich gleichzeitig die Entfernungen zwischen Regionen und auch zwischen ökonomischen Akteuren verringern. Entgrenzungen treten auf. Die Souveränität von Nationalstaaten reduziert sich und der Konkurrenzdruck zwischen den Standorten erhöht sich.

Regionalisierung ist dagegen ein zentripetaler Prozeß. Er nimmt verschiedene Formen an und hat einen politischen Willensbildungsprozeß zur Grundlage. Regionalisierung zielt auf die Vergrößerung der kollektiven Stärke und der politischen Souveränität gegenüber dem Rest der Welt. Sie ist damit eine Antwort auf die Globalisierung und zugleich ein Prozeß der Stärkung der eigenen mikro-ökonomischen Kräfte. Derzeit haben

wir es mit einer Entwicklung zu tun, in der sich um die Kernblöcke USA, Europäische Union und Japan herum Regionalkooperationen gruppiert haben. Afrika ist mit der Europäischen Union durch das Kooperationsabkommen von Lomé verbunden.

Was macht die Attraktivität der regionalen Blockbildung aus und was erhoffen sich die beteiligten Akteure von ihr? Zum ersten wird der Handelsaustausch begünstigt und intraregionale Absprachen sollen ineffiziente Parallelinvestitionen vermeiden sowie die rationellere Nutzung der Ressourcen ermöglichen. Auch glaubt man, daß zunehmender Wettbewerbsdruck zu Produktivitätssteigerungen führt. Dies wiederum begünstigt eine gerade erst entstehende Industrie, die sich so entwickeln und dann auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig werden kann. Man erhofft sich durch regionale Kooperation auch, Investitionsanreize für ausländische Direktinvestoren zu schaffen. Außerdem scheint ein höherer Selbstversorgungsgrad bei Agrar- und Industrieprodukten möglich zu werden. Schließlich nutzt eine gemeinsame Infrastruktur den Kooperanten selber. Und nicht zuletzt wird die ökonomische und politische Verhandlungsmacht der beteiligten Nationen im Globalisierungsprozeß gestärkt.

TOT- und andere Schocks

▶ Kann Afrika diese (theoretischen) Möglichkeiten realisieren? Ohne Zweifel bedarf es dazu zahlreicher Voraussetzungen, die nach allen Erkenntnissen in Afrika derzeit nicht voll gegeben sind. Zum einen stimmen die internen Bedingungen nicht. Rentenmentalität der Staatselite, schlechte Regierungsführung, Benachteiligung der Kleinindustrie, der Exportwirtschaft und der Bauern behindern kohärente Entwicklungen.

Zum anderen sind die externen Faktoren von Belang, die Afrika weltwirtschaftlich marginalisiert haben. Diese lassen sich anhand der Verwundbarkeit der Außenwirtschaftsbeziehungen Afrikas deutlich machen. Zuerst sind die sinkende Außenhandelsintegration und die einseitige Aus- und Einfuhrstruktur zu nennen, die nach wie vor das typische koloniale Spezialisierungsmuster aufweisen: Ausfuhr von landwirtschaftlichen, mineralischen und fossilen Rohstoffen und Einfuhr von Investitionsgütern, Maschinen, Fertigwaren, Mineralöl und Nahrungsmitteln. Eine leichte Diversifizierung der Exportproduktion ist in einigen Ländern festzustellen. Nur bei wenigen Produkten ist ein Anstieg des Weltmarktanteils zu verzeichnen, so bei Bananen.

Der zweite externe Faktor für Afrikas Randdasein berührt das Verhältnis zwischen der WTO und den Ländern Afrikas. Die Auswirkungen der Liberalisierung des Welthandels auf Afrika sind zwar umstritten, doch kann man festhalten, daß die meisten Länder ihre Position aufgrund von Präferenz- und Terms-of-Trade-Verlusten im Welthandel nicht verbessern werden.

Die Terms-of-Trade-Schocks sind Faktor Nummer drei. Besonders deutlich wird die Krise der außenwirtschaftlichen Beziehungen Afrikas an der Entwicklung der gesunkenen Commodity Terms-of-Trade (TOT) und der Income TOT, das heißt sinkende Preise für die Rohstoffe führten zu sinkenden Gesamtausfuhren und auch -einfuhren. 1995 lagen die Ein- und Ausfuhren unterhalb des Niveaus von 1980, was vor allem auf den Ölpreisverfall und die sinkenden Öleinnahmen der afrikanischen Ölförderländer Nigeria, Gabun, Angola u.a. zurückzuführen ist. Länder mit seit mehr als zwanzig Jahren sinkenden TOT haben ein Wachstum an Verelendung zu verzeichnen. Die Wachstum und Entwicklung behindernden Commodity TOT sind Ausdruck nicht nur einer von Afrika kaum beeinflußbaren Preisbildung, sondern auch einer fehlgeleiteten Handelspolitik, die Exporte und Exportdiversifizierung nicht gerade stimulierte.

Der Handel Afrikas ist vor allem nach Europa ausgerichtet

Auch das niedrige Niveau der Auslandsinvestitionen trägt nicht zur Einbettung des afrikanischen Kontinents in die sich entgrenzende Weltökonomie bei. Die Ströme und Bestände an Direktinvestitionen nach und in Afrika verlieren mehr und mehr an Bedeutung. Schwerpunkte der ausländischen Investitionstätigkeit liegen im extraktiven Sektor (Öl und Bergbau), knapp 20% entfallen auf die verarbeitende Industrie. Als Ursachen für die geringe Investitionstätigkeit ausländischer Unternehmen lassen sich zahlreiche Gründe anführen wie politische Konflikte, in der Regel kleine Märkte, unzureichende Infrastruktur (besonders in der Telekommunikation und im Transport), geringer Fortschritt bei den wirtschaftlichen Reformen, niedriges Ausbildungsniveau und technische Fähigkeiten sowie hohe Produktionskosten. Niedrig ist aus den gleichen Gründen auch das Niveau der Binneninvestitionen.

Blockierend wirkt nach wie vor die Verschuldungskrise. Schuldendienst und die Gesamtschuldenquote sind weiterhin sehr hoch. Nur über eine stärkere Weltmarktintegration ließen sich die Schulden reduzieren und die Entwicklungskrisen Afrikas bereinigen – so die Leitlinie des IWF und der Weltbank. Für zahlreiche afrikanische Länder, die über ein gewisses Industriepotential verfügen, ist dies sicherlich eine der möglichen Optionen. Länder mit Rohstoff- und Agrarexporten haben allerdings eine schlechtere Ausgangsposition. Die Preise dieser Produkte unterliegen starken Schwankungen. Ihre Ökonomien sind strukturell verzerrt.

Rudimentärer Regionalismus

▶ Nicht nur ist Afrika im Globalisierungsprozeß kaum mehr als ein Zuschauer, auch die regionale Integration befindet sich auf niedrigem Niveau. Welche Strategien soll Afrika nun fahren, um seine Position zu verbessern? Soll es auf stärkere Weltmarktintegration, auf stärkere Regionalisierung oder auf eine engere Kooperation mit der Europäischen Union setzen? Oder bietet sich eine Mischung aus allen drei Ansätzen an? Um die Optionen der Regionalisierung besser bewerten zu können, werden im folgenden die Erfahrungen der regionalen Integration in Afrika behandelt.

Der Außenhandel wird vor allem mit Ländern der Europäischen Union abgewickelt. Der Anteil der EU an den Exporten Afrikas ist gestiegen (1980: 46%; 1993: 58%). An den Importen hat die EU seit 1975 einen Anteil von mehr als 2/3. Der Anteil des regionalen Handelsaustausches ist nach wie vor sehr niedrig, wenngleich sich in den letzten Jahren eine stärkere parallele Handelsintegration entwickelt hat. Die Potentiale regionaler Integration sind bei weitem nicht ausgeschöpft.

An den beiden wichtigsten regionalen Kooperationsformen ECOWAS und SADC zeigen sich Grenzen und Möglichkeiten des afrikanischen Regionalismus. ECOWAS (Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft) existiert seit 1975. Zielsetzungen des Vertrages waren im wesentlichen die Schaffung eines einheitlichen Zoll- und Wirtschaftsgebietes bis 1991, die Harmonisierung der Industrie- und Wirtschaftspolitik, der Geld- und Fiskalpolitik und vor allem ein höherer und gleicher Entwicklungsstand.

Die Probleme der Kooperation sind vielfältig. So existieren keine komplementären Produktionsstrukturen. Da die Infrastruktur (Kommunikations- und Transportwege) in den ECOWAS-Staaten unzureichend sind, wird der Handel untereinander behindert. Aus diesem Grunde wurde seit der Gründung verstärkt in die Infrastruktur investiert. Hier sind auch die meisten Kooperationserfolge zu verzeichnen wie beispielsweise der Bau des Küsten-Highways von Nouakchott in Mauretanien nach Lagos. Eine weitere Schwierigkeit für eine überstaatliche Zusammenarbeit liegt in der Zusammensetzung des Budgets vieler Staaten: In vielen Ländern tragen Zolleinnahmen erheblich zum Staatshaushalt bei, so daß kein großes Interesse an Zollsenkungen besteht. Die hochgesteckten Ziele bei der Beseitigung der Handelsbarrieren wurden somit nicht einmal ansatzweise erreicht. Schließlich ist zu erwähnen, daß innerhalb der ECOWAS mehrere Währungs- und Finanzsysteme existieren. Neben der stabilen CFA-Franc-Währungsunion gibt es Länder mit sehr instabilen und nicht konvertiblen Währungen. Dies macht einen ungehinderten Austausch nicht gerade leichter.

Hinzu kommen die politischen Unterschiede in der Region. Nigeria als zentrale Macht wird von den anderen ECOWAS-Ländern, vor allem Côte d'Ivoire und Ghana, mißtrauisch beobachtet. Frankreich und die frankophonen Länder wachen eifrig darüber, daß Nigerias Einfluß sich nicht weiter ausdehnt. Und Nigeria befürchtet den zu

großen Einfluß Frankreichs und der frankophonen Länder.

Neben der ECOWAS hat sich mit der SADC (Südafrikanische Entwicklungsgemeinschaft) ein weiterer regionaler Zusammenschluß gebildet. Sie ging aus der SADCC (Südafrikanische Koordinationskonferenz für Entwicklung) hervor und wurde am 17.8. 1992 in Windhoek von zehn Mitgliedsstaaten ins Leben gerufen. Die SADC folgt den Konzepten ihrer Vorgängerin, die eine im Vergleich zur ECOWAS völlig konträre Strategie verfolgte. Prioritäten wurden festgelegt, d.h. die SADCC beschränkte die Arbeit auf einige wesentliche Bereiche. Darunter fielen Transport und Kommunikation, Bekämpfung von Tierkrankheiten, Ernährungssicherung, Dürrebekämpfung sowie Harmonisierung der Industrie- und Energiepolitik. Für die verschiedenen Kooperationsfelder übernahm jeweils ein Land die Verantwortung.

Neben den rein ökonomischen Zielsetzungen wurde auch ein politisches Ziel formuliert, nämlich die Minderung der Abhängigkeit von der Republik Südafrika. Durch die Veränderungen in Südafrika wird sich auch die SADC verändern. Ob es zu einem Durchbruch zu verstärkter Kooperation kommt, ist mehr als fraglich, obwohl der Integrationsgrad im südlichen Afrika größer ist als in Westafrika. Aber Südafrika ist ein (zu) starker Partner, der die Nachbarländer dominiert. Diese haben hohe Handelsbilanzdefizite mit Südafrika. Zudem gibt es viele andere Kooperationsformen im südlichen Afrika, die sich überschneiden, unterschiedliche Interessen haben und nicht an einem Strang ziehen (wie Common Market for Eastern and Southern Africa – COMESA, Southern African Customs Union – SACU u.a.).

Zusammenfassend lassen sich die Grenzen des Regionalismus in Afrika deutlich formulieren: Der Handel Afrikas ist vor allem nach Europa ausgerichtet, eine diversifizierte Industrie existiert – mit Ausnahme von Südafrika – nicht. Die von der Weltbank gefahrene angebots-orientierte Umstrukturierung (verstärkter Export traditioneller Güter) ist einer regionalen Integration nicht unbedingt förderlich. Die Regierungen verfolgen bis heute eine auf den Binnenmarkt ausgerichtete Politik.

Insgesamt befindet sich Afrika daher in einem dreifachen Dilemma: Erstens fördert die WTO-Liberalisierung eine stärkere Integration in den Weltmarkt. Diese Integration marginalisiert jedoch die meisten afrikanischen Länder. Einige Länder können ihre komparativen Vorteile im Handel wahrnehmen. Andere müssen versuchen, ihre einseitige Abhängigkeit von Rohstoff- und Agrarexporten abzubauen, indem der Industrialisierungsprozeß, vor allem in der Klein- und Mittelindustrie, gefördert wird. Der regionale Markt könnte genutzt werden, um die Nachteile zu enger nationaler Märkte zu beseitigen.

Zweitens: Die afrikanischen Erfahrungen mit regionaler Integration sind zwiespältig. Die meisten Kooperationen sind ineffektiv, gescheitert oder dämmern vor sich hin. Trotz der ungünstigen Voraussetzungen in Afrika ist jedoch ein Festhalten an regionaler Integration notwendig. Voraussetzungen für einen erfolgreichen Regionalismus sind komplementäre Produktionsstrukturen, die Bereitschaft nationale Protektion abzubauen und der politische Einigungswille der potentesten Länder. Diese Voraussetzungen müssen in jedem einzelnen Land Afrikas erst geschaffen werden. Afrika sollte sich daher pragmatische Ziele setzen und – wie SADC – eine »Schritt-für-Schritt-Konzeption« verfolgen. Auf politischer Ebene gibt es diese Bemühungen für eine »African Economic Community« seit langem.

Drittens: Afrika ist mit der Europäischen Union verbunden. Die Beziehungen Afrika – Europa sind durch Asymmetrien gekennzeichnet. Während für die Länder der Europäischen Union Afrika kaum interessant ist (Anteil Afrikas am EU-Außenhandel ca. 3%), ist der Handel Afrikas mit der Europäischen Union von großer und sogar steigender Bedeutung.

Europa – Verhängnis und Chance

► Welche Wege sollte Afrika nun einschlagen? Angesichts der starken Ausrichtung auf Europa wird vor allem hier anzusetzen sein. Meines Erachtens ist die Fortführung der Kooperation mit Europa aufgrund des Globalisierungsdrucks die Übergangslösung mit den geringsten Problemen: Das bisher bestehende Präferenzabkommen müßte jedoch in ein (reziprokes) Freihandelsabkommen umgewandelt werden.

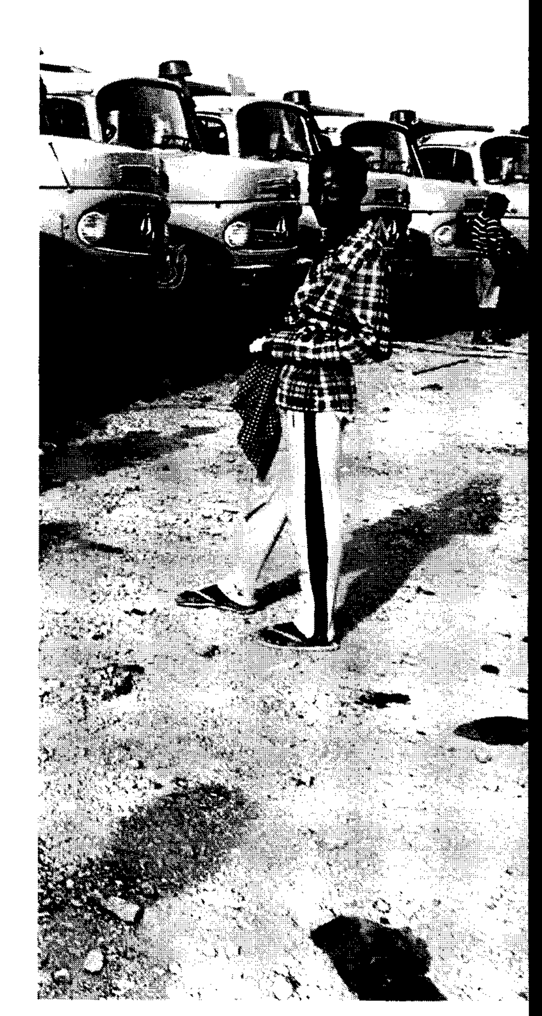
Auch diese Option weist freilich einige Probleme auf: So gilt die Liberalisierung dann nur für Importe aus der EU und wäre damit gegen andere wie Japan, die USA oder die Nahost-Staaten gerichtet. Da diese Diskriminierung möglicherweise Reaktionen der USA hervorruft, müßte parallel eine stärkere Liberalisierung auch auf multilateraler Ebene stattfinden.

Ein großes Problem ist auch die Handelsliberalisierung innerhalb Afrikas. Handelsbarrieren fördern den Regionalismus nicht gerade. Mittel- und langfristig wäre eine Handelsliberalisierung innerhalb von Afrika anzustreben. Erforderlich sind allerdings Abfederungsprogramme für jene Länder, die von der regionalen Kooperation bzw. der Liberalisierung innerhalb Afrikas nicht profitieren.

Es stellt sich auch die Frage, in welchen Schritten die Orientierung auf Europa im Rahmen des Lomé-Vertrages langsam abgebaut werden kann, um gleichzeitig die regionalen Integrationsräume in Afrika zu stärken. Die Erfahrungen der Integration in Afrika zeigen, daß es keine Gegensatzpaare gibt. D.h. es geht nicht um die vollständige Integration in den Weltmarkt oder um vollständige Abkoppelung, sondern es geht um ein Reformmodell, das die Weiterentwicklung bislang schwach entwickelter regionaler Kooperation fördert, bei gleichzeitiger Verbesserung der Lage auf den Weltmärkten.

Regionalismus ist aus der Sicht Afrikas derzeit noch keine tragfähige Option gegen den Globalisierungsdruck. Die negativen Auswirkungen der Einbindung in den Weltmarkt können durch ein reziprokes Bündnis mit Europa am besten abgefedert werden. Wo es Nischen gibt, kann Afrika Märkte außerhalb suchen. Insgesamt wird es darauf ankommen, daß die Staaten Afrikas und ihre Akteure sich verstärkt um die endogenen Potentiale kümmern und die regionale Kooperation nutzen, um dem Globalisierungsdruck besser standhalten zu können.

► **Robert Kappel** lehrt an der Universität Leipzig, Institut für Afrikanistik.



Insel blockiert, Exil saniert

Die US-Kubapolitik als verlängerte Innenpolitik

von **Hans-Jürgen Burchardt**

Ein irrationales Relikt des Kalten Krieges – so analysieren viele die Blockade-Politik der USA gegen das sich ausländischem Kapital längst öffnende Kuba. Betrachtet man diese jedoch als verlängerte Innenpolitik, so zeigt sich, daß es gleichwohl rationale ökonomische Interessen gibt, die die Fortführung der restriktiven Außenhandelspolitik gegen das Castro-Regime erklären können.

► Fidel Castro wird nicht müde, die völkerrechtswidrige US-Blockade gegen Kuba anzuprangern. Der kubanische Staatschef hat mittlerweile einflußreiche Rückendeckung erhalten: nach der OAS, Kanada und dem Vatikan kritisierte letzten November zum fünften Mal die UN-Generalversammlung in einer Resolution diese Reliquie des Kalten Krieges. Angeführt werden die weltweiten Proteste aber zur Zeit von der EU: Die europäischen Staaten stimmten in der UNO nicht nur zum ersten Mal geschlossen für eine Aufhebung der Blockade, sie klagen auch vor der Welthandelsorganisation WTO. Die Kubapolitik wird nicht nur als Ausdruck US-amerikanischer Hegemoniebestrebungen interpretiert, sondern auch als Affront gegen die Handelsliberalisierung kritisiert. Nicht zuletzt, weil die USA dadurch immer stärker eine internationale politische Isolation riskieren, sprechen neuere Erklärungsversuche der US-Kubapolitik von einer emotional geleiteten »Irrationalität«, die in einer »Verletzung des imperialen Stolzes« der USA begründet liegt.

Ohne einer solchen Argumentation jegliche Relevanz abzusprechen, gibt es aber durchaus eine rationale Erklärung für die »Ignoranz« der Vereinigten Staaten. Die jüngste Blockadeverschärfung kann auch mit ökonomischen Gründen erklärt werden – nämlich mit binnenökonomischen. In den USA hat sich traditionell eine Außenwirtschaftspolitik entwickelt, die unilateral geprägt ist, oft sehr unsensibel reagiert und mehr die Funktion einer verlängerten Innenpolitik erfüllt. Das hat folgenden Grund: Einerseits ist das Exportvolumen der »Exportnation USA« von großem Gewicht. Andererseits macht der Außenhandel aber nur einen Anteil von weit unter zehn Prozent am BIP aus. Mit anderen Worten: Der Außenhandel hat zwar weltwirtschaftlich großen Einfluß, ist für die Vereinigten Staaten selber aber nur von untergeordneter Bedeutung.

Die These von der verlängerten Innenpolitik trifft auch auf die nordamerikanische Kubapolitik zu. Die Clinton-Administration konnte sich mit ihrer jüngsten Verschärfung der Blockade den gewichtigen innenpolitischen Einfluß der exilkubanischen Gemeinde in Florida sichern. Denn die neuen – nach ihren Initiatoren als Helms-Burton-Bill bekannten – Gesetzesbestimmungen sind bei genauerem Hinsehen ein Wirtschaftsförderprogramm für exilkubanische und aus Kuba vertriebene Industriekreise.

Diese bemerkenswerte Interpretation über die wirkliche Funktion der Blockade liefert uns der Exilkubaner Louis F. Desloge III, der sich selbst zum konservativen Teil des Exils zählt und eine Destabilisierung des Castro-Systems durch eine Aufhebung der Blockade erreichen will. Er geht nämlich davon aus, daß der äußere Druck auf Kuba nur die innere Einheit festige. Nach Desloge III folgt die letzte Blockadeverschärfung »einem raffinierten Plan«: Nach dem dritten Absatz jenes Helms-Burton-Gesetzes können die alten Eliten des vorrevolutionären Kuba, die mit der Revolution enteignet wurden, ausländische Unternehmer vor US-Gerichten verklagen, wenn diese in Kuba in Besitz investieren, der vor der Revolution den Exilierten gehörte. So könnte z.B. Bacardí den französischen Spirituosenhersteller Pernod Ricard verklagen, der zur Zeit weltweit die kubanische Rum-Marke Havana Club vertreibt. Die Möglichkeit der Klage kann so als Druckmittel benutzt werden, um außergerichtliche Vergleiche zu erreichen. Denn das Helms-Burton-Gesetz verfügt über ein juristisches Schlupfloch, nach dem die Streitparteien zu einer außergerichtlichen Schlichtung kommen können. Die praktischen Folgen dieser Bestimmung liegen für Desloge III auf der Hand: »Es ist nicht anzunehmen, daß ausländische Unternehmen wie Pernod Ricard oder Unilever profitable Geschäftszweige in Kuba aufgrund einer Klage aufgeben. Wahrscheinlicher ist, daß diese Konzerne kubanische Exilierte, die unter dem Helms-Burton-Gesetz klagen, widerwillig mit Geld abfinden werden.«

Das Helms-Burton-Gesetz – ein Wirtschaftsförderungsprogramm für Exilkubaner

Die neue Blockadeverschärfung erlaubt es also den alten Eliten Kubas, von den neuen Unternehmern eine Art Gewinnsteuer zu erheben – um sich so vom wirtschaftlichen Aufschwung auf der Insel eine Scheibe abschneiden zu können. Da nach dem neuen Gesetz nur diejenigen klagen dürfen, die früher ein Eigentum von mindestens 50.000 US-Dollar besaßen, ist auch der Adressat dieser Wirtschaftsfördermaßnahme ganz eindeutig: »Man muß schon sehr reich gewesen sein, um 1959 in Kuba so viel besessen zu haben. Ein kubanischer Schlachter, Bäcker oder Kerzenmacher hat da Pech gehabt. Für ihn ist das Gesetz nicht gemacht.«

Unter diesem Blickwinkel kann auch die Politik eines Bill Clinton neu bewertet werden. Der US-Präsident hatte Anfang Januar 1997 zum dritten Mal von seinem Recht Gebrauch gemacht, die volle Anwendung des Helms-Burton-Gesetzes für jeweils sechs Monate zu verzögern. Dabei setzte er immer nur den erwähnten dritten Artikel mit dem Klagerecht für Exilkubaner außer Kraft. Was weltweit als erste Konzession auf den wachsenden Protest gegenüber der US-Kubapolitik interpretiert wurde, folgt einer ganz anderen Logik. Die Aussetzung des Klagerechts verringert das Drohpotential des Exils gegenüber ausländischen Investoren nicht im geringsten, da das Klagerecht nun gesetzmäßig festgeschrieben ist und Clintons alle sechs Monate zu erneuerndes Veto letztendlich jeweils nur aufschiebenden Charakter hat.

Nur solange die Blockade in ihrer jetzigen Form weiterexistiert, garantiert sie den einflußreichen Exilkubanern auch Gewinne. Denn es ist höchst zweifelhaft, daß das kubanische Exil nach einem Systemwechsel auf Kuba seine Besitzansprüche gegenüber ausländischen Investoren international durchsetzen könnte. Teile des Exils haben inzwischen aber offensichtlich gelernt, bei ihren Rekolonialisierungsgelüsten auf die Kolonie verzichten zu können.

► **Hans-Jürgen Burchardt** veröffentlichte zuletzt »*Kuba. Der lange Abschied von einem Mythos*«, erschienen im Schmetterling-Verlag (siehe Rezension in diesem Heft).

Schnecken in Sackgassen

Umwelt- und Entwicklungspolitik fünf Jahre nach Rio

von **Barbara Unmüßig**

»Die UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung im Jahre 1992 muß zu einer neuen Dimension internationaler Umweltpartnerschaft und entwicklungspolitischer Zusammenarbeit führen. Diese Konferenz muß den Weg aufzeigen (...), der zum Frieden der Menschen mit der Natur führt. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist für uns überwunden worden. Wir müssen auch die Ausbeutung der Natur durch den Menschen beenden. (...) Die Kosten eines Nichtstuns sind dramatisch – es wird weltweit nur Verlierer geben (...).«

► Als Ex-Umweltminister Klaus Töpfer mit diesen Worten im Oktober 1989 vor der UN-Generalversammlung, die die UNCED in Rio de Janeiro 1992 beschloß, neue Dimensionen internationaler Umweltpartnerschaft einforderte, hofften viele, die weltweite Umweltproblematik könnte zum internationalen Spitzenthema avancieren und das Nord-Süd-Verhältnis auf eine neue Grundlage gestellt werden. Hatte doch die Verknüpfung umwelt- und entwicklungspolitischer Fragestellungen in internationalen Umweltabkommen in den 80er Jahren entscheidende Impulse erhalten. Vor allem mit dem wachsenden Informations- und Bewußtseinsstand über die globale Klimaproblematik wurde die Interdependenz zwischen Nord und Süd deutlicher denn je.



Unter dieser global-ökologischen Perspektive verknüpften die Regierungen der Dritten Welt die alte Nord-Süd-Frage der Verteilungsgerechtigkeit (Weltwirtschaftsordnung) mit den neuen Forderungen an eine globale Umweltpolitik. Die Regierungen der Industrieländer waren zwar weniger an der Überwindung des ungleichen Weltwirtschaftssystems interessiert – auf der Suche nach Lösungsstrategien im Streit um künftige »Nutzungs- und Verschmutzungsrechte« nahmen sie jedoch die thematische Ausweitung des sogenannten »Erdgipfels« auf Entwicklungsfragen inkauf. Zudem versprachen sich mit der UNCED die Vereinten Nationen selbst eine politische Aufwertung. Obwohl bis dahin durchaus unterschiedliche Erfahrungen mit internationaler Umweltpolitik zu Buche standen – etwa zur Problemlösungsfähigkeit internationaler Umweltregime und zur Wirksamkeit der über 60 bedeutenden multilateralen Umweltübereinkommen, die seit der Stockholmkonferenz 1972 abgeschlossen worden sind – bot sich die UNO als Regulierungsrahmen an, weil sie als Garant für die Integration der Länder der Dritten Welt in die neuen internationalen Verhandlungsprozesse gilt.

Für die internationale Umweltpolitik vermochte UNCED tatsächlich vertragliche Weichen zu stellen. Mit der Klimarahmenkonvention, der Konvention zum Schutz der biologischen Vielfalt, der Konvention gegen die Ausbreitung der Wüsten sind völkerrechtsverbindliche Beschlüsse gefaßt worden. Die Agenda 21, das eigentliche Herzstück der Rio-Konferenz, benennt in mehr als 40 Kapiteln Handlungsfelder und Leitgedanken für die Lösung der öko-sozialen Probleme im nächsten Jahrhundert und mit der Commission on Sustainable Development (CSD) wurde bei der UNO eine institutionelle Einheit geschaffen, die die Fortschritte bei der Umsetzung der Agenda-21-Ziele überprüfen und vor allem dem Süden ein neues Forum schaffen soll.

Modernisierer gegen Konservierer

► Allerdings fiel bereits der Prozeß um die UNCED Anfang der 90er Jahre in einen Zeitraum, in dem sich die nationalen Volkswirtschaften und die Weltwirtschaft in einem tiefgreifenden Umbruch befanden. Das Leitbild der »nachhaltigen Entwicklung«, das mit der UNCED einen Durchbruch in der internationalen Diskussion erzielt hat, steht mit seiner Orientierung auf Umweltverträglichkeit, soziale Gerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit im Gegensatz zur dominanten Wirtschaftstheorie und -praxis. So haben die Industrieländer in Rio zwar die Hauptverantwortung für die globale Ökologiekrise und für die Korrektur der ökologischen Fehlentwicklung übernom-

men – keines dieser Länder hat jedoch seitdem ernsthaft damit begonnen, den ressourcenfressenden und umweltbelastenden Produktions- und Lebensstil zu ändern. Die Haupttrends globaler ökologischer Probleme – Klimaveränderungen, großflächige Vegetationszerstörungen wie Entwaldung, Bodenerosion, der Verlust biologischer Vielfalt und die Verknappung und Verschmutzung des Wassers – sind ungebrochen. Die eingeleiteten Prozesse bewegen sich aufgrund zahlreicher divergierender Interessen im Schneckentempo oder stecken in der Sackgasse.

Die weltweite wissenschaftliche und öffentliche Debatte über die Zukunftsfähigkeit bzw. »dauerhafte Entwicklung« beeinflußt die Geschäftspolitik der internationalen Finanzinstitutionen oder die staatliche Handels- und Exportförderpolitik offensichtlich nicht. Bisher sind Umweltschutzklauseln im Regelwerk der Welthandelsorganisation (WTO) nicht vorgesehen. Nicht geregelt ist zudem das Verhältnis der WTO zu multilateralen Umweltabkommen, die Handelsbeschränkungen zum Erreichen ihres Schutzzieles vorsehen. Bei internationalen Verhandlungen hat sich das Leitbild öko-sozialer Entwicklung nicht entfalten können. Weiterhin bleibt zudem die nachholende Entwicklung das dominante Paradigma der Eliten im Süden. Extrem gespalten ist somit weltweit der Diskurs zwischen denen, die globale Gerechtigkeit in einem endlichen Umweltraum sozial und ökologisch für zukunftsfähig halten und deshalb drastische Grenzen und Reduktionen umweltzerstörender und belastender Produktion und Emissionen aller Art fordern, und denen, die die Ausdehnung der Grenzen als Garantie für Wirtschaftswachstum und materiellen Wohlstand als notwendig betrachten.

Die Spaltung zwischen alten Modernisierungsstrategien und dem Ziel einer ökologisch-sozial tragfähigen Entwicklung spiegelt sich auch in der internationalen und der staatlichen Entwicklungspolitik wider. International unterstützen Finanz- und Entwicklungsinstitutionen die Trends der Weltwirtschaft. Der IWF und besonders die Weltbank fördern durch Strukturanpassungsprogramme und die Unterstützung privatwirtschaftlicher Investitionsprojekte sowie infrastruktureller Rahmenbedingungen vor allem im Energie- und Verkehrsbereich die Integration der Volkswirtschaften in den Weltmarkt.[1] Eine vom WWF-International u.a. mit finanzieller Unterstützung des 'Bundesministeriums wirtschaftliche Zusammenarbeit' (BMZ) durchgeführte vergleichende Länderstudie belegt, daß damit so gut wie nie ein ökologisch und sozial nachhaltiger Entwicklungsweg bestritten wird. Auf staatlicher Ebene flankiert die deutsche Entwicklungspolitik offener denn je klassische außenwirtschaftliche und außenpolitische Interessen, die von einer ökologischen Dimension in der Regel weit entfernt sind. Dem entspricht die Länderschwerpunktsetzung des BMZ: Länder wie China, Indonesien und die Türkei stehen an erster Stelle in der bundesdeutschen Entwicklungszusammenarbeit.

Eigennutz und Umweltschutz

▶ Im folgenden soll anhand der Biodiversitäts- und der Klimapolitik sowie dem Nord-Süd-Finanztransfer gezeigt werden, wie die Bundesrepublik als eines der reichsten Industrieländer und eine der größten Exportnationen der Welt mit der Frage der Verteilungsgerechtigkeit sowie mit dem Schutz der Umwelt umgeht. Weiterhin soll die Frage gestellt werden, ob die BRD sich zu Recht in der Rolle des umweltpolitischen Vorreiters sonnt.

Die Bundesregierung hat alle drei im Rio-Prozeß verhandelten Konventionen – Klima, Biodiversität und Desertifikation – zügig ratifiziert. Die internationalen Bemühungen zum Schutz der Ozonschicht hat sie – etwa bei der Verschärfung der Reduktionsziele innerhalb der EU – aktiv unterstützt. Der Erfolg des internationalen Ozonregimes läßt sich jedoch nicht auf andere, wesentlich komplexere Bereiche übertragen (vgl. iz3w Nr. 217).

Das trifft auch auf die in Rio unterzeichnete Biodiversitätskonvention zu. Sie gilt als bisher umfassendster Versuch, den Schutz und die Nutzung biologischer Vielfalt einer internationalen Regulierung zuzuführen und den aus den biologischen Ressourcen gezogenen Nutzen gerecht zu verteilen. Zum zweiten Mal nach dem Ozonabkommen verfügt eine Konvention zu Schutz und Nutzung biologischer Vielfalt über einen Finanzmechanismus (GEF = Global Environment Facility), der den Ländern der Dritten Welt Mittel zur Erfüllung der Konventionsziele und -pflichten bereitstellt.

Die Bundesregierung hat die Konvention 1993 ratifiziert, ihr aber nie besonders viel Aufmerksamkeit geschenkt. National fehlt der politische Wille zur Durchsetzung gegenüber Interessengruppen wie den Gen- und Biotechnologiefirmen, der Agrarindustrie oder den Bauernverbänden. Überfällig ist z.B. die Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes oder ein neues Bodenschutzgesetz. Als »Bremser« trat die Bundesregierung bei den Verhandlungen um ein völkerrechtlich bindendes 'Protokoll über den sicheren Umgang mit genetisch modifizierten Organismen' (Biosafety-Protokoll) auf, das vor allem von den Ländern der Dritten Welt mit großer Vehemenz gefordert wird. Seit 1995 setzt sich die Bundesregierung gemeinsam mit Großbritannien, den Niederlanden und Frankreich für ein Protokoll ein, das möglichst wenig Reglementierung für die bio- und gentechnologischen Wachstumsbranchen beinhaltet.

Anders scheint es zunächst in der Klimaschutzpolitik auszusehen.[2] Als die Bundesregierung 1990 das im internationalen Vergleich anspruchsvollste Klimaschutzziel beschloß, die CO_2-Emissionen um 25% bis zum Jahr 2005 (Basisjahr 1990) zu reduzieren, schien sie eine internationale Vorreiterrolle zu übernehmen. Ihr besonderes Engagement bei den Klimaverhandlungen hat sie mit der Einladung zur 1. Vertragsstaatenkonferenz 1995 nach Berlin dokumentiert. Ohne das nationale CO_2-Minderungsziel wäre mit Sicherheit der EU-Beschluß von 1992, die Emissionen bis zum Jahr 2000 auf dem Niveau von 1990 zu stabilisieren, nicht zustande gekommen.

Die Bundesrepublik und mit ihr die meisten Länder der EU sind es dennoch schuldig geblieben, eine aktive nationale Klimaschutzpolitik umzusetzen und auf europäischer Ebene durch die Einführung einer Energiesteuer dafür auch Rahmenbedingungen zu schaffen. Die CO_2-Emissionen nehmen welt- und europaweit weiter zu. Der leichte deutsche Rückgang ist eher Folge der Vereinigung, als einer aktiven Klimaschutzpolitik; und laut des jüngsten Klimaberichts der Bundesregierung steigen auch in Deutschland die CO_2-Emissionen wieder. Sechs Jahre nach Verabschiedung des bundesdeutschen CO_2-Minderungsprogrammes ist klar: Mit den bisher eingeleiteten Maßnahmen läßt sich dieses Ziel nicht erreichen. Das Umweltbundesamt errechnete in einer internen Prognose, daß bis zum Jahr 2005 lediglich mit einer CO_2-Reduktion von 4,6% zu rechnen ist. Tatsächlich sind die wirkungsvollsten der 1994 von einer 'Interministeriellen Arbeitsgruppe' (IMA) vorgelegten Maßnahmen bisher nicht oder unzureichend umgesetzt worden. Zu den gravierendsten Defiziten gehört der Verzicht auf die Wärmenutzungsverordnung, eine Energiesteuer und ein Umsteuern in der Verkehrspolitik zugunsten des öffentlichen Nahverkehrs. Bei allen progressiven Ankündigungen bleibt die Bundesregierung den Beweis schuldig, ernsthaft den ressourcen- und emissionsintensiven Lebens- und Produktionsstil zurückzufahren. Was bleibt, ist die Verantwortung eines Landes, dessen Bürger pro Kopf etwa das zehnfache der Kohlendioxidemissionen eines Bewohners eines durchschnittlichen Dritte-Welt-Landes verursachen.

Beim Geld hört der Spaß auf

▶ Konkreter als die diskursive Ebene von Fensterreden und Wahlkampfauftritten zeigt die Finanzierungsbereitschaft die tatsächliche politische und gesellschaftliche Interessenlage. So führte die Frage der Finanzierung der formulierten Schutzpolitik, bzw. Fragen des Finanztransfers von Nord nach Süd bereits vor und während der UNCED zu heftigen Kontroversen zwischen Industrie- und Dritte-Welt-Ländern. Der Süden forderte zusätzliche Finanzmittel zur effektiveren Umsetzung der Bekämpfung von Armut und Umweltproblemen. Das Thema Finanzen wurde schließlich als Querschnittsaufgabe für die Umsetzung der Agenda 21 betrachtet, deren Kapitel Schätzungen zum Finanz-


Foto: R. Maro / version

Kleine Fische fischen

bedarf der vorgeschlagenen Maßnahmen erhielten. Das speziell der Finanzierungsproblematik gewidmete Kapitel 33 der Agenda 21 hält neben allgemeinen Leitlinien sieben konkrete Einzelforderungen fest. Dazu gehören die Bekräftigung des 0,7-Ziels (prozentualer Anteil der Entwicklungshilfe am Bruttosozialprodukt), die Erhöhung der Mittel der Weltbanktochter IDA (International Development Association – spezielle Organisation für Darlehen an die ärmsten Länder zu günstigen Bedingungen) und der UNDP (UN Development Program – Koordinationsstelle aller UN-Hilfsprogramme, finanziert aus freiwilligen Beiträgen v.a. der Industriestaaten unter den UN-Mitgliedern), die langfristige Lösung des Schuldenproblems und die Richtlinien für den neuen globalen Umweltfonds (GEF). Die Gesamtkosten der Agenda 21 waren im Vorfeld der UNCED auf 625 Milliarden US$ jährlich geschätzt worden, wovon der Norden 125 Mrd. US $ aufbringen sollte, was damals eine Verdoppelung der weltweiten öffentlichen Entwicklungshilfe bedeutet hätte.

Fünf Jahre nach Rio ist – bis auf die Gründung und Finanzausstattung der GEF – keines dieser Ziele erfüllt. Die GEF wurde 1994 nach zähen Verhandlungen für eine Laufzeit von drei Jahren (1994-1997) mit lediglich 2.03 Mrd. US $ statt der angesetzten 6 Mrd. ausgestattet und blieb angesichts der finanziellen Anforderungen weit unterhalb der Erwartungen. Dennoch ist in finanzieller Hinsicht die GEF das einzig »harte« Ergebnis des Rio-Folgeprozesses. Weil die GEF u.a. als (vorläufiger) Finanzmechanismus der Klima- und Biodiversitätskonvention fungiert, ist sie anders als die anderen Empfehlungen des Kapitel 33 der Agenda 21 quasi zu einem völkerrechtsverbindlichen Instrument geworden.

Alle anderen Vorschläge und Ziele sind auch nicht annähernd umgesetzt worden. Die Entwicklungshilfeetats aller Industrieländer sind rückläufig. Der jüngste Bericht zur Entwicklungsfinanzierung der Weltbank bestätigt, daß lediglich 44,8 Mrd. US-Dollar für die internationale Entwicklungshilfe ausgegeben wurden. Dies liegt nominal unter dem Niveau von 1990. Die Mittel für die IDA wurden in zwei Auffüllungsverhandlungen nach Rio gekürzt und die Beiträge zur Entschuldung der ärmsten hochverschuldeten Länder sind minimal. Allein der Schuldendienst (Zinsen und Tilgungen) dieser Schuldnergruppe frißt die Hälfte der an sie geleisteten Entwicklungshilfe auf. Deutschland hat zu diesem ernüchternden Tatbestand beigetragen (s. Kasten).

Bei den GEF-Verhandlungen (1993/94) war die Bundesregierung noch bereit, die mangelnde Zahlungsbereitschaft anderer Industrieländer durch einen erhöhten Finanzbeitrag zu kompensieren und ist mit 380 Mio. DM der drittgrößte Einzahler der GEF. Anders bei den Verhandlungen zur Wiederauffüllung der IDA: Hier pocht die Bundesregierung auf »eine gerechte Lastenteilung der Industrieländer«. Nachdem sich die Industrieländer – allen voran die USA – im April 1996 auf eine niedrigere Finanzausstattung der IDA verständigt hatten, hatte die Bundesregierung ca. 1 Milliarde DM (gedacht für eine Laufzeit von drei Jahren) »übrig«. Obwohl dieser Betrag schon im Haushalt des BMZ eingestellt war, floß ein Großteil des Geldes zurück an den Finanzminister und nicht etwa in bilaterale Umwelt- und Armutsprojekte in den ärmsten Ländern, für die IDA-Mittel eigentlich zur Verfügung stehen sollen. Die 1997 anstehenden Verhandlungen zur Auffüllung der GEF werden an diesem Trend nichts ändern. Statt eines Einstiegs in neue Formen der Finanzierung von Umwelt und Entwicklung, droht die GEF immer mehr zu einer Alibiveranstaltung der zum Umsteuern unfähigen Industrieländer zu werden.[3]

Nachhaltig vordergründig

► Weit mehr als durch Rio und die folgenden fünf großen UN-Konferenzen (Bevölkerung/Kairo, Frauen/Peking, Stadtentwicklung/Istanbul, Ernährung/Rom, Sozialgipfel/Kopenhagen) werden also die Nord-Süd-Beziehungen incl. der öffentlichen und privaten »Entwicklungszusammenarbeit« durch die Wirkungen der wirtschaftlichen Globalisierung unter dem Leitbild des neoliberalen Dogmas geprägt. Die wichtigen Entscheidungen für die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Nord-Süd-Verhältnisses fallen u.a. bei der WTO, bei der Weltbank und beim IWF. Hier lehnt auch die Bundesregierung z.B. Umweltstandards im Rahmen der Welthandelsorganisation oder bei den eigenen Exportförderinstrumenten (wie Handelsbürgschaften) rigoros ab.

Insgesamt fällt der Bundesregierung das verbale Auftreten als Vorreiter offenbar dort am leichtesten, wo ihr aus dem internationalen Umweltvölkerrecht keine neuen staatlichen Pflichten und vor allem kein Nutzungsverzicht aufgebürdet werden. Ihre Rolle bei den Biodiversitätsverhandlungen macht im Gegenteil deutlich, daß die Bundesregierung unter erheblichem Druck einflußreicher Nutzungsgruppen steht.

Die staatliche deutsche Entwicklungspolitik ist fünf Jahre nach Rio als eigenständiger Politikbereich weiter marginalisiert. Die Transferleistungen an den Süden sind stark zurückgegangen. Von der Bundesregierung sind keinerlei Initiativen ausgegangen, strukturelle Probleme, die das Nord-Süd-Verhältnis betreffen, zu lösen. Bei der Reduktion der Schuldenlast gerade der ärmsten hochverschuldeten Länder oder beim Abbau umwelt- und sozialschädlicher Subventionen insbesondere im Agrarsektor tritt sie als Bremser auf.[4] So stellt sowohl die propagierte Armutsbekämpfungspolitik als auch die für sich in Anspruch genommene Vorreiterrolle im internationalen Umweltschutz weniger das Bemühen um Umverteilung von Reichtum sowie um nachhaltiges Wirtschaften dar, als vielmehr den Versuch der Abwälzung von wachsenden Risiken einer fortgesetzt haltlosen Wachstumspolitik.

Anmerkungen:

1 Im Energiebereich etwa plant die Weltbank derzeit zahlreiche Projekte zur Erdölerschließung im Süden des Tschad ebenso wie in Rußland oder Argentinien. Der Ausbau ihres Instrumentariums zur direkten Förderung des Privatsektors durch Finanzbeteiligungen und Risikogarantien wird vom Weltbankmanagement prioritär betrieben. Den Globalisierungsprozeß zu begleiten und aktiv vorantreiben zu wollen, ist auch die Kernbotschaft



von Weltbankpräsident Wolfensohn, der die jüngste Reorganisation der Weltbank (Strategic Compact) eng mit dieser Aufgabenstellung (Steigerung der Effizienz und Dienstleistungsangebote) verknüpft.

2 Hauptziel der 1992 in Rio unterzeichneten und seither von mehr als 155 Staaten ratifizierten Klimarahmenkonvention ist die Stabilisierung der Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre auf einem Niveau, das eine gefährliche Störung des Klimasystems ausschließt. Mit der Konvention haben die Industriestaaten die Hauptverantwortung für die klimawirksamen Emissionen anerkannt. Alle Vertragsstaaten werden zur Erstellung von Treibhausgasinventaren und zur Umsetzung von Programmen gegen den Treibhauseffekt aufgefordert.

3 Was die Umsetzung der Agenda 21 im eigenen Land angeht, hinkt die Bundesrepublik im Vergleich zu einigen europäischen Nachbarn hinterher. Ein nationaler Umweltaktionsplan mit festen Zielgrößen, Zeitvorgaben und konkreten Instrumenten ist nicht vorgesehen. Zudem nimmt die Bundesregierung die Berichte an die CSD nicht als Ausgangspunkt für eine Bilanzierung der (außen-) wirtschaftlichen, sozial-, umwelt- und entwicklungspolitischen Entscheidungen und Aktivitäten. Für eine solche innovative Berichtspraxis, die Wissenschaft und verschiedene gesellschaftliche Gruppen hätte einbeziehen müssen, sind keine institutionellen Voraussetzungen geschaffen worden. Die vom Umweltministerium im Herbst 1996 eingerichteten sechs thematischen Arbeitsgruppen, die sich aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zusammensetzen und bis zur Sondergeneralversammlung der UNO im Juni 1997 prioritäre Handlungsfelder sowie erforderliche Maßnahmen erarbeiten sollen, sind ein halbherziger Versuch, die Defizite in der Umsetzung der Agenda 21 auszugleichen.

4 So zerstören exzessive Rindfleischexporte der EU nach Südafrika und Namibia dort die lokale Fleischproduktion (s. dazu iz3w Nr. 220 sowie Rubrik 'Kurz belichtet' in diesem Heft).

▶ **Barbara Unmüßig** ist Vorstandsvorsitzende der NGO 'WEED' (Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung e.V.) und Sprecherin des Forums Umwelt und Entwicklung. Der Artikel ist ein von Redaktion und Autorin veränderter Vorabdruck aus dem demnächst im Dietz-Verlag erscheinenden Buch: »*UN-williges Deutschland? Der Bericht zur Deutschen UNO-Politik*«, WEED (Hg).

Nachhaltige Bundeswehr

von **Michael Krämer**

▶ Fünf Jahre nach der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung wird im Juni diesen Jahres in New York eine Zwischenbilanz der Umsetzung der Beschlüsse von Rio gezogen. Wer den Bericht der Bundesregierung zur Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen gelesen hat, weiß, daß wir Deutschen mal wieder führend sind, wenn es um Klimaschutz und Lärmbekämpfung oder um Reaktorsicherheit und Naturschutz geht.

Und da die Bundesregierung sich ihrer globalen Verantwortung bewußt ist, wird das Thema »Entwicklungszusammenarbeit« in dem Bericht auch bereits auf Seite 80 (von insgesamt 87) behandelt. Das Kapitel beginnt mit einer bahnbrechenden Erkenntnis: »Umwelt und Entwicklung hängen untrennbar zusammen.« Und weil die Verschuldung ein großes Problem in der »3.Welt« ist, hat die Bundesregierung 1996 Haushaltsermächtigungen für einen Schuldenerlaß in Höhe von 200 Millionen DM erteilt. (81)* Ganz toll. So wissen die »am wenigsten entwickelten Länder« auch in Zukunft, wofür sie die Entwicklungshilfe, die sie so großzügig bekommen, verwenden sollen: Zur Zeit geben sie nämlich rund 50% der Entwicklungshilfe für den Schuldendienst aus. Das steht nicht im Bericht, ist ja auch nicht so wichtig. Und überhaupt: Irgendwo muß das Geld für's BMZ ja herkommen. Denn nach der vollmundigen Bestätigung, daß »die Industrieländer – unter ihnen auch Deutschland – in Rio ihre Zusage bekräftigten (...) 0,7% des Bruttosozialprodukts für Entwicklungshilfe bereitzustellen« (82) müssen wir lesen, daß die Entwicklungshilfe im Jahr 1995 nur 0,31% des BSP betrug. (83) Nur gut, daß die Autoren keinen Blick in den Bundeshaushalt für 1997 geworfen haben: Der Etat des BMZ ist nämlich auf einem historischen Tiefstand angelangt und unter 0,3% gerutscht.

Der Verteidigungsauftrag wird umweltgerecht umgesetzt

Aber Schluß mit dieser kleinlichen Pfennigfuchserei, wo es doch so viel Positives zu berichten gibt. Zum Beispiel bei der Bundeswehr: Bei »etwa 340.000 Soldaten und 145.000 zivilen Mitarbeitern (sind) rund 700 Soldaten und zivile Mitarbeiter inzwischen haupt- und nebenamtlich mit Umweltschutzaufgaben befaßt« (84). Vor allem aus dem Bereich »Naturschutz und Landschaftspflege« gibt es Erfolge zu vermelden: »Die Übungsplätze der Bundeswehr – insgesamt rund 300.000 Hektar, die Hälfte davon Wald – sind ökologisch wertvolle Landschaftsräume im dicht besiedelten Bundesgebiet. Die nachhaltige militärische Nutzung der Übungsplätze, der Verzicht auf Pflanzenschutzmittel und Dünger, ihre Großflächigkeit und Abgeschiedenheit sowie der weitgehende Ausschluß von Freizeitnutzung haben dazu geführt, daß diese Übungsplätze zu ökologischen Inseln wurden mit wichtigen Funktionen für den Biotop- und Artenschutz« (85). Da ist die Lösung für die ökologischen Probleme Deutschlands doch ganz einfach: Schafft eins, zwei, drei ganz viele Truppenübungsplätze!

Außerdem hat die Bundeswehr Organisationstrukturen, »die gewährleisten, daß der Verteidigungsauftrag des Grundgesetzes auf nachhaltige, umweltgerechte Weise umgesetzt wird« (84). Ob damit wohl Antipersonenminen gemeint sind? Die wirken nachhaltig und schonen die Umwelt.

** Die Seitenangaben beziehen sich auf den von Umweltministerin Angela Merkel unterzeichneten Bericht: 'Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung in Deutschland. Bericht der Bundesregierung anläßlich der VN-Sondergeneralversammlung über Umwelt und Entwicklung 1997 in New York', Bonn Februar 1997.*

▶ **Michael Krämer** arbeitet für das INKOTA-Netzwerk und die Lateinamerika-Nachrichten.

Rodeo unter Strom

Ländliche Energieversorgung im bolivianischen Hochland



von **Roger Hildebrandt**

Elektrizität bedeutet Produktivitätssteigerung und Einkommensverbesserung, Fortschritt und Entwicklung, so jedenfalls lautet die Logik der Entwicklungshilfe. Erfahrungen aus Bolivien zeigen aber, daß die Wirklichkeit dem nicht gerecht wird.

► Derzeit rechnet man mit einer Verdoppelung des Energiebedarfs der Länder der Dritten Welt in den nächsten dreißig Jahren. In der von der Weltbank herausgegebenen Zeitschrift *'Finanzierung und Entwicklung'* (3/95), heißt es: »In Lateinamerika und den karibischen Ländern ist der Bedarf an Elektrizität groß und steigt schnell. Es wurde geschätzt, daß diese Länder von 1994 bis 2000 eine zusätzliche Stromkapazität von annähernd 70.000 MW benötigen, sowie tausende von Meilen an neuen Hochspannungs- und Verteilerleitungen oder eine jährliche Investition in den Elektrizitätssektor von 20 – 25 Mrd. US $ bis Ende dieses Jahrzehnts.«

Angesichts dieser immensen Summen und der defizitären Finanzlage der angesprochenen Länder wundert es wenig, wenn die für die Elektrifizierung bereitstehenden Mittel zum größten Teil in die Städte fließen. Ländliche Stromversorgung ist nicht nur aufgrund der entfernten Lage der zu versorgenden Dörfer sehr teuer, sondern auch aufgrund der allgemein niedrigen Nachfrage in ländlichen Gebieten und des Einkommensgefälles gegenüber den städtischen Zentren in den meisten Fällen unrentabel.

Seit Beginn der achtziger Jahre bemühen sich staatliche, halbstaatliche und private Entwicklungsorganisationen, den bisher marginalisierten ländlichen Haushalten einen Zugang zu kommerziellen Energien, besonders der elektrischen Energie, zu verschaffen. Da eine dauerhafte Unterversorgung des ländlichen Raumes, elementare Infrastrukturdefizite, ein hohes Bevölkerungswachstum und unzureichende landwirtschaftliche Produktivität einen Großteil der ländlichen Bevölkerung von einem Entwicklungsprozeß auszuschließen drohen, versucht man auf diese Weise eine wirtschaftliche Entwicklung zu fördern, die zu einem großen Teil auf dem Selbsthilfepotential der Bevölkerung beruhen soll. Angesichts der Fördergelder, welche in diesen Bereich fließen, stellt sich die Frage, ob die Elektrifizierung ländlicher Gebiete tatsächlich zur Produktionssteigerung beiträgt und Einfluß auf die Landflucht besitzt.

Licht ins Dorf

► Früher war Rodeo eines von vielen kleinen Dörfern im bolivianischen Hochland. Der Arbeitstag war hart und lang. Die Früchte der täglichen Arbeit reichten gerade einmal aus, den Eigenbedarf zu decken. Kartoffeln und Bohnen zum Frühstück, Mittag- und Abendessen. Eine Verlagerung der Produktion auf andere Produkte ist in dieser Region nicht möglich. In einer Höhe von 3.600 Metern geben die klimatischen Bedingungen nicht viel Spielraum, die Böden nicht viel Fruchtbarkeit. Kein Wunder, daß viele Söhne des Dorfes nach Argentinien zogen, um das schmale Einkommen der Familie aufzubessern.

Von einem Zugang zur Stromversorgung erhoffen sich viele Bauern, eine zusätzliche Einnahmequelle zu erschließen, indem sie z.B. die Möglichkeit erhalten, eine Werkstatt zu betreiben. Außerdem ermöglicht Strom die Beleuchtung des Hauses, den Betrieb eines Radios oder Fernsehers. Schenkt man den Untersuchungen der Entwicklungsexperten Glauben, so geben die Bewohner eines durchschnittlichen Dorfes in Bolivien einen beträchtlichen Teil ihres Einkommens für sogenannte sekundäre Energieträger aus (das heißt vor allem für Batterien, Kerosin, Flüssiggas und Kerzen).

Wer keinen Anschluß zahlen kann, bleibt vom Fortschritt ausgeschlossen

Dieselbe Qualität und Leistung ist langfristig kostengünstiger durch die Nutzung von Elektrizität zu erzielen. Die Bauern könnten auf eine elektrische Energieversorgung umsteigen. Ein zusätzlicher Faktor wäre eine effizientere Nutzung der Zeit, was sich positiv auf die Produktion auswirken würde. Denn wenn der Strom aus der Steckdose kommt, müssen die Bauern ihre Sekundärenergieträger nicht mehr weit ab des eigenen Dorfes auf einem kleinen Markt erstehen, sondern können das Geld und die Zeit, welche für den Transport investiert wurden, sparen. Das ersparte Geld und die ersparte Zeit werden dann, so die weitere Annahme, in produktiver Weise verwandt. Einkommenschaffende Wirkungen nennt man das auch. Desweiteren würde sich ohne die vielen Batterieabfälle eine positivere Umweltbilanz ergeben und die Gesundheitssituation der Menschen würde verbessert. Es könnten Kommunikationsgeräte betrieben werden, die Menschen hätten Teil am Informationsfluß. Die hauswirtschaftliche Arbeit würde durch den Einsatz elektrischer Geräte erleichtert und auf diese Weise auch die Situation der Frauen verbessert, und, und, und... Der Fortschritt erreicht den entlegensten Winkel des bolivianischen Hochlandes. Alles mit ein bißchen Strom.

Wirklich? Strom gibt es mittlerweile seit 5 Jahren in Rodeo, und doch gibt es keine Werkstatt, keine Kommunikationsstation, keine Einkommenssteigerung und von der Erleichterung der Hauswirtschaft ist kaum etwas zu sehen. Auch die positiven Umwelteffekte lassen sich nur schwer nachweisen. Batterieradios werden nach wie vor betrieben, um auf dem Feld, im Bus, auf dem Markt und anderswo Radio zu hören. Woran aber ist die Maßnahme gescheitert? Was steht dem Wunsch nach einer eigenen Werkstatt entgegen, die ja mit dem Einsatz von Strom eine tragende Säule einkommenschaffender Auswirkungen sein soll?

Es mangelt vor allem an Kapital. Woher soll es bei dem geschätzten Jahreseinkommen einer Familie von ca. 280 US $ auch kommen? Selbst wenn sich über Jahre hinweg eine geringe Kostenersparnis gegenüber der alten Energieversorgung einstellt, reicht diese bei weitem nicht aus, um das nötige Geld für eine Maschine aufzubrin-





gen. Kredite liegen für die mittellosen Bauern immer noch in beinahe unerreichbarer Ferne, denn die Agrokapitalgesellschaften verzichten nicht auf eine Sicherheit, verlangen eigene Papiere.

Desweiteren mangelt es aber auch an der Nachfrage. Der Einzugsbereich ist gering, die Kaufkraft geht gegen Null und der Preisdruck aus den großen Städten ist hoch. Das wissen auch die Bauern. Wohl deshalb wagt es keiner, das Risiko eines eigenen Betriebes aufsichzunehmen, selbst wenn genügend Kapital zur Verfügung steht. Es zeigt sich vielmehr, daß in den seltenen Fällen, in denen genügend Betriebskapital vorhanden ist, die Werkstätten in den benachbarten Städten errichtet werden. So wird in der Landwirtschaft noch immer kein Strom eingesetzt. Bei der Produktverarbeitung und Veredelung oder Lagerung scheint der Einsatz von Elektrizität aufgrund der geringen Produktion und Nachfrage wenig rentabel. Die anvisierten Steigerungen der Produktivität im gewerblichen und landwirtschaftlichen Sektor blieben aus.

Aber da wäre ja noch die schlichte Verbesserung der Lebensbedingungen. Es lebt sich besser mit der Möglichkeit, Strom zu nutzen, mit den neuen Glühbirnen, dem Radiogerät ohne Batterien, der Beleuchtung der kleinen Verkaufsstände, an denen man Cocablätter und Maisbier verkauft. Allerdings müssen die Bauern mehr Geld für die Kilowattstunde bezahlen als die Menschen in der Stadt. Vor allem müssen sie regelmäßig zahlen. Konnten die Bauern vor der Elektrifizierung die Ausgaben für den Energiebedarf an ihr Einkommen anpassen, so fällt die Möglichkeit der flexiblen Budgetplanung heute weg. Jeden Monat müssen sie ihre Rechnungen begleichen. Wer nicht zahlen kann, wird vom Fortschritt wieder ausgeschlossen. Die Verbesserung der Lebensbedingungen beschränkt sich daher auf einige wenige, die sich den Anschluß leisten können. Fraglich bleibt, inwieweit das Ziel einer Bekämpfung der Massenarmut erreicht werden kann, wenn die Ärmsten von vornherein ausgeschlossen werden. So ist Rodeo auch heute noch ein Dorf unter vielen im bolivianischen Hochland, und der Arbeitstag bleibt weiterhin lang und hart. Die Wünsche nach einer eigenen Werkstatt haben sich nicht erfüllt, die Radios laufen häufig wieder mit Batterien, denn nicht wenige Familien mußten nach Zahlungsschwierigkeiten auf ihren Stromanschluß verzichten. Die Minifundien werden sich aufgrund des Realteilungserbrechts weiter verkleinern, die Söhne und Töchter weiterhin in die großen Städte abwandern.

»Abwechslungsreiche Freizeitgestaltung«

▶ Es zeigt sich, daß die Elektrifizierung ländlicher Haushalte in Bolivien keine wesentliche Auswirkung auf die Produktion hatte und damit auch nicht zu den erhofften Einkommenssteigerungen führen konnte. Es kam trotz der Bereitstellung von Strom nicht zu dem erwarteten Anstieg von Kleinst- und Kleinbetrieben, vielmehr stellte sich heraus, daß auch nach der Elektrifizierung weiterhin die überwiegende Mehrheit der Haushalte ihr gesamtes Einkommen aus der Landwirtschaft bezieht. Die vermehrte Nutzung von Strom im gewerblichen und auch im privaten Sektor scheitert an dem fehlenden Zugang zu Kapital und der mangelnden Produktnachfrage.

Dennoch besteht ein ernstzunehmendes Bedürfnis nach Stromversorgung. Zur Produktivitätssteigerung in der Region müssen jedoch andere Maßnahmen entweder gleichzeitig oder sogar vor der Elektrifizierung in Angriff genommen werden. Der Ausbau von Agrarkrediten und vor allem Erleichterungen beim Zugang zu diesen Krediten sowie die Instruktion der Bevölkerung über Möglichkeiten zur Verwendung der Energie im Rahmen kleinhandwerklicher Produktion scheinen hier erforderlich. Darüber hinaus stellen eine erweiterte politische Partizipation sowie die Dezentralisierung der bestehenden Verwaltung, welche bis heute die ländlichen Regionen vernachlässigt, weitere wichtige Voraussetzungen dar. Zudem müssen die Erträge aus der Landwirtschaft langfristig erweitert und stabilisiert werden.

Elektrizität ist nur eine von vielen Voraussetzungen wirtschaftlicher Aktivität, und sie hat sich in keinem Fall als der einzige und entscheidende Faktor zum Anschub von Entwicklung herausgestellt.

Doch sollte dies kein Grund sein, die Zielsetzung von Entwicklung durch Energieversorgung ganz aufzugeben. »Entwicklung« darf sich aber nicht darin erschöpfen, lediglich denen Verbesserungen zu bescheren, die es sich leisten können. Deren »Gefühl abwechslungsreicher Freizeitgestaltung durch Radio und Fernsehempfang« (GTZ: Basiselektrifizierung ländlicher Haushalte, Arbeitspapier der Abt.415 der GTZ, Eschborn 1993) sollte nicht einziges Ergebnis ländlicher Elektrifizierung bleiben.

▶ **Roger Hildebrandt** ist Geograph und arbeitet am Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik in Berlin.


Foto: R. Maro / version

Ein Brötchen und weg

Ceuta – im Vorhof der Festung Europa

von **Birgit Schmidt**

Europa findet zusammen, indem es sich nach außen abschottet. Doch selbst das Schengener-Abkommen konnte nicht ganz verhindern, daß weiterhin Flüchtlinge in die Staaten der EU kommen. Daher wird nichts unversucht gelassen, ein normales Leben für unerwünschte Immigranten unmöglich zu machen. Ein Beispiel für diese Abschreckungspolitik ist die Südflanke der Festung – Ceuta.

► Die Überfahrt im Schnellboot vom andalusischen Algeciras nach Ceuta dauert eine knappe Stunde. An Bord sind, von einigen Touristen abgesehen, spanische Beamte, die das Wochenende auf dem spanischen Festland verbracht haben und viele Soldaten, Angehörige der Streitkräfte, die Spaniens Enklave auf afrikanischem Boden gegen Marokkos Ansprüche absichern sollen.

»Die Menschen, die sich in Ceuta aufhalten, geben uns allen ein bewundernswertes Beispiel für die Liebe zu Spanien« erklärt Verteidigungsminister Eduardo Serra, der am selben Tag wie ich hier eintrifft.

Ich habe daran meine Zweifel, denn das erste was ich sehe, nachdem ich den Schiffsbahnhof verlassen habe, ist ein Supermarkt, vor dem 40 bis 50 junge, schwarze Männer warten. Einige haben sich in Parklücken gestellt, in die sie Autofahrer, die einen Parkplatz suchen, einwinken; die anderen knäulen sich vor dem Eingang. Manchmal darf einer eine Einkaufstüte zum Wagen tragen und bekommt dafür eine 100-Pesetenmünze zugesteckt – das sind ungefähr 1,20 DM.

»Kein Spanisch« sagt der etwa 15-jährige Junge, den ich nach dem Weg ins Zentrum frage und erzählt mir auf Französisch, daß er bald spanisch lernen wolle und daß er seit einigen Monaten darauf wartet, von der spanischen Regierung als Einwanderer akzeptiert zu werden. Als Illegaler zwar, aber als einer, der »es geschafft hat«. Er befindet sich in Ceuta, also in Spanien, doch Spanien besteht auf seinen Brückenköpfen in Afrika nur in einer Richtung: Während ich keine Grenze passiert habe, als ich die Meerenge von Gibraltar überquerte, liegt für meinen Gesprächspartner zwischen Spanien und Spanien, das Tor zur Festung Europa verschlossen.

Während er darauf wartet, daß seine Existenz zur Kenntnis genommen wird, muß er sich seinen Lebensunterhalt verdienen. Woher er kommt, möchte er mir nicht verraten. Natürlich nicht, denn das erste, was er nach seiner Ankunft tun mußte, war, seine Papiere zu vernichten, um das Risiko einer Abschiebung zu verringern. So wurde er zum »Subsaharaui«, dem spanischen Sammelbegriff für Flüchtlinge mit schwarzer Hautfarbe, die aus Ländern der Sahelzone oder noch südlicher gelegenen Staaten kommen und in Ceuta oder Melilla darauf warten, auf das europäische Festland übersetzen zu können.

Ceuta ist eine Kleinstadt. Vom Plaza de Africa – hier befindet sich an strategisch günstiger Stelle das Guardia-Civil-Hauptquartier – windet sich eine typisch spanische Flanier- und Einkaufsstraße einen kargen Hügel hinauf. Drumherum gibt es noch einige Nebenstraßen, einige schwer bewachte Wohnviertel, die ins Niemandsland zwischen Spanien und Marokko langsam ausfransen; viele Sperrgebiete, wo die Streitkräfte und die Legionen stationiert sind, eine zubetonierte Strandpromenade und das ist alles.

Während Senor Serra seine Truppen inspiziert und von patriotischem Odem spricht, der ihn noch nirgends so stark angeweht habe wie hier in Ceuta, laufe ich durch die Stadt: Das Straßenbild prägen die marokkanischen Einwohner, spanische uniformierte Schulkinder, gutgekleidete Mittdreißiger, die einige Jahre auf diesem Außenposten abreißen, weil das einer Beamtenkarriere nicht schaden kann, einige atavistische Erscheinungen aus der Hippie-Ära, die auf der Durchreise ins Kifferparadies des Folterspezialisten Hassan II. sind und wieder schwarze, junge Männer. Viele sind sehr jung, einige eindeutig noch Kinder, 12, 13 oder 14 Jahre alt. Die Glücklichen unter ihnen haben einen Job als Zeitungsverkäufer ergattert und bieten in Straßencafés, an Ampelanlagen und im Park die beiden Lokalblätter feil.

Straßenschlachten im Niemandsland

► Sie gehören zum Straßenbild bis um zehn Uhr abends; wenn die Geschäfte schließen, ziehen sie sich zurück. Bis vor einem Jahr 'wohnten' sie im Niemandsland, in den alten Katakomben der Befestigungsanlagen und niemand kümmerte sich darum, bis es am 11. Oktober 1995 zum Ausbruch tagelanger Straßenschlachten zwischen ihnen, der Guardia Civil und rassistisch motivierten Bürgerwehren kam. Ausgerechnet am 'Tag des Spaniertums', unter Franco hieß er noch 'Tag der Rasse', mußte das Galaprogramm für Nachrichtensendungen unterbrochen werden, in denen die spanische Öffentlichkeit zum ersten Mal breit vom Flüchtlingsproblem unterrichtet wurde. Man behauptete damals, ein Afrikaner hätte auf einen Guardia-Civil-Beamten geschossen; erst später gab man zu, daß die Kugel nur aus einer Guardia-Civil-Kaserne selbst hatte stammen können.

In Melilla kam es am 10. März 1996 zu Übergriffen der dort stationierten Legionssoldaten gegen die marokkanische Bevöl-

kerung und 'schwarz'-afrikanischen Flüchtlinge, nachdem ein Legionssoldat bei einer Prügelei in einer Diskothek ums Leben gekommen war. Die Presse berichtete und Menschenrechtsorganisationen forderten einen humaneren Umgang mit den afrikanischen Immigranten. Alle, die sich im Oktober 1995 in Ceuta aufgehalten hatten, durften nach einem mehrwöchigen Gefängnisaufenthalt aufs spanische Festland und erhielten eine Arbeitserlaubnis für ein Jahr. Viele aus Melilla durften ebenfalls einreisen. Explizit ausgenommen waren Flüchtlinge aus Algerien, die eine eigene Gruppe bilden. Eine Erklärung wurde nicht gegeben.

Doch damit hörte die Dritte Welt nicht zu existieren auf. Neue Flüchtlinge kommen ständig nach. In Melilla hat man sie im Fußballstadion untergebracht, und in Ceuta leben sie nun im Lager Calamocarro, direkt an der marokkanischen Grenze.

Lieber ins Gefängnis

► Die Lebensbedingungen im Lager sind nach Aussagen des Sprechers der Organisation 'Derechos Humanos' (Menschenrechte), Rafael Lara, mit dem ich einige Tage später in Cadiz spreche, katastrophal. Noch in Ceuta lese ich ein Interview mit drei ägyptischen Flüchtlingen, die einige Monate in den Katakomben und in Calamocarro verbracht haben. Sie erklären, sie würden nun lieber ins Gefängnis gehen, denn da könne man sich wenigstens waschen.

In 'Achmeds Pub' sitzen marokkanische Männer an kleinen Tischen und essen. Ich setze mich zu David, der kurz einen Kaffee trinkt, bevor er wieder auf die Straße muß, um Geld zu verdienen. Ob er spart, um genug Geld für die Überfahrt auf einem 'Patera', so nennt man in Spanien die wenig seetüchtigen kleinen Boote, mit denen Schleuser vor allem Flüchtlinge aus Marokko überzusetzen versuchen, zusammenzubekommen, frage ich ihn. Nein, die 'Pateras' seien zu gefährlich und als Afrikaner könne er sich nicht ohne weiteres unter die Marokkaner mischen; jede Gruppe bleibe lieber unter sich. Also wartet er, wie die anderen auch, auf die Möglichkeit einer legalen Überfahrt.

Am Abend treffe ich eine Freundin, die in Ceuta lebt, weil sie nirgendwo sonst eine Stelle als Englischlehrerin bekam. Früher, als die Flüchtlinge noch in den Katakomben lebten, gehörte sie zu den wenigen, die sich um sie bemühten: Mit Lebensmitteln und Spanischbüchern zog sie mehrmals in der Woche los, um den Flüchtlingen zu helfen. Nach den Auseinandersetzungen vom Oktober 1995 nahm sie einen von ihnen bei sich auf, organisierte Adressen in ganz Spanien für die, die sich dann dorthin auf den Weg machen konnten. Doch das Lager hat einiges verändert; dort war auch sie noch nicht.

Für Rafael Lara in Cadiz ist das Lager Calamocarra schlichtweg eine illegale Einrichtung. Das spanische Ausländergesetz sehe für das Delikt des illegalen Grenzübertritts zwar eine 30tägige Internierung vor, danach müsse es aber jedem offen stehen, sich niederzulassen, wo er oder sie will. Lara erklärt mir den Unterschied zwischen den einzelnen Gruppen. Es gibt nicht nur die 'Subsaharauis' und die Flüchtlinge aus Algerien, sondern auch Kurden stranden in Ceuta, Immigranten aus der Türkei, arabischen Staaten, den Philippinen... Und jede Gruppe hält zusammen.

Er erklärt mir auch den Unterschied zwischen denen, die in Ceuta oder Melilla auf eine legale Einreisemöglichkeit nach Spanien und somit nach Europa warten und den Marokkanern, die auf 'Pateras' versuchen, die Meerenge zu überqueren. Das ist nicht ganz ungefährlich, auch wenn von Ceuta aus der berühmte Felsen von Gibraltar an manchen Tagen zum Greifen nah erscheint. Niemand weiß, wieviele von der tückischen Strömung schon abgetrieben wurden und ertranken. Nach den Informationen von Laras Organisation wurden 1996 rund 3.500 Flüchtlinge gefaßt und wieder abgeschoben; 40 waren ertrunken, zwei erstickten in LKWs auf einer Fähre. Was mit den nach Marokko abgeschobenen passierte, weiß man nicht genau. Bis 1992 wurden sie in der Stierkampfarena von Tanger interniert, bis dieses Lager aufgelöst wurde. Die größte Mehrheit stammte aus Marokko, das Hassan II. seit 1961 uneingeschränkt regiert. Und in diesem Jahr waren erstmals bis zu zehn Prozent Frauen dabei, von denen ein hoher Prozentsatz schwanger war.

Eine Nußschale als Hoffnung

► Im August 1996 erlebte Spanien nach 1992 den zweiten Höhepunkt einer illegalen Einwanderungswelle; mehr als sonst versuchten, auf 'Pateras' Spanien zu erreichen, da es bis zum 23. August die Legalisierung derer versprach, die sich auf seinem Territorium aufhielten. Das galt nach eingehender Einzelfallprüfung für die, die nachweisen konnten, schon vor dem 1. Januar 1996 gekommen zu sein. Umstände, die von Schlepperorganisationen, die umgerechnet bis zu 2.000 DM für eine Überfahrt verlangen, nicht besonders hervorgehoben wurden. Für die Guardia Civil ist es das geringste Problem, die Einwanderer zu verhaften. Man klaubt die Entkräfteten einfach von ihren Nußschalen. Sie bekommen ein Brötchen – etwas heißes ist verboten – und direkt vom Kommissariat geht es wieder nach Marokko. Auch dieses Vorgehen ist, so Rafael Lara, illegal: Das spanische Einwanderungsgesetz sieht eine Prüfung der Motive und Umstände vor; andalusische Grenzpatrouillen kümmert das wenig.

Doch nicht alle werden lokalisiert. Lara schätzt die Zahl derer, die »es schaffen« auf nochmal 3.500. Die Tageszeitung 'El Pais' ging am 18. August 1996 davon aus, daß 30 von 100 Booten entdeckt werden; die Besatzung der übrigen 70 also treibt nun ohne Papiere durch Europa. So wie die 'Subsaharauis' aus Ceuta und Melilla, deren Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis zwischenzeitlich abgelaufen ist. Dokumente gibt es grundsätzlich nur für ein Jahr. Ein Jahr, das ist ein »buscate la vida«, ein »such dir das Leben« – so nennt man es in Spanien, jemandem eine kleine Hilfestellung zu geben, um dann davon ausgehen zu können, von ihm oder ihr nie mehr behelligt zu werden.

David und Gefährten haben dies alles noch vor sich. Noch warten sie auf ihre Chance, sich »das Leben zu suchen«. Ein Zurück gibt es für sie ohnehin nicht; Marokko läßt sie nicht durch.

An meinem letzten Tag treffe ich ihn wie immer auf der Straße; unermüdlich bewacht er einen Parkplatz. Heute morgen hatte er bereits Glück: Ein alter Mann ließ sich seine Einkäufe bis in die Wohnung tragen, das waren 500 Pesetas. Die anderen stehen wie immer vor dem Einkaufszentrum am Schiffsbahnhof. Im Bahnhof schlagen junge Marokkaner ihre Zeit tot. Auch sie hoffen auf Kontakte nach Europa, auf Gespräche mit abreisenden Touristen. Die Abfahrt des Transportschiffes verzögert sich beträchtlich, die Guardia Civil arbeitet auf Hochtouren: Jeder Zentimeter wird abgesucht nach Zigaretten, Haschisch oder Menschen.


Foto: H. Sachs / version

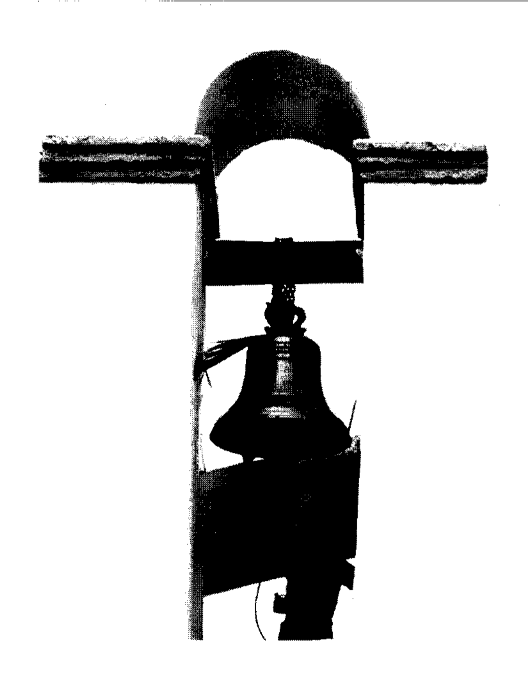
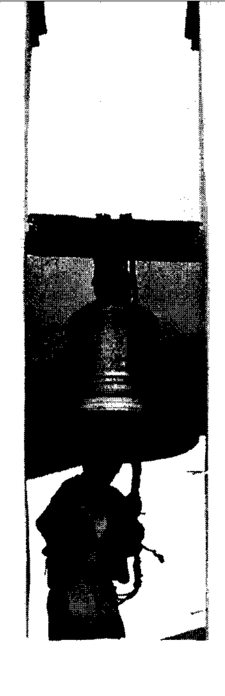
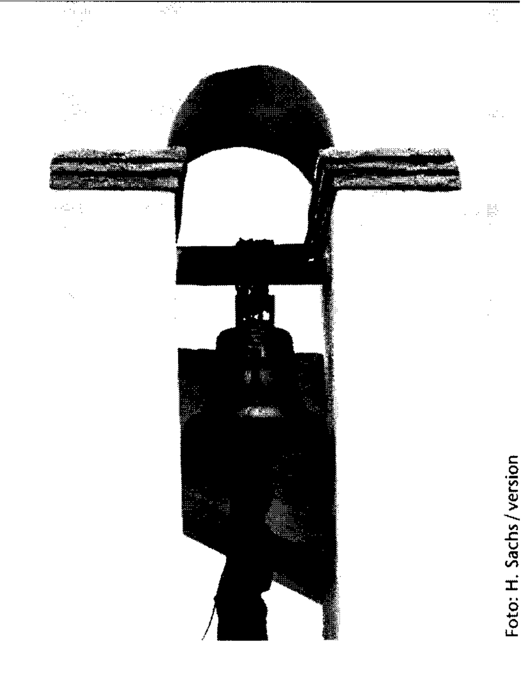




Foto: H. Sachs / version

Land des Lächelns

Über Visionen und Verwirklichungen utopischer Welten

Die Utopie steht am Horizont.
Ich nähere mich zwei Schritte
und sie entfernt sich zwei Schritte.
Ich nähere mich zehn weiter
und sie entfernt sich erneut um zehn Schritte.
Soviel ich auch gehe, ich werde sie nie erreichen.
Wofür ist sie also gut, die Utopie?

Fernando Berri

Seit sich der Mensch der Geschichtlichkeit und der Veränderbarkeit seines Seins bewußt ist, gibt es Utopien. Ihr Ursprung liegt wohl in dem Umstand, daß die Bedürfnisse der Menschen meist größer als die realen Möglichkeiten ihrer Befriedigung waren. Daraus erwächst die Stärke der über das schon erreichte gesellschaftliche Niveau hinausgreifenden Tendenzen zur Veränderung der Umwelt.

Das Hinausgreifen über die gegenwärtige zur Visionierung einer zukünftigen Welt ist das charakteristische Merkmal der Utopie. Die Reinform der Utopie ist die künstlerische Darstellung fiktiver Welten. Nur Romane, Filme, Bilder oder Lieder können nämlich ganz darauf verzichten, realistisch zu sein. Das gilt auch für das der Utopie ihren Namen gebende Werk von Thomas Morus (1478-1535), der in seinem Staatsroman »Vom besten Zustand des Staates und über die neue Insel Utopia« die erdachte andere Welt als »Utopia« definiert. Sein Kunstbegriff, zusammengesetzt aus den griechischen Worten »ou« (nicht) und »topos« (Ort), drückte aus, daß der von ihm skizzierte Idealstaat nicht existiert, ein Nirgendort ist.

Phantastische Elemente enthält auch die Vision von Charles Fourier, einem der bis heute bekanntesten und in der sozialistischen Tradition stehenden Utopisten. Er stellte sich Anfang des 19. Jahrhunderts neben einer vergleichsweise realistischen Arbeitswelt, in der nicht länger als zwei Stunden der gleichen Tätigkeit nachgegangen werden sollte, das Meer aus Limonade vor. Ebenso irreal ist der Wunschtraum eines anderen Charles ca. 100 Jahre später: In 'Moderne Zeiten' träumt Charlie Chaplin als verarmter Arbeitsloser von einem Leben mit Frau und Eigenheim mit Garten. In diesem Tagtraum symbolisiert eine vor dem Haus grasende Kuh, unter deren Euter er – plaudernd im Türrahmen stehend – nur nebenbei sein Glas zu halten braucht, damit es automatisch aus den Zitzen sprudelt, die Unmöglichkeit, daß der Vagabund jemals das Leben eines Bürgers führen und ein Haus mit Garten sein Eigen nennen wird. Solche Utopien haben keinen Anfang und kein Ende, keinen Raum und keine Zeit, durch die man schreiten muß, um ihnen nahe zu kommen.

Kein Ort Nirgends

► Die »Reinform« der Utopie bleibt irreal und verzichtet (oder vermeidet sie) auf die Beschreibung eines Weges zu ihrer Verwirklichung. Dennoch ist Chaplins Vision des glücklichen Lebens ebensowenig aus der Luft gegriffen wie Thomas Morus' Inselstaat. Utopien spiegeln Wünsche wider, die meist einen sehr realen Bezug zu den Verhältnissen der Gegenwart aufweisen. An utopische Orte werden die in der Realität nicht erfüllten Bedürfnisse von Individuen und Gruppen verlagert.[1] So drückt das von Morus verwendete Bild der unentdeckten Insel zwar einerseits die Ferne und die Unbekanntheit des Landes Utopia aus. Andererseits suggeriert das Inselbild zur Zeit der Entdeckungen jedoch die Möglichkeit, das Eiland in der Sonne aufzufinden. Thomas Morus hoffte wohl, durch die Beschreibung eines idealen frühkommunistischen Gemeinwesens, der Verwirklichung einer idealen Gesellschaft näher zu kommen.

Utopische Welten stellen sich aber nicht nur als Wunsch-, sondern auch als Schreckensbilder dar. Antiutopien oder Dystopien werden Visionen genannt, die kein Gegenbild schaffen wollen, sondern negative Empfindungen der Gegenwart in die Zukunft verlängern und auf die Spitze treiben. 'Brave New World' oder '1984' sind klassische Beispiele für Weltbilder, in denen anonyme Mächte die Individualität der Menschen immer mehr reduzieren und letztere zu bloßen Hüllen werden, zu Empfängern von Propaganda und Trägern von Arbeitskraft. Dystopien der 70er, 80er und 90er Jahre wie 'Blade Runner', 'Mad Max', 'Terminator' oder auch Kevin Costners Flop 'Waterworld' (Filme haben offenbar die Rolle des Hauptbilderlieferanten übernommen) zeichnen eine völlig zerstörte, unwirtliche Umwelt, in der jeder für sich ums Überleben kämpft. Einzelkämpfer, die die Reste von Menschlichkeit verkörpern, treten gegen von Menschen selbst technisch erzeugte, nunmehr verselbständigte Cyborgs oder Replikanten an oder stehen inmitten einzelner Gangs, die sich anarchisch-archaisch im Kampf um knappe Ressourcen bekriegen. Obwohl unendliche Weiten zwischen der Realität und dem Land des



Foto: E. Weber

Lächelns oder des Schreckens zu liegen scheinen, entsteht also eine Nähe zur jeweiligen Gegenwart, wenn die Fiktion die Negation oder die Verlängerung des Bestehenden darstellt. Die Übergänge von phantastischen Utopien zur sogenannten »Realutopie« oder »konkreten Utopie« sind dementsprechend fließend. Die konkrete Utopie enthält aber keine Limonadenmeere und keine vollautomatischen Kühe. Sie ist auch keine Antiutopie, sondern beschreibt einen in der Gegenwart als wünschenswert erachteten theoretisch möglichen Zustand, so weit er auch von der Realität entfernt sein mag. In seinem Klassiker »Prinzip Hoffnung« nimmt Ernst Bloch auch banale Vorstellungen á la »eine Regierung ohne Kohl« oder »der SC Freiburg steigt doch nicht ab« in sein Utopien-Kaleidoskop auf.[2] Realutopisch sind auch Teile einer der bekanntesten modernen Zukunftsvisionen. Der US-amerikanische Autor Ernest Callenbach beschreibt in »Ökotopia« (dt.1980) u.a. eine Stadt, in deren Vororten mit Pfeil und Bogen Hirsche gejagt werden und wünscht sich ein Fernsehprogramm, dessen Werbeblöcke nicht die Filme unterbrechen, sondern an deren Anfang und Ende gesendet werden.

Offensichtlich lassen sich die meisten Elemente von Utopien als Ausdruck nicht erfüllter Bedürfnisse lesen und ermöglichen Rückschlüsse auf die Verfassung, Probleme und Krisenerscheinungen der Lebensweise und Gesellschaftsordnung, der sie entstammen. So steht im Mittelpunkt zeitgenössischer Realutopien und Dystopien der Komplex Umwelt und Natur, der den klassischen Themenbereichen Arbeit und Organisation der Gesellschaft mittlerweile den Rang abgelaufen hat. Die Kernelemente gegenwärtiger Realutopien sind direkt aus dem Leben gegriffen: Im Gegensatz zur Anonymität der modernen Gesellschaft, ihrer Fabriken und ihrer Städte, stellen die meisten Realutopien kleinere Einheiten vor. In kleineren Städten und auf dem Land werden in Betrieben von 1.000–2.000 Beschäftigten, in Kollektiven und Genossenschaften unter Anwendung sanfter (aber durchaus hochentwickelter) Technologie oft auf Selbstversorgungsbasis von gleichberechtigten (oder gleichen) Männern und Frauen Nahrungsmittel, Energie und Güter erzeugt. Produktion und Verwaltung sind dabei dezentral und hierarchiearm organisiert.[3] Die Arbeit ist in ihrer Zeit begrenzt, nicht entfremdet, und es kommt ihr keine überragende Bedeutung zu. Der Konsens einer Gemeinschaft stellt die Basis für die Sicherheit und das Aufgehobensein des Individuums dar.

Immer wenn die Glocken schlugen, wurde erschlagen, wer sich dem Gleichschritt nicht unterordnen wollte

Schöne neue Weltgesellschaft

► Solche Visionen zu entwickeln und strategisch um die Macht zu ihrer Umsetzung zu kämpfen, ist das Merkmal der politischen Utopie. Das Erscheinungsbild politischer Utopien des 19. und 20. Jahrhunderts ist vielfältig und es gehört zu ihrem Charakter als auf ein bestimmtes Ziel ausgerichtete Konzepte, daß sich meist keine Trennlinie zwischen politischer Utopie und politischer Ideologie ziehen läßt. Anarchismus, Kommunismus, Sozialismus, Friedens-, Solidaritäts- und Ökologiebewegungen, Nationalismus und Internationalismus, Islamismus oder Faschismus formulieren und propagieren tatsächliche oder vermeintliche Gegenentwürfe zu bestehenden gesellschaftlichen Lebens- und Ordnungsformen, die durch konkrete Schritte und Maßnahmen verwirklicht werden sollen. Die Herrschaft des Proletariats, eine gerechte Weltwirtschaftsordnung, Maos Kulturrevolution, Ghandis gewaltloser Widerstand, das Programm der Négritude, das Reich der Freiheit, der Vernunft oder der 1.000 Jahre, die Herrschaft Gottes auf Erden oder ein Leben im Einklang mit der Natur sind Projekte, die als politische Utopien Menschen bewegt und in ihren Bann gezogen haben.

Die beiden bedeutendsten politischen Utopien des 19. und 20. Jahrhunderts sind sicherlich der Sozialismus und die liberale Marktwirtschaft. In unterschiedlichen Traditionen der französischen Revolution stehend verheißen beide Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. Als 200 Jahre nach dem Sturm auf die Bastille der real existierende Sozialismus zusammenbrach, wurde auf der anderen Seite gleich das Ende der politischen Utopie ausgerufen (Joachim Fest). Der sich totalitär gebärdende Sozialismus steht hier als Paradebeispiel für den Totalitarismus politischer Utopien schlechthin. Die übriggebliebene kapitalistische Marktwirtschaft gilt seitdem vielen als der Geschichte letzter Schluß. Die unsichtbare Hand des Marktes werde dafür sorgen, daß der ökonomische Eigennutz des Individuums dem Allgemeinwohl zugute käme und die Menschheit sich Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit annähere.

Daß diese Vorstellung nun selbst Ideologie und politische Utopie ist, liegt auf der Hand. Angesichts Millionen Hungertoter, weltweiter Armut, einer größeren Verteilungsungerechtigkeit denn je, zunehmender kriegerischer Verteilungskämpfe sowie nachhaltiger Umweltzerstörung mutet die Rede von Marktgerechtigkeit und Allgemeinwohl absurd an. Der Terror- und Totalitarismus-Vorwurf fällt auf die Apologeten des Kapitalismus selbst zurück, deren Schlußfolgerung nicht weniger, sondern noch mehr Marktfreiheit lautet. Der selbst auf der Utopie von Gerechtigkeit durch Marktfreiheit basierende Neoliberalismus versteht sich als radikal antiutopisch und realpolitisch (siehe Kasten nächste Seite).

Diese Heuchelei des realexistierenden politischen Utopismus verdeutlicht auch eine der gegenwärtig meistgenanntesten Zukunftsvisionen: die Globalisierung der Telekommunikation als eine der wichtigsten Voraussetzungen der wirtschaftlichen und politischen Globalisierung.[4] Die Vorstellung vom »Global Village«, in dem per Internet jede mit jedem frei kommunizieren und an einer durch die

grenzenlose Massenkommunikation enstehenden Weltdiskursgesellschaft partizipieren kann, fasziniert. In einer Welt von Weltbürgern (Goethe) würde eine Verständigung über eine universale Weltethik (Küng) erfolgen, die den Grundkonsens für das »Global Governance« in der »Einen Welt« abgeben könnte.

Zu einem Dorf wird die Welt aber nur für ein paar Transnationale Konzerne und eine politische und ökonomische Weltelite aus Nord und Süd. Gegenwärtig haben etwa 50% der Menschheit noch nie eine Telefonnummer gewählt, und während in ganz China gut 1.000 Rechner mit dem Internet verbunden sind, sind es in den USA bereits 4.000.000. Anstatt, die Partizipationschancen zu erhöhen und für mehr Gerechtigkeit zu sorgen, vertieft die Globalisierung der Telekommunikation die Kluft zwischen Nord und Süd. Freien und gleichen Zugang zur Weltgesellschaft erhält am Ende nur der Bürger, der mitreden und -konsumieren kann. Der Rest wird abgekoppelt, marginalisiert und (im Namen universeller Menschenrechte) de facto entrechtet. Die historische Universalisierung der auf Profiterwirtschaftung gerichteten »instrumentellen Vernunft« (Horkheimer) wird in Form einer »elektronischen Kolonisation« (Nuscheler) fortgesetzt, nachdem bereits die erste »zivilisatorische Mission« den Kolonisierten mit brutaler Gewalt die eigenen Leitbilder aufgezwungen hatte. Die utopische Verheißung weltweiter Gerechtigkeit dient der Fortsetzung und Intensivierung bestehender Gewaltverhältnisse.[5]

Und willst du nicht mein Bruder sein...

▶ Es stellt sich die Frage, ob nicht die Kritiker der Utopien mit ihrem Totalitarismusvorwurf richtig liegen. Zum einen liegt nämlich in dem Umstand, daß die Bedürfnisse der Menschen meist größer sind, als die realen Möglichkeiten ihrer Befriedigung, nicht nur die Stärke der Tendenzen zur Veränderung der Umwelt begründet, sondern auch die Notwendigkeit zur Verdrängung der Bedürfnisse, wenn sie aufgrund der gesellschaftlichen Bedingungen nicht befriedigt werden können. Das so zunächst in eine Utopie Verdrängte kann im Moment deren möglicher Verwirklichung in repressiver Form wiederkehren und »der Gott der Unterdrückten wird ein Herrscher, der Gott der Schwachen wird ein Mächtiger sein« (Feuerbach).

Zum anderen ist die mit einem konkreten Ordnungsziel und mit konkreten Schritten zu dessen Verwirklichung antretende politische Utopie immer auf die Masse, die Gemeinschaft genannt wird, angewiesen. Diese Gemeinschaft – und wie gesehen kommt keine Utopie ohne die Gemeinschaft aus – kann die Nation, die Klasse, die Kommune, das Kollektiv, die Familie oder die Weltgemeinschaft sein. In jedem Fall konstituiert sie sich mittels eines Konsens über gemeinsame Werte, Normen und Grenzen. Das Individuum als Teil der Gemeinschaft identifiziert sich mit dem Konsens. Dieser Akt der Identifikation, ob er nun freiwillig oder unter Zwang erfolgt, ist immer gewaltförmig, weil er Abweichung ausschließt und ausschaltet (siehe dazu M. Dahlmann in diesem Heft).

Tatsächlich ist noch jede politische Utopie in der Geschichte, erst einmal mit der Macht ausgestattet, »flächendeckend« umgesetzt zu werden, in Barbarei umgeschlagen. Trotz bester ursprünglicher emanzipatorischer Absichten mündeten etwa das Christentum, der reale Sozialismus, diverse Revolutionen, nationale Befreiungsbewegungen verschiedener Couleur und nicht zuletzt die Aufklärung in Terror und Vernichtung. Immer wenn Glocken geschlagen wurden für eine neue Weltanschauung, brachte das Ziel, das Absolute zu verwirklichen, stets absolute Mittel mit sich. Dann wurde erschlagen, wer sich dem Gleichschritt nicht unterordnen wollte. So ist der Verlust der großen politischen Utopie im herkömmlichen Sinne, d.h. als konkretes Projekt einer Klasse, einer Partei, einer Ethnie, einer Nation oder einer Religion mit dem Ziel der Macht nicht weiter bedauerlich.

Wofür ist sie also gut, die Utopie? Dafür dient sie, um zu gehen, schließt der eingangs zitierte Fernando Berri seine Definition der Utopie. Das Ziel der Bewegung aber ist vage und offen. Utopia ist nur eine Ahnung, ein Land, das man nicht betreten kann. Utopia ist ein Nirgendort, nicht mehr als eine Orientierungshilfe, ohne die aber keine Bewegung möglich ist. Und diese Bewegung kann nur mit einer Negation beginnen – der Negation des Bestehenden.

Antiutopische Utopie

Der totale Markt mit seiner Vorstellung des Marktautomatismus ist utopisch im Sinne einer societas perfecta und einer vollkommenen Institution. Es handelt sich aber um eine Utopie, die nicht als solche wahrgenommen wird, sondern die mit der Wirklichkeit gleichgesetzt wird. Wenn der Neoliberale seine Utopien verkündet, hält er sich für einen Realisten. Folglich konfrontiert er diesen Realismus mit allen Utopien und kommt zum Ergebnis: Alle Vorstellungen von Freiheit und Solidarität, die den Markt in Frage stellen, sind offensichtlich Utopien. Also stellt sich die Ideolgie des totalen Marktes als antiutopisch dar. In Wirklichkeit ist sie antiutopisch nur im Hinblick auf die Utopien oder utopischen Horizonte, die eine konkrete Freiheit und Solidarität ins Blickfeld rücken. In diesem Sinne ist die Ideologie des totalen Marktes insbesondere im Hinblick auf sozialistische Utopien antiutopisch.(...) Aus ihrem fanatischen Antiutopismus leitet diese Ideologie die Verheißung einer neuen Welt ab. Die grundlegende These lautet: Wer die Utopie zerstört verwirklicht sie.(...) Es handelt sich um eine aggressive antiutopische Utopie, deren Verwirklichung als die Vernichtung aller Utopisten der Welt dargestellt wird.(...) Damit sich die Menschheit selbst finde, muß man den Kampf sicherstellen und die Solidarität zerstören.(...) Der Kampf ist das Prinzip des gesellschaftlichen Lebens.(...) Das Ergebnis ist eine völlige Sakralisierung der Produktionsverhältnisse. Das erklärt die große Ähnlichkeit zwischen Stalinismus und Neoliberalismus. Beide sakralisieren ihre jeweiligen Produktionsverhältnisse auf analoge Weise.

Passage aus: Franz Hinkelammert, Cultura de la esperanza y sociedad sin exclusión; erscheint bei den Verlagen Exodus und Matthias-Grünewald im Frühjahr 1998, Übers. Bruno Kern

Anmerkungen:

1 Das gilt auch für religiöse Paradiesvorstellungen. In den jeweiligen Paradiesen ist das Klima angenehm, wobei die Betonung nördlicher Visionen eher auf der Sonne liegt, während die Paradiesvorstellungen etwa des Islam die angenehme Kühle sprudelnden Wassers phantasieren. Gearbeitet wird im Paradies ebensowenig wie gestritten und der Hunger läßt sich in den ewigen Jagdgründen allein am Überfluß der Natur stillen.

2 Als diese Zeilen geschrieben wurden, war theoretisch noch beides möglich.

3 Utopien aus dem Süden lassen dagegen eher ein ungebrocheneres Verhältnis zu Fortschritt, Industrie und Technologie erkennen. Desweiteren sind sie meist geprägt durch das Ziel der Abschüttelung äußerer und innerer Abhängigkeit. Ergebnis feministischer Utopien, insbesondere seit den 70er Jahren, sind viele der gegenwärtig in Realutopien zum Standard zählenden Elemente von Wissenschafts- und Technik- und Herrschaftskritik, von dezentralistischen, auf Gleichberechtigung und ein harmonisches Verhältnis mit der Umwelt bedachter Entwürfe. (Siehe dazu im Überblick: Rolf Schwendter, Utopie – Überlegungen zu einem zeitlosen Begriff, Edition ID-Archiv, 1994. Das Buch, dem viele der hier nur skizzierten Darstellungen entnommen sind, ist ausgesprochen informativ und enthält eine Liste ausgewählter Literatur. Außerdem zum Thema: Karin Wilhelm (Hg.), Utopie heute? Ende eines menschheitsgeschichtlichen Topos?, Passagen Verlag 1993; Richard Saage (Hg.), Hat die politische Utopie eine Zukunft?, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1992; Helmut Thielen, Subversion und Gemeinschaft, Befreiung in der Zeitenwende, Edition Nautilus 1993.)

4 Die folgenden Passagen basieren auf den Beiträgen von Franz Nuscheler und Jürgen Neyer zur Globalisierung der Telekommunikation in: epd 14/1996.

5 Daß auch Franz Nuscheler nach seiner Analyse nichts einfällt, außer, die universelle Ungerechtigkeit des Marktes durch Global Governance zu begrenzen, die den Erhalt der Kulturenvielfalt gegen eine »Allerweltskultur« à la McDonalds und Benetton gewährleisten soll, zeugt von der Schwierigkeit, anders als in Kategorien von Markt und/oder technokratischer Verwaltung der »Einen Welt« zu denken.

▶ *von **Jochen Müller**, Mitarbeiter des **iz3w***



Ein Traum aus Haut und Knochen

Politische Utopien in Lateinamerika

Foto: U. Stelzner / version

von **Ulf Baumgärtner**

Revolutionäre politische Utopien und das Ringen um alternative Entwicklungskonzepte haben nach dem Zweiten Weltkrieg in Lateinamerika eine große Rolle gespielt. Die Befreiung aus der Abhängigkeit vom Weltmarkt und von herrschenden Eliten stand dabei im Vordergrund. Ein Streifzug durch die jüngere Geschichte Lateinamerikas und das Beispiel El Salvadors zeigen jedoch, daß seit jeher die Idee des Wachstums dominierte und nunmehr der Neoliberalismus alle anderen Utopien in seinen Schatten stellt.

Ich glaubte damals – wie heute noch – in jenen Menschen dämmere ein neuer Mensch herauf. Der spanische Traum aber – nicht weil er nur spanisch, sondern weil er universal und konkret, das heißt ein Traum »aus Haut und Knochen und erschrockenen Augen« war – verdunkelte sich schnell und verschwand. Und die Gesichter, die ich sah, wurden wieder, was sie waren, bevor jene begeisternde Sicherheit (im Leben oder im Tod?) sich ihrer bemächtigt hatte: Gesichter von armen, einfachen Leuten. Doch die Erinnerung an sie verläßt mich nicht. Wer die Hoffnung einmal gesehen hat, vergißt sie nicht mehr. (*Octavio Paz über die spanische Revolution*)

► Wenn Klaus Zwickel beim x-ten Versuch, ein »Bündnis für Arbeit« feilzubieten, die 32-Stunden-Woche vorschlägt, macht sich niemand die Mühe, so einen Vorschlag als utopisch wegzuwischen. Schließlich wissen alle, daß er nicht auf Befreiung von Lohnknechtschaft, sondern auf »Standortsicherung« zielt. Gerade die gegenwärtige Diskussion um die Zukunft der Arbeit lädt aber dazu ein, in die Vergangenheit der Utopien zu blicken. Denn die Vorstellung, Arbeit sei ein unvermeidliches Mittel für einen höheren Zweck, nämlich die Verwirklichung der menschlichen Natur in vernünftigem Genuß und geistiger Entfaltung, und die Arbeitszeit sei deshalb so weit wie möglich zu verkürzen, ist fester Bestandteil von Utopien. Thomas Morus, ein Zeitgenosse jenes Amerigo Vespucci, dessen Vorname zur Bezeichnung der Kolonien in der Neuen Welt wurde und der die Kunde brachte von fernem Leben ohne Privateigentum, veröffentlichte 1516 seine Ideen von einem gesellschaftlichen Idealzustand in einem »Land, das nirgends ist«, in

Utopia. Dort gibt es kein Privateigentum und die tägliche Arbeitszeit beträgt sechs Stunden. In »Ökotopia«, einem in Vergessenheit geratenen Bestseller der hiesigen Alternativbewegung (1978 auf Deutsch erschienen), werden nur 20 Stunden in der Woche gearbeitet. Zwischendrin konnte sich der utopische Sozialist Charles Fourier Anfang des 19. Jahrhunderts eine sinnvollere gesellschaftliche Arbeitsteilung und für die menschlichen Bedürfnisse attraktivere Arbeitsformen als jene der Fron- und Lohnarbeit vorstellen.

Wo ist der neue Mensch geblieben?

► Derlei konkrete Utopien sucht man vergeblich in den Worten und Werken der nationalen Befreiungsbewegungen und politisch-militärischen Organisationen der »zweiten Welle der lateinamerikanischen Revolution« (Paco Ignacio Taibo II) nach dem Zweiten Weltkrieg. (Als erste Welle gilt dabei die Zeit der Erringung der politischen Unabhängigkeit von Spanien Anfang des 19. Jahrhunderts.) Wohl aber erinnern wir uns aus jener Zeit an die Rede vom neuen Menschen. Che Guevara hat ihn in »Mensch und Sozialismus auf Cuba« (1965) beschrieben und dabei unterstrichen, daß er sich nur entwickeln könne, wenn die alte Ordnung an den Wurzeln ausgerottet wird. Die Vorstellung, daß es für diese Veränderung der ökonomischen Basis und den Wandel des Bewußtseins einer Avantgarde bedarf, ist uns allerdings ebenso fremd geworden wie das Leitbild des Revolutionärs (die Revolutionärin kommt bei ihm nicht vor), der großherzig ist, durchtränkt von der »Liebe zu den Völkern« und der »vollkommenen Hingabe an die revolutionäre Sache« und sich nicht von den Sorgen seiner Familie, seiner Frau und seiner Kinder »heimsuchen läßt«.

Weniger fremd (aber nicht gerade aktuell) ist die Diskussion darüber, wie dem revolutionären Schwung, der in bestimmten Situationen um sich greift, im täglichen Leben Dauer verliehen werden könnte. Guevaras Warnung vor der Versuchung, materielle Interessen als Hebel für diesen Zweck zu benutzen, weil damit die Gefahr heraufbeschworen werde, daß die unsichtbare Hand des Marktes die Entwicklung des Bewußtseins unterminiert, ist als Warnung vor dem Konsumismus aktuell und klingt zugleich wie eine Vorahnung der späteren Entwicklung Cubas. Statt der materiellen Hebel schlägt Che Guevara »Instrumente grundsätzlich ideeller Natur« vor und setzt auf Erziehung, damit sich neue Werte im Bewußtsein entwickeln und neue Haltungen entstehen, die schließlich zur Gewohnheit werden. Bekanntlich ist es soweit nicht gekommen, obwohl es auf Cuba wie später auch in Nicaragua Alphabetisierungskampagnen und große Anstrengungen zur Bewußtseinsentwicklung gegeben hat.

Jenseits dieser historischen Betrachtung stellt sich allerdings die allgemeinere Frage, ob der moralische Appell je die materiellen Anreize wird ersetzen können; ob der Appell »Die Gesellschaft muß eine riesige Schule werden« nicht auf die Errichtung einer Erziehungsdiktatur hinausläuft. In dieser Beziehung steht Che Guevara dem Staatsmann und kirchlichen Würdenträger Thomas Morus näher als dem Handelsreisenden Charles Fourier. In Morus' »Utopia« gibt es eine Bildungselite, deren Angehörige von den Priestern vorgeschlagen und in einem geheimen Verfahren ausgewählt werden – gerade so wie die »revolutionären Institutionen« auf Cuba jene auslesen sollen, »die als Vorhut zu marschieren das Zeug haben«. Fourier dagegen wollte den Menschen nicht umerziehen, sondern die Gesellschaft und die Umwelt der menschlichen Natur anpassen, die z.B. ein Bedürfnis nach Abwechslung hat, weshalb es sinnvoll ist, die Arbeit so zu organisieren, daß niemand länger als zwei Stunden mit derselben Tätigkeit beschäftigt ist.

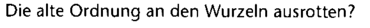

Die alte Ordnung an den Wurzeln ausrotten?

Foto: H. Sachs / version



Diese allgemeine Frage hängt mit der konkreten Geschichte Lateinamerikas in den letzten 50 Jahren insofern zusammen, als der Imperialismus keinem der Anstürme innerhalb der zweiten Welle der lateinamerikanischen Revolution – weder der kubanischen Revolution, noch dem chilenischen Weg zum Sozialismus, auch nicht der sandinistischen Revolution, um nur die markantesten zu nennen – Zeit und Raum gelassen hat, über eine gesellschaftliche Organisation zu debattieren, geschweige denn, eine zu erproben, in der die Herrschaft von Menschen über Menschen nicht immer wieder neu entsteht.

Im Morgengrauen des Neoliberalismus

► Als 1973 General Pinochet den chilenischen Weg zum Sozialismus blutig beendete, war Cuba durch die US-Blockade bereits von der »Patria Grande« und ihren Emanzipationsbewegungen isoliert, der Aufbau des Sozialismus zu einem aussichtslosen Aufbau des »Sozialismus in einem Lande« gezwungen worden. 1973 war auch ein Markstein für den Niedergang des Wirtschaftsmodelles der importsubstituierenden Industrialisierung. Dieses war das »alternative« Entwicklungsmodell der Peripherie, das den Nachkriegsboom in den westlichen Industrieländern begleitete und ebenfalls hohe Wachstumsraten zeitigte. Politisch ging es dabei um mehr Unabhängigkeit auf dem kapitalistischen Weltmarkt. Begründet wurde das Konzept in der Dependencia-Theorie, die in den 60er Jahren von der UN-Wirtschaftskommission (CEPAL) bis zu den sozialen Bewegungen fast allgegenwärtig war.

Im gleichen Jahr begann freilich auch die allgemeine Krise in den Industrienationen. Das Ende des Nachkriegsbooms mit seinen hohen Wachstumsraten und vergleichsweise großzügigen Sozialpolitiken war erreicht. Die neoliberalen Vordenker kamen nun vom Mont Pélérin herunter (1947 hatten eiserne Gegner des europäischen Wohlfahrtsstaates und des US-amerikanischen New Deal wie Friedrich Hayek, Milton Friedman, Karl Popper und Walter Euken in der Schweiz die Mont-Pélérin-Gesellschaft gegründet), diagnostizierten zuviel Macht der ArbeiterInnenbewegung sowie zuviel Sozialstaat und empfahlen Geldwertstabilität, die Herstellung einer »natürlichen« Arbeitslosenquote und Steuerreformen zugunsten der Unternehmer, um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln. 1979, im Jahr der sandinistischen Revolution, griff Margaret Thatcher diese Anregungen auf und etablierte ein Wirtschaftsmodell, das von Reagan bis Kohl, Berlusconi und Aznár und von Pinochet über Salinas und Menem bis Fujimori überzeugte Adepten gefunden hat.

Wie in Cuba war damit auch auf dem lateinamerikanischen Festland die Gegenbe-

wegung schneller und massiver. Wirtschaftlich scheiterte die importsubstituierende Industrialisierung an der Abhängigkeit, aus der sie Lateinamerika führen wollte: Die Exporte, seit kolonialen Zeiten überwiegend Rohstoffe, hinkten bald den industriellen Importen hinterher, so daß sich zuerst Zahlungsbilanzdefizite und später Schuldenberge aufhäuften. Politisch sorgten die Militärdiktaturen für ein Ende der Befreiungsbewegungen, die als umso gefährlicher galten, als sie nicht nur nationale Befreiung und günstigere Positionen auf dem Weltmarkt anstrebten, sondern in der Auseinandersetzung mit den nationalen Oligarchien auch auf soziale Befreiung zielten. Ideologisch wurden nunmehr Importsubstitution und Agrarreform als untauglich, die Dependenz-Theorien als bloße Weltanschauung und das Streben nach mehr wirtschaftlicher Unabhängigkeit als spielverderbende Abkoppelung denunziert – all das, um die Abhängigkeit und ein Entwicklungsmodell zu restaurieren, das heute unter Vermeidung des häßlichen Wortes »Abhängigkeit« als selektive Weltmarktintegration bezeichnet wird.

Die sozialen Bewegungen, die im Windschatten häufig populistischer nationaler Politiken der Importsubstitution aufkeimten und gegen die Bollwerke der alten Oligarchien und ihrer bewaffneten Arme anrannten, wurden überrollt. Ähnlich wie der cubanischen Revolution die Luft genommen wurde, in der soziale Revolutionen und Utopien nur gedeihen können, bekamen sie keine Chance für die Revolutionierung des Alltags. Historische Borniertheiten in den eigenen Reihen wie Kazikentum (in der Tradition der indigenen Hochkulturen stehende, streng vertikale Organisation mit dominanten Führerfiguren an der Spitze) und Machismus blieben weitestgehend unangetastet. Es ist deshalb kein Zufall, wenn die Basisdemokratisierung, der Feminismus oder die Umweltbewegung erst spät in Lateinamerika Fuß faßten.

Das Jahrzehnt der Revolution

▶ Im »Programm der Demokratischen Revolutionären Regierung« zum Beispiel, das die vereinigten salvadorianischen Massenorganisationen 1980 beschlossen, finden wir Themen wie Frauen oder Umwelt mit keinem Wort und die »demokratischen Rechte und Freiheiten« in einem eher bürgerrechtlichen als basisdemokratischen Sinne nur kurz erwähnt. Konkretere emanzipatorische Zukunftsvisionen kommen in diesem Programm nicht vor, wohl aber – übrigens ähnlich wie in der neozapatistischen Rhetorik (vgl. dazu iz3w Nr. 219) – allgemeine Formulierungen wie Freiheit und soziale Gerechtigkeit.

Kern des Programmes war ein Katalog von unmittelbaren Sofortmaßnahmen sowie von Struktur- und Sozialreformen. Die unmittelbaren Eingriffe zielten auf politische

Der Traum ist ein bißchen aus

Waslala – Ort des magischen Realismus

von **Gisela Reipen**

Der Entstehungsort der Utopie war die Literatur, und auch heute noch ist sie ihr Medium. 'Magischer Realismus' wird die Stilrichtung in der lateinamerikanischen Literatur bezeichnet, die irreale, mystische Elemente immer wieder in das realistisch beschriebene Geschehen einbrechen läßt. Grüne Haare oder magische Fähigkeiten verfremden hier das Dargestellte und weisen darauf hin, daß die Wirklichkeit noch nach anderen als den uns bekannten Naturgesetzen strukturiert sein könnte.

In Lateinamerika dienen die phantastischen Elemente häufig dazu, die 500-jährige Geschichte in einem Erzählstrang aufzugreifen. Dabei verweisen sie nicht selten auf den paradiesischen Urzustand, den Kolumbus angeblich bei seiner Ankunft vorgefunden hat: In der Fülle der Natur lebten die Menschen hier ein sorgloses Leben, friedfertig, unschuldig – paradiesisch eben. Da nach dem indianischen Verständnis die Geschichte sich in Kreisen wiederholt, entwickelte sich aus diesem Urbild der Prototyp für eine in der Zukunft wiederzuerlangende Ordnung, eine lateinamerikanische Utopie. Der Urzustand ist zugleich nicht erreichter Endzustand.

Die Utopie dient der Selbstfindung. Zudem entwirft sie ein Gegenbild zu den Idealen der Modernisierung und läßt sich durch Vorstellungen einer geld- und eigentumsfreien Gesellschaft auch als sozialistische Utopie sehen. Was ist aus dieser Utopie nach der sandinistischen Revolution geworden, die einmal zu ihrer Verwirklichung beitragen wollte? 'Waslala' der neueste Roman der Nicaraguanerin Gioconda Belli versucht hier eine Antwort zu geben, denn Waslala, der »Fluß der goldenen Wasser«, ist der gesuchte Ort der verlorenen Utopie.

Bellis Roman spielt in der Zukunft, in der ersten Hälfte des kommenden Jahrhunderts, doch verweisen die Landschaftsbeschreibungen auf den paradiesischen Urzustand Faguas', das schon in ihren ersten Romanen für Nicaragua steht. Der blutgetränkte Fluß, der überquert werden muß, spielt auf die blutige koloniale Vergangenheit an. Die Verlagerung in die Zukunft erlaubt es zudem, nicht nur mit revolutionären, sondern auch mit ökologischen Utopien abzurechnen. Zum einen konnte die üppige Natur nicht zu Reichtum verhelfen. Zum anderen wird Faguas wie der gesamte Kontinent von einer Umweltpolizei kontrolliert, die jedes Abholzen der Wälder, jede Industrialisierung verbietet. Das Land ist abgekoppelt von der technischen Entwicklung und lebt vom Müll ferner Länder und vom Rauschgifthandel. Ohne funktionierende Regierung ist es zerrissen im Krieg der verschiedenen Gruppen gegeneinander, die von einem Brüderpaar geschürt werden, das an die Brüder Ortega erinnert.

In dieser Zeit macht sich die Heldin der Geschichte, die emanzipierte Melisandra auf nach Waslala. An diesem Ort sollte das Paradies Wirklichkeit werden. Waslala ist jedoch nicht leicht zu finden, denn es liegt in einer geheimnisvollen Zwischenwelt, die nur durch den Glauben an ihre Existenz erreicht werden kann. Melisandra sucht und entdeckt schließlich diesen Ort. Unsere Heldin findet hier nach langen Jahren ihre Mutter. Doch ansonsten ist das Dorf verlassen. Die reine Utopie ließ sich nicht verwirklichen, sie zerbrach an der Unvollkommenheit der Menschen.

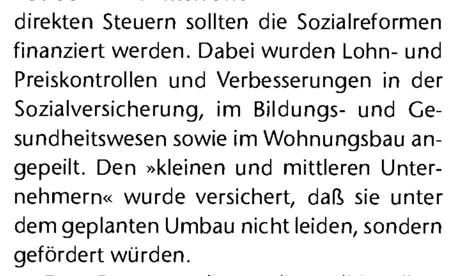
Dennoch wollen Mutter und Tochter das Dorf erhalten – Waisenkinder sollen hierher kommen. Denn auch wenn Waslala nicht zum Ort der realen Umsetzung der Utopie werden konnte, bedeutet es doch Hoffnung für viele. Der Glaube an die Legende Waslala hält die Erwartungen und Wünsche sowie den Versuch wach, eine bessere Zukunft zu schaffen. Ideal und Wirklichkeit stehen gleichberechtigt nebeneinander, da »aus der Spannung zwischen dem, was sein kann, und dem, was ist, das Wachsen entsteht«. Gleichzeitig bleibt in Bellis Roman das Ideal unerreichbar. Mit diesen Weisheiten kehrt Melisandra in die Welt zurück, während ihre Mutter im Dorf bleibt.

Trotz dieser interessanten Überlegungen zum Thema Utopie und den Anspielungen zur letztendlich gescheiterten sandinistischen Revolution, die vielleicht eine allgemeine lateinamerikanische Stimmung widerspiegeln, stört an den Roman insgesamt die flache Zeichnung der Figuren, die ein einfaches Gut-Böse-Schema repräsentieren: die Guten sind schön, die Bösen sterben am Schluß. Frauen sind zudem immer in positiver Weise emotional, denn hier liegt der einzige Weg, Waslala zu erreichen, während Männer rational und technikgläubig sind.

Für die beabsichtigte Übersetzung der Utopie Waslala in die Wirklichkeit, konkret die gesellschaftlichen Vorstellungen der Sandinisten, muß man aus Bellis Buch folgendes Fazit herauslesen: Die Utopie der Sandinisten, die sozial egalitäre Gesellschaft, kann zwar bestehen bleiben, doch sollte man nicht allzu vehement versuchen, sie zu verwirklichen. Flüchten wir uns also in eine phantastisch-schwülstige Sprache und ein bißchen Magie.

Gioconda Belli: Waslala. Roman. Peter Hammer Verlag, Wuppertal, 1996

und institutionelle Veränderungen wie die Auflösung der Sicherheitskräfte, ein Volksheer und eine neue Verfassung, sowie erste Schritte zu einer unabhängigeren Außenpolitik. Die Strukturreformen ließen sich der Importsubstitution und dem staatskapitalistischen Modell gleichermaßen zuordnen. Mit einer tiefgreifenden Agrarreform sollte die Macht der alten Oligarchie gebrochen, sollten die Produktionsmittel dieses Bereiches in Staats- und kollektive Betriebe überführt und das Wachstum angekurbelt werden. Die Schlüsselbereiche der Wirtschaft – Banken, Außenhandel, Energieproduktion und -versorgung – sollten verstaatlicht, Monopolunternehmen enteignet und ein System der nationalen Wirtschaftsplanung eingerichtet werden. Aus den Einnahmen und direkten Steuern sollten die Sozialreformen finanziert werden. Dabei wurden Lohn- und Preiskontrollen und Verbesserungen in der Sozialversicherung, im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie im Wohnungsbau angepeilt. Den »kleinen und mittleren Unternehmern« wurde versichert, daß sie unter dem geplanten Umbau nicht leiden, sondern gefördert würden.



Dem Programm liegen die traditionellen, damals als sozialistisch gehandelten Vorstellungen zu Grunde, daß der Staat die Schlüsselinstrumente des Wachstums übernimmt und dessen Erfolge in die sozialen Bereiche kanalisiert. Es ist ein Programm der beschleunigten Industrialisierung, die fast automatisch zum »Wohlergehen des Volkes« und zum »fortschreitenden sozialen Fortschritt« führen sollte – was Lenin unter dem Schlagwort »Elektrifizierung« und Che Guevara unter »Entwicklung der Technik« faßte. Der zweite Pfeiler beim Aufbau des Sozialismus – bei Lenin waren es die Sowjets, bei Che ging es um die Schaffung des neuen Menschen – fehlt. Aus den in mythische Höhen erhobenen »Massen« wurden unter der Hand Objekte staatlicher Sozialpolitik.

Daß materieller Fortschritt und Wirtschaftswachstum keine nach oben offene Spirale sind, hatte zu Beginn der hoffnungsvollen 80er Jahre in Mittelamerika noch keinen Eingang in die revolutionäre Programmatik gefunden. Der Glaube an die Allmacht des Wachstums, der den Nachkriegserfahrungen in den westlichen Industrieländern und in Lateinamerika entsprochen hatte, war noch ungebrochen. Nach dem Scheitern der Importsubstitution wurden nicht die Prämissen der allesamt auf der Wachstumsidee beruhenden Modelle überprüft, sondern im Gegenteil bald der neoliberale Weg eingeschlagen. Heute erleben wir eine ähnliche Situation: Nachdem der Siegeszug des Neoliberalismus zu einem »jobless growth« geführt hat, bleiben erneut die Prinzipien von Wachstum, Warenwirtschaft und des Privateigentums an den Produktionsmitteln tabu. Vielmehr erklären die Rexrodts und Fujimoris, es gäbe eben immer noch zu wenig Markt.



Der Anfang der Geschichten

Wie sich die Marktutopie durchsetzt zeigt auch der Fortgang der salvadorianischen Revolution nach 1980. Unter großen Opfern konnten zwei der geplanten Sofortmaßnahmen, nämlich die Beendigung der Repression und die Auflösung der Sicherheitskräfte, halbwegs umgesetzt werden. Aus dem Anspruch auf eine neue Verfassung sind jedoch nur einige Verfassungsänderungen geworden und in den Friedensverträgen von 1992 hat die FMLN (unter Protest) unterschrieben, daß die Strukturanpassungspolitik nicht zur Disposition steht. In jüngeren Programmen tauchen Frauen und Umwelt auf – als Erweiterung traditioneller linker Kataloge, fast beliebig ergänzbar durch SeniorInnen und Kinder. Einige soziale Forderungen wie die Senkung von Mehrwertsteuer, Mieten, Strom-, Wasser- und Telefontarifen, die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Streichung von Schulden sowie die Forderung nach sozialen Investitionen sind in der letzten Wahlplattform der FMLN, erstellt zu den Parlaments- und Kommunalwahlen im März diesen Jahres, weiterhin enthalten. Der Vorschlag aber, mittels einer radikalen Agrarreform, der Verstaatlichung der wirtschaftlichen Schlüsselbereiche und durch Enteignungen die Finanzierung dieser Maßnahmen zu gewährleisten, ist verschwunden.

Utopien am »Ende der Geschichte«

► Die sozialen und ökologischen Resultate der globalisierten Wachstumswirtschaft lassen aber den Ruf nach noch mehr Markt in höchstem Maße unvernünftig, ja absurd erscheinen. Stattdessen sind Vorschläge jenseits von Wachstumsideologie und Staatsdirigismus gefragt. Überlegungen, wie sie Franz Hinkelammert, der 1970 in Chile eine »Dialektik der ungleichen Entwicklung« verfaßte und sich heute von Costa Rica aus an der lateinamerikanischen Diskussion beteiligt, in jüngerer Zeit anstellt, sind Beispiele für diesen Weg. Statt weiter zu liberalisieren, schlägt er z.B. vor, traditionelle Produktionsformen und einfache Warenproduktionen zu schützen; oder entgegen dem Trend nicht immer größeren Kuchen hinterherzulaufen, sondern den vorhandenen Kuchen erst einmal ordentlich zu verteilen, weil überhöhte Einkommen und Vermögen anlagesüchtiges Kapital erzeugen. Öffentliche Sozialversicherungssysteme sollten nicht privatisiert, sondern umgekehrt die privaten Pensionskassen, deren schiere Kapitalmassen auf der Suche nach profitablen Anlagefeldern alles niederstampfen, in Renten- und Krankenkassen verwandelt werden.

Das hört sich heute so utopisch an, wie etwa Forderungen nach einer Zwanzig-Stunden-Woche oder einer Arbeitsteilung, bei der niemand länger als zwei Stunden derselben Tätigkeit nachgehen muß. Utopien haben freilich schon immer anscheinend verkehrte Welten beschrieben und Revolutionen versucht, das Untere nach oben zu kehren.

Als Herbert Marcuse 1967 mit Berliner StudentInnen über Utopien diskutierte vertrat er die Meinung, daß das Ende der Utopien gekommen sei, weil die Utopien heute verwirklichbar sind. Diese Situation, meinte er, könne auch als »Ende der Geschichte« begriffen werden – und zwar in dem Sinne, »daß die neuen Möglichkeiten einer menschlichen Gesellschaft und ihrer Umwelt (...) nicht mehr als Fortsetzung der alten (...) vorgestellt werden können, (sondern) einen Bruch mit dem geschichtlichen Kontinuum voraussetzen, jene qualitative Differenz zwischen einer freien und den noch unfreien Gesellschaften heute, die nach Marx in der Tat alle bisherige Geschichte zur Vorgeschichte der Menschheit macht.« 25 Jahre später hat Fukuyama mit seinem Buch »Das Ende der Geschichte« größere Aufmerksamkeit erregt. Sein »Ende der Geschichte« behauptet freilich das glatte Gegenteil, nämlich daß auf dem totalen Markt, unter der Alleinherrschaft des Kapitals, die Vorgeschichte zur Ewigkeit geworden ist. Diese 25 Jahre markieren eine Zeit der Niederlagen für globale Befreiungsprojekte – auch der Niederlage der »zweiten Welle der lateinamerikanischen Revolution«. An diese Zeit schließt sich aber, gerade weil es kein Ende der Geschichte geben kann, die Aufforderung an, nun nicht den Kopf in jenen Sand zu stecken, in dem die zweite Welle sich gerade verlaufen hat.

► **Ulf Baumgärtner** ist Agraringenieur und Mitarbeiter von ILA.

Um Gottes Willen

Der Islamismus als politisch-religiöse Utopie

von **Jochen Müller**

Vielleicht ist die religiöse Utopie die Urform menschlicher Wunschträume vom glücklichen Leben. Paradiesische Verhältnisse gibt's hier allerdings erst im Jenseits. Utopische Vorstellungen vom Diesseits sind dagegen meist in die Form von Staatsentwürfen gekleidet. Dazwischen stehen religiöse oder quasireligiöse Utopien, die als politische Bewegung eine bessere Gesellschaft im Hier und Jetzt schaffen wollen. Zu ihnen lassen sich so unterschiedliche Strömungen wie die Ketzerbewegungen des Mittelalters, die Befreiungstheologie, Scientology oder der Islamismus zählen.

▶ Der Islamismus – bekannter unter der Bezeichnung »islamischer Fundamentalismus« – stellt wohl die derzeit virulenteste Form religiöser Bewegungen mit diesseitigem Heilsversprechen dar. Die Ideologie des Islamismus wird häufig als rückwärtsgewandte Utopie bezeichnet. Tatsächlich beschwören die Vertreter islamistischer Positionen das Vorbild einer perfekt organisierten Gesellschaft aus der Vergangenheit als ihr Ziel für die Zukunft: In der idealisierten Ordnung der ersten islamischen Gemeinde (oder Gemeinschaft) vom Medina des siebten Jahrhunderts habe der Prophet Muhammad mit seinem direkten Draht zu Gott – später niedergeschrieben in Form der Koransuren – und seinem als unfehlbares Vorbild dienenden Lebenswandel (der Sunna), dafür gesorgt, daß Gottes Anweisungen von den Menschen genau befolgt worden wären und eine starke und gerechte Gemeinschaft der Muslime entstanden sei. Die Krisen der Folgezeit – von den Kreuzzügen über den Kolonialismus bis zu den aktuellen sozialen Widersprüchen in den sogenannten »islamischen« Gesellschaften – werden von islamischen Neuerungsbewegungen durch die mangelnde Befolgung der ursprünglichen göttlichen Vorschriften erklärt. An ihrer statt seien »fremde« Ideologien (etwa Sozialismus und Kapitalismus) »importiert« worden.

Authentisch gegen Fremdherrschaft

▶ Mit Koran und Sunna lägen aber die Hauptquellen eines islamischen Rechts (Sharia) vor, das zu allen Zeiten und zu allen Lebensbereichen – etwa zum Wirtschaftsleben oder zur politischen Organisation – die nötigen Vorgaben enthalte, um diese perfekt und zur Zufriedenheit aller Mitglieder der Gemeinschaft zu regeln. Bei strikter Befolgung garantierten sie den Weg zu Authentizität, Einheit und Harmonie, zur Überwindung der Rückständigkeit, der Fremdherrschaft und der Entfremdung. Zurück zu den Wurzeln heißt mit regional abweichenden Nuancierungen die Botschaft des Islamismus von Indonesien bis nach Marokko. »Der Islam ist die Lösung« lautet die Parole der ägyptischen Muslimbrüder.

Diese religiös legitimierte Zukunftsvision enthält klassische Merkmale einer politischen Utopie. Sie ist zunächst Ausdruck von Krisenerscheinungen und weist auf die konkreten Probleme der Gesellschaften hin, der sie entstammt. So greifen Islamisten vor allem die sozialen Fragen in ihren Gesellschaften auf und an. Dazu zählen Armut, Arbeitslosigkeit sowie Unterentwicklung und Fremdbestimmung, die von den meisten islamistischen Bewegungen Nordafrikas und des Mittleren Ostens als Unterlegenheit gegenüber den Staaten des Nordens wahrgenommen wird. Die Überwindung der Fremdherrschaft in ihren materiellen wie ideellen Formen spielt in der Ideologie islamistischer Bewegungen – wie bei wohl den meisten politischen Visionen aus dem Süden – bis heute eine besondere Rolle.

Die Gemeinschaftsutopie führt in die Gleichschaltung

Der Islamismus verspricht einen grundlegenden Wandel – darin vor allem liegt seine Attraktivität. Natürlich handelt es sich dabei nicht tatsächlich um eine rückwärtsgewandte Utopie, denn aus den Quellentexten soll eine perfekte Ordnung der modernen Gesellschaft abgeleitet werden. Viele islamistische Bewegungen wie die FIS in Algerien, die Muslimbrüder Ägyptens und die Refah in der Türkei, bekennen sich dabei zur Demokratie und nehmen an Wahlen teil, sofern es ihnen erlaubt wird. Allerdings kann die von ihnen behauptete Existenz der einen göttlichen Wahrheit, auf die sie sich in der politischen Auseinandersetzung meist beziehen, voneinander abweichende Interpretationen der unantastbaren Quellen letztlich kaum zulassen. An die Stelle von Interessengegensätzen in der modernen Gesellschaft tritt in ihrer Vision ein vorausgesetzter Konsens der Gemeinschaft. Dieser Konsens ergebe sich automatisch aus der Kenntnis der gottgegebenen Wahrheit durch alle »korrekten« Muslime – eine Art »gesundes Volksempfinden« über die »islamischen« Werte und Normen und ihre Konsequenzen für die Regelung aller Lebensbereiche. Aus diesem Bewußtsein entstehe die perfekte Gesellschaft fast von allein.

Der Staat übernimmt dabei theoretisch lediglich treuhänderische Funktion bei der Ausführung der vermeintlich eindeutig definierten und für die Gestaltung der Gegenwart anzuwendenden Anweisungen Gottes. Er kann aber zudem – so die Ideologie – die Verantwortung für die Erziehung zu einem »islamischen« Bewußtsein der Gemeinschaft tragen. Der Staat (bzw. die Partei, das Dogma oder der Führer) tritt dann als Quelle von Autorität und Konsens an die Stelle Gottes. Er definiert in Gottes Namen, was »islamisch« und was »unislamisch« ist. Die populistische Gemeinschaftsutopie, das Ideal von Einheit und Konsens als Basis der Gesellschaft, führt in die repressive Gleichschaltung – eine nicht ganz neue Erfahrung mit politischen Utopien, hier religiös legitimiert.

Eine Entwicklung nach diesem Muster ist (bei aller Unterschiedlichkeit) in der Ideologie islamistischer Bewegungen durchaus angelegt. Die Geschichte des Iran nach der Revolution zeigt, daß sie in der Diktatur münden kann. Weniger rückwärtsgewandt, aber umso utopischer erscheinen bei genauerer Betrachtung auch die derzeit gängigen islamistischen Konzepte für eine moderne Wirtschaftsordnung: Der propagierte grundlegende Wandel entpuppt sich als eine Variante der kapitalistischen Marktwirtschaft und ihrer Verheißung auf Gerechtigkeit.

Vom »Bauch des Monsters« nach »Anderswo«
Donna Haraways wissenschaftliche und fiktionale Reisen

von **Silke Bellanger**

▶ Die Geschichten der Naturwissenschaftshistorikerin und Feministin Donna Haraway spielen in Monsterbäuchen und in einer fremden, andersartigen Zeit: dem letzten Jahrzehnt des zweiten christlichen Jahrtausends. Die enge Verknüpfung von Wissenschaft, Militär, Informationstechnologien und Kapitalismus bringt in diesem Zeitraum irritierende Waren und hybride Wesen hervor. Die OncoMouse™, eine mit krebserzeugenden Genen manipulierte Maus, die in den medizinischen, biotechnologischen Labors der Forschung und Industrie ihre natürliche Nische hat, ist eines dieser Wesen, das in monströser Weise die Grenzen zwischen Maschine und organischem Lebewesen überschreitet. Sie ist weder ein autonomes, einheitliches Subjekt noch besitzt sie ihren Körper. Ihr künstlich konstruierter Körper dient der Erforschung und Heilung des menschlichen Krebsleidens.

Die verschwommenen Grenzen lassen mächtige binäre Ordnungskategorien – Natur/Kultur, Mensch/Tier, Mensch/Maschine, Frau/Mann, Ursprung/Heilsgeschichte – ihre Überzeugungskraft verlieren. Im Zeitraum »Chronotop Ende des 2. Jahrtausends« sind Natur, Subjekte und Körper fragwürdige Größen geworden.

Angesichts dieser Situation möchte Donna Haraway jedoch nicht in Panik und Paranoia geraten. Sie bemüht sich vielmehr, im Bauch des Monsters hoffnungsvolle feministische, sozialistische und ökologische Geschichten zu schreiben. Sie möchte von den verwirrenden Wesen lernen und sie als WegbegleiterInnen für die Reise nach »Anderswo« gewinnen.

In ihrem »Manifest für Cyborgs« von 1985 ernannte sie Cyborgs zu möglichen oppositionellen Figuren in dieser Technowelt. Cyborgs als organisch-maschinelle Mischwesen der Forschung, Industrie und des Science-Fiction stehen in ihren Augen für »unsere« Lebensweise und Subjektposition in der gegenwärtigen Welt. In Anlehnung an die politischen Theorien der »Women of colour« und in der Tradition feministischer Subjektkritik sieht Donna Haraway in der Herkunft und Vielfalt der Cyborgs eine Chance. Sie versucht die Figur entgegen ihrer militärischen und maskulinen Herkunft zu denken, zu schreiben und zu lesen. Nicht hochgerüstete, militarisierte und selbstidentische Cyborgwesen wie Terminatoren und Robocops, sondern Wesen wie die OncoMouse™ können und müssen uns Geschichten von Verletzung und Unterdrückung erzählen. Cyborgs als un/an/geeignete Andere stören die abendländischen Erfolgsgeschichten von Fortschritt und Aufklärung.

Indem Donna Haraway fordert, Cyborg-Subjekt-Positionen einzunehmen, kritisiert sie zum einen die Geschichte der abendländischen Wissenschaft und des entsprechenden männlichen, einheitlichen Subjekts. Zum anderen bemüht sie sich um eine oppositionelle Politik, die nicht vor den machtvollen Technologien erschreckt und in Ablehnung verharrt. Sie hält weder einen Ausstieg aus den Verflechtungen dieses Zeitraumes, noch eine Rückkehr zu natürlichen Zuständen und unversehrten Landschaften, Körpern und Identitäten für möglich. Entsprechend sieht sie in politischen Diskursen und Praktiken, die auf essentialistische Vorstellungen von Natur rekurrieren, keine Ansätze, um im Bauch des Monsters zu überleben.

Natur und Körper wurden in den Geschichten des Kolonialismus, Rassismus, Sexismus und einer vielgestaltigen Klassenherrschaft diskursiv als das »Andere«, als Ressource, als Matrix, als Werkzeug und als Mutter, Amme oder Sklavin hergestellt. Mit Natur wurden Herrschaftsverhältnisse legitimiert und die Reproduktion des westeuropäischen Menschen/Mannes abgesichert. Im gegenwärtigen Zeitraum des ausgehenden zweiten Jahrtausends scheinen die globalen Strategien alles zu denaturieren und zu einer gefügigen Materie strategischer Entscheidungen und beweglicher Produktions- und Reproduktionsprozesse zu machen. Wenn heute in polizeilich überwachten Naturparks der ungestörte Genuß unberührter Natur garantiert wird und gleichzeitig die Menschen, die diese Gebiete bewohnen, ausgeschlossen werden, wird, so Donna Haraway, die Logik der Reproduktion und Herrschaft des abendländischen, männlichen Subjektes fortgeschrieben.

Angesichts dessen spricht Donna Haraway von Natur als reinem Artefaktizismus, als Faktum und Fiktion zugleich. Natur ist ebenso wie die Subjekt-Position und die Körper von Cyborgs gemacht. Sie wurde in »weltverändernden technowissenschaftlichen Praktiken durch bestimmte kollektive AkteurInnen zu bestimmten Zeiten an bestimmten Orten hergestellt.« Aber zugleich bleibt Natur auch in Donna Haraways Verständnis eines der Dinge, nach denen wir uns sehnen, sie aber nie erreichen können.

Mit Bezug auf utopische Romane, dystopische Entwürfe der Gegenwart und Science-Fiction-Geschichten versucht Donna Haraway eine Vision »be-lebbarer Welten« zu entwerfen. Ihre »Monströsen Versprechen« legen eine mögliche Reise nach »Anderswo« nahe. In der gleichnamigen Aufsatzsammlung von 1995 benennt sie ihr wissenschaftliches und politisches Anliegen, eine Theorie zu bieten, die auf dem Weg dorthin Orientierungshilfe leistet. Ihr »Anderswo« ist kein Paradies und kein Naturschutzpark. Es ist ein »szientifisch-fiktionaler, spekulativ-faktischer Science-Fiction-Ort«. Eine reine, unschuldige Natur wird die Reisende weder auf dem Weg dahin, noch in »Anderswo« finden.

Donna Haraway hofft jedoch, Natur, artefaktisch verstanden, zu wiederbelebten, allgemeinen Plätzen machen zu können, die »allen offenstehen, die unwiderruflich lokal, weltlich, be-geistert (...) sind.« Die Wendung weg von abendländischen Erfolgsgeschichten und hin zu der Natur als Artefakt verlangt veränderte Schreib-, Lese- und Visualisierungspraktiken. Donna Haraway glaubt nicht daran, die bestehende Monsterwelt und ihre Geschichten verlassen zu können, aber sie hat die Hoffnung, daß verschobene Perspektiven andere verantwortliche Erzählungen und Bilder von der Erde ermöglichen, sie letztlich zu einem bewohnbaren »Anderswo« machen können. Sie möchte die verschiedenen menschlichen, nicht-menschlichen und maschinellen AkteurInnen, zu denen gerade Wesen wie die OncoMouse™ gehören, nicht nur sichtbar werden lassen, sondern zu GesprächspartnerInnen über den Gemeinplatz Natur machen. Diese Konversation wird nicht einfach sein. Die Menschen werden lernen müssen, monströse Unterhaltungen jenseits von Grenzüberschreitungen führen zu können.

Donna Haraway versteht ihre Reisevorstellungen und Konversationshoffnungen dementsprechend nicht als ferne Utopien oder apokalyptische Dystopien, sondern als Visionen über eine fiktional-faktische Gegenwart.

Literatur von Donna Haraway:

▶ Monströse Versprechen. Coyote-Geschichten zu Feminismus und Technowissenschaft, Argument Verlag Hamburg 1995

▶ Die Neuerfindung der Natur. Primaten, Cyborgs und Frauen, Campus 1995

▶ Anspruchsloser Zeuge@ Zweites Jahrtausend. FrauMann© trifft OncoMouse™, in: Elvira Scheich (Hrsg.), Vermittelte Weiblichkeit. Feministische Wissenschafts- und Gesellschaftstheorie, Hamburg 1996



Foto: H. Sachs / version

Apokalypse und Weltmanagement

Die enge Verwandtschaft negativer und positiver Utopien

von **Dieter Reinhardt**

Allgegenwärtig sind die Hinweise, daß sich die weltweiten Probleme in den nächsten Jahrzehnten zu einer globalen Katastrophe zuspitzen könnten. Eine »apokalyptische Selbstzufriedenheit« breitet sich aus, die vor den Schrecken des Untergangs warnt, gleichzeitig aber von seiner Unausweichlichkeit überzeugt ist. Negative Utopien sind schon längst ein fester Bestandteil des Alltagsbewußtseins. Sie leisten dem neuen Typ technokratischer Pseudoutopien Vorschub.

► Langsam schiebt sich ein einfaches Modell der Welterklärung in den Vordergrund, das im vermeintlichen Chaos der Ereignisse eine Orientierung zu ermöglichen scheint. Es lebt von Bildern der Katastrophen und Untergangsvisionen, die eine starke Suggestivkraft haben und Zukunftsängste kanalisieren.

Ausgangspunkt dieser neuen Weltanschauung ist die »global – ökologische Hypothese«, die vom drohenden Zusammenbruch der Biosphäre und vom Untergang der Gattung Mensch spricht, sofern es zu keiner »Wende« kommt. Diese Hypothese geht davon aus, daß der Lebensraum der Menschheit, die Biosphäre, nicht mehr durch Grenzen unterteilt werden könne. Die Menschheit lebe deshalb in der »Einen Welt«. Die Erdkugel sei in ihrer bildlichen Reproduzierbarkeit die sinnliche Bestätigung der »Einen Welt« im endlosen Weltraum. Ferner habe uns der Fortschritt auf die natürlichen Lebensgrundlagen, auf die Natur des Menschen und auf die Natur der Natur zurückgeworfen. Als erste Opfer der kollabierenden Biosphäre werden die Gesellschaften des Südens genannt. Und schließlich seien lokale Katastrophen immer Ausdruck einer globalen Katastrophe.

Sozialdarwinisten, Radikalökologen, um höhere Einschaltquoten ringende Medienkonzerne und um Spendengelder konkurrierende Wohlfahrtsorganisationen benutzen ebenfalls diese Art der Katastrophenvisionen.[1] Bei ihnen erscheint die unmittelbare Zukunft eines Landes, ganzer Regionen und Kontinente als Alptraum. Tatsächliche Opfer werden entindividualisiert und sind nicht mehr als Statisten im Bild eines gigantischen apokalyptischen Szenariums. Jede Katastrophe wird als Beleg für die große globale Katastrophe interpretiert. Die Diskussion über Möglichkeiten der Katastrophenprävention tritt in den Hintergrund. Abstumpfung und Passivität sind häufig das Resultat.

Ein eigentümlicher sozialpsychologischer Mechanismus bewirkt, daß die mediale Aufarbeitung von Katastrophen häufig das Gegenteil dessen bewirken kann, was eigentlich zu erwarten wäre: Je weiter Katastrophen entfernt sind, desto monströser sind die Übertreibungen und desto archaischer werden sie beschrieben und wahrgenommen. Diese verzerrte Wahrnehmung beinhaltet eine vorübergehende Entlastung: Endlich ist es möglich, das untergründige Katastrophenbewußtsein an die Oberfläche dringen und den Untergangsvisionen freien Lauf zu lassen. Da dies am Objekt eines weit entfernten Ereignisses geschieht, bleibt der Alltag der Individuen unberührt. Darüberhinaus erscheinen die Katastrophen im Süden als Bestätigung dafür, daß die Industriegesellschaften der Not, dem Elend und dem Ausgeliefertsein an die Natur endgültig entronnen sind.

Propheten des Untergangs

► Das Ringen um einen Standpunkt auf schwankendem Boden machen sich die modernen Propheten des Untergangs nicht leicht. Die Apokalypse erscheint ihnen als Erlösung aus einer unerträglichen Spannung. Den Schritt von der Beschwörung der Möglichkeit des Untergangs zur Konstatierung des faktischen und unumkehrbaren Endes der Menschheit vollziehen jedoch nur sehr wenige. Hoimar von Dittfurth und Manfred Wöhlke zählen zu ihnen.

Bereits 1985 erschien Hoimar von Dittfurths Buch *So laßt uns denn ein Apfelbäumchen pflanzen.* In einem Anfall von kollektivem



Wahn könne die durch »einen weltweiten ökologischen Zusammenbruch ausgelöste Verzweiflung in einer finalen Orgie atomarer Selbstausrottung« kulminieren. Unabhängig davon, ob der Untergang abgewendet werden kann – was Dittfurth im übrigen nicht völlig ausschließt – sieht er keinen Grund zur Verzweiflung. Die Erkenntnis, daß der eigene bzw. der kollektive Untergang bevorsteht, könnte einen schockartigen Heilungsprozeß auslösen, an dessen Ende die Lösung der Probleme stehen könnte, »vor die unsere Existenz uns letztlich stellt: die eigentliche Bedeutung der Rolle zu erkennen, die uns in der von Geburt und Tod begrenzten Zeitspanne zugewiesen ist.«

Manfred Wöhlke ist ein aktuelleres Beispiel für diese Art der Endzeitprophetie und dafür, daß die Anstrengung, die globalen Zerstörungen kritisch zu erfassen, umschlagen kann in todessehnsüchtige Melancholie. Bereits im Vorwort seines 1996 erschienenden Buches *Soziale Entropie, Die Zivilisation und der Weg allen Fleisches* teilt er seinen Lesern mit, was sie zu erwarten haben: »Ich gehe davon aus, daß die menschliche Gesellschaft wahrscheinlich schon vor, spätestens aber nach dem Durchlaufen des sogenannten Entwicklungsprozesses kollabiert und die Menschen als stammesgeschichtliche Gattung von diesem Planenten verschwinden.« Die Gesetze der Thermodynamik, das entropische Grundgesetz und der unausweichliche Wärmetod werden dafür verantwortlich gemacht. Daß er sich dabei auf Oswald Spengler, Gruhl und Dittfurth beruft ist nicht weiter verwunderlich.

Vom drohenden Untergang zum Weltmanagement

► Frei von Selbstzweifeln sind die modernen, ökologisch argumentierenden Technokraten. Sie sprechen im gleichen düsteren Stil von drohenden globalen Katastrophen, ziehen aber andere politische Schlußfolgerungen. Euphorisch begrüßen sie die Möglichkeit, daß die Gattung durch die ökologische und technologische Herausforderung endlich zu sich selber finden und das Projekt der Menschheitsgeschichte verwirklichen könne: die Eine Welt. Als Ziel proklamieren sie den Schutz der Biosphäre und begrüßen, daß das 'Rätsel des Lebens' im Gen-Labor zu einem profitablen Kreuzworträtsel gemacht wird. Sie begeben sich auf die Suche nach den letzten ungenutzten Ressourcen und erheben den Anspruch, diese zum Wohl der gesamten Menschheit zu verwalten und zu verteilen.

Das Programm, nach dem die Evolution sich selbst gesteuert hat, könnte abstürzen, wenn die Menschheit sich nicht unter einer globalistischen Perspektive zu einer neuen Form der Weltbeherrschung aufschwingt – so jedenfalls beschreiben es die Berichte von Banken, Stiftungen und anderen internationalen Institutionen.[2]

Diesen Großplanungsphantasien wird durch eine bestimmte Interpretation der Grundgesetze der Evolution und der Einbettung der menschlichen Geschichte in die »Naturgeschichte« der Weg geebnet. Günter Altner ist ein Vertreter dieses Ansatzes (Altner, G: Der offene Prozeß der Natur, in G. Altner et al. (Hrsg.): Jahrbuch Ökologie 1993, München 1992, S. 14). Die Prinzipien, nach denen die Evolution »große Gleichgewichtssysteme« hervorgebracht habe, seien Vorbilder, an die das »neue Denken« anknüpfen kann. Altner leitet aus der »prinzipiellen Offenheit des irdischen Lebenssystems«, aus dem »Geist des Unternehmens Evolution« ab, daß der »Kern des utopischen Denkens« erhalten bleibt. Es bestehe die Möglichkeit einer »wahrhaft ökologischen Kultur« auf der Grundlage der Solidarität. »Der Gedanke der Solidarität muß global und diskursiv, unter Einbeziehung aller Kulturen, mehr noch, unter Einbeziehung aller Lebensformen und Lebensverhältnisse praktiziert werden!«

Ein globales Ökomanagement wird mit der Begründung abglehnt, daß sich mit der Vorstellung einer »Globalsteuerung der Welt« die Gefahr neuer Wachstumsvorstellungen verknüpfe. Trotzdem setzt sich Altner für einen Universalismus ein, der einen Totalitätsanspruch erhebt. Denn für ihn ist die Einbeziehung »aller Kultur- und Lebensformen« in einen globalen Diskurs über Solidarität gleichbedeutend mit der Einheitlichkeit einer »neuen Lebensform«. Anstatt zunächst das schwierige Unterfangen der Rücknahme des bis jetzt praktizierten, zerstörerischen, kapitalistisch geprägten Universalismus anzugehen, propagiert er im Namen einer »globalen ökologischen Kultur« eine noch schnellere raumübergreifende und -durchdringende Ausdehnung einer neuen einheitlichen Lebensform und ebnet damit ungewollt einer technokratischen Politik den Weg.

Die neue ökologische Großmacht

► Zu den wichtigsten Vertretern der ökologischen Technokratie zählt Al Gore, der amtierende Vizepräsident der USA. Er ist der erste westliche Vertreter einer Politik des Ökomanagements, der direkt Einfluß auf die Regierungspolitik der führenden Industriegesellschaft ausübt. Sein Buch *Wege zum Gleichgewicht. Ein Marshall Plan für die Erde* (Frankfurt/M 1992), in dem er seine politische Strategie zum ökologischen Umbau der Industriegesellschaft vorstellt, ist zu einem weltweiten Bestseller geworden.

Al Gore sieht in der Perestroika und dem schnellen Zusammenbruch der Sowjetunion einen Beweis dafür, daß eine scheinbar stabile Gesellschaft innerhalb kürzester Zeit kollabieren kann. Deshalb müßten bereits jetzt Vorbereitungen für den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft getroffen werden. Im Falle einer öffentlichen Zustimmung zu einschneidenden Maßnahmen könnten diese dann sofort in Angriff genommen werden. »Der wirtschaftliche und politische Einsatz ist in diesem Kampf (um öffentliche Zustimmung, der Verf.) so hoch, daß es eine gnadenlose Propagandaschlacht geben wird.«

Das »Umweltsterben« drohe angesichts der verbreiteten »trägen Annahme, daß wir uns schon irgendwie durchwursteln werden«, zu einer »absoluten Katastrophe« zu werden. Die jetzige Bedrohung durch einen neuen »Feind«, eine Gesellschaftsform, die für die globale Klimaveränderung verantwortlich ist, »ist viel größer als die irgendeines militärischen Feindes, dem wir irgendwann einmal gegenüberstehen könnten.«

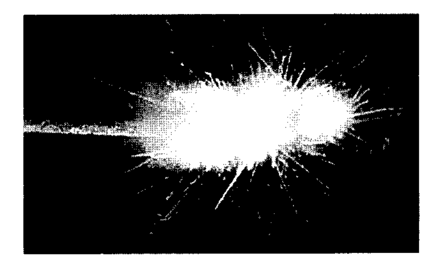
Entscheidend für eine Wende sei eine »globale Gesamtplanung«. Ein globaler Marshallplan ziele auf die Wiederherstellung eines weltweiten Gleichgewichts ab. Hierfür bedürfe es nicht einer Weltregierung, die nicht funktionieren könne, sondern eines internationalen Vertragssystems, an dem die Nationen gleichberechtigt beteiligt sind. Reiche wie arme Länder würden dabei gleichermaßen gesellschaftliche Veränderungen durchmachen müssen. Nach dem Ende des Kalten Krieges müsse ein »neues zentrales Organisationsprinzip unserer Zivilisation« gefunden werden. In der »ökologischen Herausforderung« sieht Al Gore eine Chance für die USA, die Führungsrolle in der Weltpolitik einzunehmen.

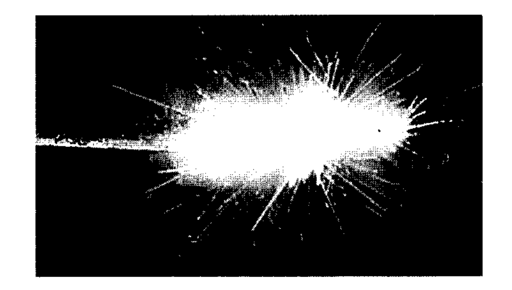
Technikutopien

► Während Al Gore nur sehr vage über seine Vorstellungen der Reformierung des Weltwirtschaftssystems spricht, beschreibt er umso ausführlicher die Möglichkeiten neuer technologischer Entwicklungen und damit verbundenem ökonomischen Wachstums, die der USA eine unangefochtene Hegemonie insbesondere gegenüber Japan bescheren könnten. Vorbild hierfür sei das Apollo Programm und das von Ronald Reagan geförderte militärische SDI Programm. In beiden Fällen habe es eine erfolgreiche Kooperation zwischen Staat, Wissenschaft und Wirtschaft gegeben. Die Technikbegeisterung Al Gores schlägt sich nieder in der For-

21. BUNDESKONGRESS ENTWICKLUNGSPOLITISCHER AKTIONSGRUPPEN

BUKO 29. MAI - 1. JUNI 1997 IN PADERBORN





gegenmacht von UNTEN

MISSION: IMPOSSIBLE ?



Fühlen auch Sie sich müde und abgespannt? Pleite und unzufrieden? Politisch frustriert von den miesen Verhältnissen und der scheinbaren Unmöglichkeit, sie zu ändern? Sie haben es mit Aspirin versucht, die Schuldenberatung aufgesucht, ihr Sexualleben durch Tantra-Kurse belebt, und es hat alles nichts geholfen? Ja, haben Sie es schon mit ***Gegenmacht von unten*** probiert?

Das geht nicht, sagen Sie? Alles zu versteinert? Alles so unsicher geworden? Und wenn Sie sich so umsehen, mit wem sollten Sie noch auf einen gemeinsamen Nenner kommen, geschweige denn Gegenmacht aufbauen? Sie machen jetzt noch ein bißchen lokale Agenda 21, schicken Ihre alte Nähmaschine nach Kurdistan, sehen die Karrieretips für Frauen durch und um den Rest sollen sich dann Ihre Enkelinnen und Enkel kümmern - so ungefähr?

Also, wir finden das etwas vorschnell. Auch zu bequem für diese Leute, die heute nicht mehr Imperialisten heißen, aber irgendwie immer noch da sind. Man verbreitet ganz viel politische Langeweile, ruft das Ende der Geschichte aus, stürmt ein paar liebgewordene Projekte, nimmt den Armen und gibt den Reichen, und nichts rührt sich mehr? Wenn es so einfach geht, dann machen die das in **Zukunft** immer so!

Natürlich sind die alten James Bonds nicht mehr da. Ist vielleicht auch besser so. Zuviel männlicher Heroismus. Zuviel Fortschrittsgläubigkeit. Schade um die kleinen Bonmots, aber nicht zu ändern. Wenn wir zusammen die Labors der Emanzipation durchgehen, werden Sie uns recht geben: vieles von den alten Ausrüstungsgegenständen ist nicht mehr zu gebrauchen. Diese Republik ist ein Kaugummi, wo Sie das rote gegen das grüne Ende solange aufeinanderdrücken können, wie Sie wollen, es wird nichts explodieren. Aber wenn Sie uns vielleicht in unsere Foren folgen wollen ...

Wenn jetzt das Telefon klingelt, sehen Sie sich nicht um: Es ist für Sie. Wer, wenn nicht Sie könnte gemeint sein? **Das ist *Ihre* Mission.** Gehen Sie in eine öffentliche Telefonzelle und wählen Sie 040-393156. Ihr Kennwort lautet „Anmeldung". Reisen Sie unauffällig nach Paderborn. Ihre Fahrtkosten werden Sie anteilig erstattet bekommen.

Dieses Flugblatt zerstört sich in fünf Sekunden selbst, wenn Sie nicht den umseitigen Coupon ausfüllen und abschicken. Kaufen Sie sich eine Skimütze.

Wir sehen uns auf dem Kongreß!

Internationale Solidarität

1. Internationale Solidarität im Zeichen kapitalistischer Globalisierung mit ihren sich verschärfenden sozialen, rassistischen und geschlechtlichen Aufspaltungen heißt in jeder Hinsicht Grenzen zu überschreiten. Emanzipation und Selbstbestimmung kann nur gelingen auf der Grundlage würdiger und gerechter Lebensbedingungen für *alle* Menschen auf der Erde.

2. Eine Vielfalt der Handlungsansätze ist nicht behindernd, sondern notwendig (Öffentlichkeits-, Lobby-, Projekt- und Kampagnenarbeit usw.). Eine große Herausforderung besteht darin, neue Wege des lokalen und internationalen Austausches zu finden, sich zuzuhören und voneinander zu lernen - die medialen, kulturellen und politischen Mauern einzureißen. Wir brauchen frischen Wind in Sprache und Begrifflichkeiten, um die Grundlagen der vorherrschenden Formen des Wirtschaftens und der gesellschaftlichen Organisation in Frage stellen zu können (z.B. Konkurrenz, Geld, Bedürfnisse usw.) und Veränderungen attraktiver zu machen. Es geht zunächst nicht um politische Programmatik und Strategie, sondern darum, erst wieder die Bedingungen für radikale, revolutionäre Veränderungen zu schaffen, die nur mit Mehrheiten zu machen sind.

3. Ein nicht-hierarchisches Netz für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus weltweit (Treffen, Rundbriefe, Zeitschriften, Radio, Demos, Umfragen, elektronische Post), das mit gemeinsam koordinierten Aktionen wächst und in Austausch miteinander tritt, wäre keine Organisation, aber auch mehr als nur ein Bild, ein Symbol - vielleicht eher eine »Hängematte« (Gustavo Esteva) auf dem Grundkonsens der Würde sowie der Verwirklichung individueller, sozialer und kollektiver Grundrechte aller.

FORUM 1

Dies sind nur einige, von den Zapatistas in Mexiko und den von ihnen ausgelösten Diskussionen ausgehende Ideen zu einer neuen internationalen Solidarität. Andere TeilnehmerInnen des Forums werden andere haben. Am Ende sollen möglichst konkrete Vorschläge für einen »internationalistischeren« BUKO stehen.

Geplant sind Arbeitsgruppen zu Chiapas und zu Nigeria, zum Verhältnis von Solidaritätsarbeit und Befreiungsbewegungen am Beispiel Kurdistan, zu Saatguterhaltungsinitiativen in Bolivien und zu den Euromärschen gegen Erwerbslosigkeit.

Den Norden abwickeln

FORUM 2

Die Flut von Ökobilanzen, runden Tischen und quotierten Redelisten ist sinnlos. Der Dreh- und Angelpunkt ist nicht falsche Technik, ungenügende Aufklärung oder zuwenig Mitreden, sondern der herrschaftsförmige Zugriff auf Natur und Arbeit. Das entscheidende Kriterium ist, ob dieser Zugriff gesteigert oder zurückgedrängt (abgewickelt) wird - gute Zwecke sind keine Entschuldigung.

1. Quotierung und Gleichberechtigung begünstigen den Zugriff auf weibliche Natur und Arbeit. Um die männliche Intervention zu brechen, bedarf es weiblicher Autorität.

2. Small ist nicht automatisch beautiful - schon gar nicht, wenn die kleinen, dezentralen Einheiten weiter für den globalen Sektor arbeiten und liefern, oder in seiner Denkweise verhaftet bleiben. Weder Regionalisierung noch das selbstorganisierte Projekt sind daher ein Wert für sich.

3. Arbeit und Einkommen *sind* entkoppelt! Wer am meisten arbeitet, verdient am wenigsten Geld: Frauen, Besitzlose in der Dritten Welt, Illegalisierte in den Metropolen. Was es abzuwickeln gilt, sind die Privilegien der formalen Arbeit. Das gilt für das Sozialsystem wie für die patriarchale Kleinfamilie und für die Projekte.

4. Es gibt keine Aneignung von Räumen und Zusammenhängen ohne eine Aneignung von uns selbst und der Beziehungen zwischen uns. Die Kolonisierung durch die herrschenden Verhältnisse läßt sich nicht individuell abschütteln, sondern muß kollektiv abgewickelt werden. Dafür ist Organisierung notwendig.

5. Eines der hervorstechendsten Merkmale der herrschenden Verhältnisse ist ihre extreme Langeweile. Das liegt an der Determiniertheit der Beziehungen und Strukturen. Und es liegt daran, daß wir uns selbst keine Gestaltungsmacht aneignen. Solange wir überall nur »partiell anwesend« sind, uns nur gebremst einbringen, kann diese Ödnis nicht aufgebrochen werden.

Geplante Arbeitsgruppen:

- Nach dem großen Gähnen. Postpatriarchale Betrachtungen
- »Dem Imperium keinen Tribut mehr zahlen«. Region und Widerstand
- Der freie Raum. Organisierter Widerstand - widerständige Organisationen
- »Vertrauen Sie niemandem!«. Abwicklung für AnfängerInnen

Rechtlos auf Arbeit

Globalisierung des Arbeitsmarktes bedeutet vor allem: Weltweit wird heute versucht, die Lohnkosten dem niedrigsten Niveau anzunähern. Immer größeren Teilen der arbeitenden Bevölkerung wird eine vertraglich gesicherte, feste Anstellung verwehrt. Illegale Arbeitsverhältnisse, ungesicherte Tätigkeiten, Scheinselbständigkeit, Heim- und Zeitarbeit nehmen zu, der informelle Sektor boomt. Produktionsstandorte werden dorthin verlagert, wo es sich am günstigsten produzieren läßt. Oder das Kapital holt sich die passenden Arbeitskräfte auch über Tausende von Kilometern dorthin, wo es sie braucht.

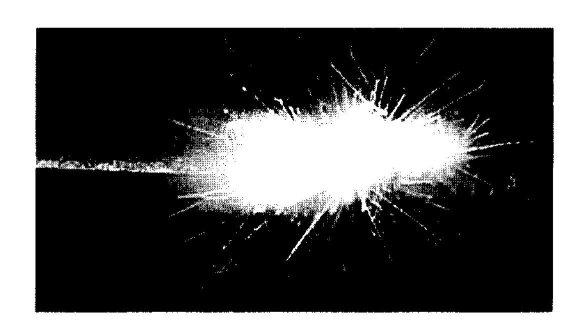
Die Arbeitsgruppen sollen zeigen, daß im Spannungsfeld zwischen Betriebsverlagerungen und Arbeitsmigration nicht nur viele Widersprüche, sondern auch Erfahrungen praktischer internationaler Solidarität existieren. Geplant ist, Leute aus Gewerkschaften, Flüchtlingsinitiativen, internationalen Betriebsräten, Sozialbündnissen und Internationalismusgruppen an der Diskussion zu beteiligen.

Geplante Arbeitsgruppen

- Alternativen zum Standortpatriotismus: Produktionsverlagerungen, Arbeitsmigration und internationale Solidarität

FORUM 3

Produktionsverlagerungen über Grenzen hinweg und Arbeitsmigration sind zwei Seiten einer Medaille, mit der die Kapitalisten möglichst niedrige Löhne und deregulierte Arbeitsbedingungen durchsetzen wollen. Beide Seiten erfordern ein neues Verständnis von internationaler Solidarität, das auf Seiten der Gewerkschaften kaum vorhanden ist. Die bisher diskutierten



Forderungen nach sozialen Mindeststandards, Entsendegesetzen usw. erscheinen problematisch, denn sie verunmöglichen nicht nur den Prekarisierten und Marginalisierten das Überleben. Sie sind im weltweiten Maßstab auch nur finanzierbar durch die fortwährende Ausbeutung der trikontinentalen Ressourcen an Mensch und Natur.

- Kämpfe und (Selbst-) Organisation prekarisierter und illegalisierter ArbeiterInnen

Obwohl prekäre Beschäftigung ein immer bedeutsameres Element - auch in unserer Klassenrealität - ist, werden prekär Beschäftigte kaum wahrgenommen. Selbstorganisationsversuche sind mühselig und wenig bekannt. Außerbetriebliche und außergewerkschaftliche Strukturen spielen eine immer wichtigere Rolle. Selbstorganisation findet im Stadtteil, in der Community, in der Nähe der Reproduktion statt. Hier ist am ehesten die notwendige soziale und politische Aneignung von Räumen möglich.

FORUM 4

Existenzrecht und solidarische Netze

Was die minimale Grundvoraussetzung menschlichen (Über)Lebens zu sein scheint, hat sich in weiten Teilen der Welt in eine Maximalforderung verwandelt: das fundamentale Recht aller Menschen auf eine gesicherte Existenz. Gegen die ausschließende neoliberale Logik von Profitmaximierung, Produktivismus und Leistungsethos wollen wir über neue Formen (moralischer) Ökonomie diskutieren.

1. Knapp sind nicht die gesellschaftlich produzierten Güter, verknappt wurden die Möglichkeiten des Zugangs zu ihnen. Wir treten demgegenüber für die Entkopplung von Arbeit und Einkommen, für den gleichberechtigten, egalitären Zugang aller Menschen zu den gesellschaftlichen Ressourcen ein, und zwar unabhängig von Nationalität, Geschlecht und Erwerbsbiographie.

2. Unser Bezugspunkt ist nicht die Verteidigung des klassischen Sozialstaats. Dieser ist in seiner Ableitung vom (männlichen) Normalarbeitsverhältnis selbst patriarchal und ausschließend strukturiert. Was wir wollen, ist etwas ganz anderes: nämlich eine umfassende Aneignungsperspektive von unten. Nur in diesem Rahmen lassen sich Einkommensforderungen an den Staat, Existenzgelddebatte etc. von rechten Modellen der Grundsicherung abgrenzen.

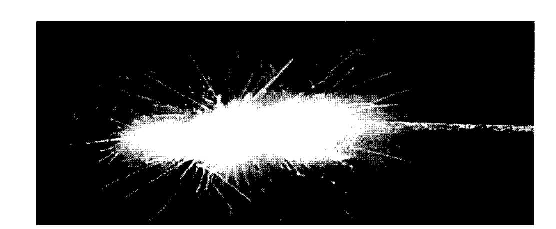
3. Notwendig ist weiterhin eine Auseinandersetzung über die konkrete Gestalt der produzierten Gebrauchswerte. So brauchen »wir« weder Castor noch Transrapid, sehr wohl aber beispielsweise ein billiges und funktionierendes Nahverkehrssystem.

4. Wir erleben eine Renaissance von Sozialpolitik als Sozialhygiene, die nicht die Armut, sondern die Armen bekämpft. Dagegen setzen wir unseren Widerstand gegen alle Formen sozialer Ausgrenzung, die Verteidigung von Bewegungsspielräumen sowie die Solidarität mit allen Marginalisierten, Stigmatisierten und »Unproduktiven«.

5. Wir halten den Aufbau selbstorganisierter Strukturen und solidarischer Netze für unabdingbar. Die sozialen Bewegungen verfügen diesbezüglich über einen großen Schatz praktischer Erfahrungen - von der Alternativökonomie bis zu den Tauschringen, von Frauenhäusern bis zu Aktion-Zuflucht-Initiativen. Wir wollen diese Projekte in ihren Ambivalenzen diskutieren: in ihrer Abhängigkeit von Marktmechanismen und Staatsknete, in den Schwierigkeiten, ihre inneren Emanzipationsansprüche umzusetzen.

Geplante Arbeitsgruppen:

- Formen der Existenzsicherung jenseits des Sozialstaats
- Praktische Erfahrungen aus den Sozialbündnissen
- Widerstand gegen Zonierung und Ausgrenzung
- Selbstorganisation und solidarische Netze
- Kommunebewegung und Hausbesetzung (Montevideo - Niederkaufungen - Hafenstraße)



Anmeldung für den 21. Bundeskongreß in Paderborn 29.5.97 bis 1.6.97 an den Bundekongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg

Name:

Anschrift:

Gruppenzugehörigkeit (falls vorhanden):

BUKO-Mitgliedsgruppe: ja nein

Emanzipation neu denken

Wer heute noch von menschlicher Freiheit redet, wird schnell mit Verweis auf die Grenzen des »Raumschiffs Erde« zurückgepfiffen. Wir nennen das die »ökologische Knute«. Mit ihrer Hilfe sollen vor allem die sozialen Energien von Frauen auf die Schaffung eines »ökologisch korrekten« Privatlebens anstatt auf Autonomiestreben gelenkt werden. Parallel dazu läßt sich die modisch-postmoderne Entsorgung des »Alternativen« beobachten, die abschätzige Diskriminierung aller Versuche, andere Lebensformen, andere Naturverhältnisse, andere Freiheitsbegriffe als die der Yuppie-Gesellschaft zu erproben. Gegen beide Trends richtet sich dieses Forum.

Ochsenthese: »Wenn wir uns alle wie Ochsen ins Zeug legen, auf daß wir Natur und Gesellschaft technisch immer besser kontrollieren, werden wir irgendwann auch frei werden«. Solche Heilsversprechen von »Fortschritt« und »Entwicklung« lenken uns vom Emanzipationsstreben im Hier und Jetzt ab. Emanzipation ist nur durch die Menschen selbst und ihre Praxis definierbar.

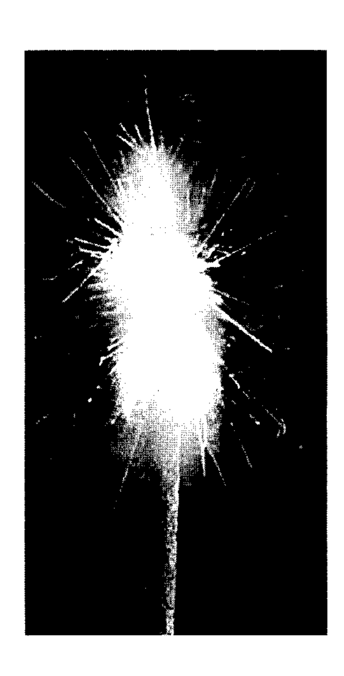
Wolfsthese: »Entreißen wir doch den Leitwölfen ›Kapital‹ und ›Staat‹ die Beute und verteilen sie um« — nun ja, was kümmert's die Beute? Auch das bestgemeinte Sozialbündnis ändert nichts daran, daß Verteilungskämpfe das Beutemachen voraussetzen – aber auch wer in Kommunen, food coops und Tauschringen nicht mit den Wölfen heult, stört sie deshalb noch lange nicht bei der Arbeit. »Politisierung der Subsistenz« hieße nicht nur, den eigenen Alltag möglichst unabhängig von den Leitwölfen zu gestalten, sondern auch, ihr Beutemachen aktiv zu verhindern.

Chamäleonthese: »Je effizienter wir uns organisieren, desto erfolgreicher werden wir sein«. Unsere Zurichtung auf die Funktionsmechanismen formaler Organisationen blockiert die Entfaltung sozialer Phantasie und Beziehungsfähigkeit. Sie läßt uns dem Herrschenden immer ähnlicher werden. Nötig wäre vielmehr die Entfaltung von Gegenkultur: gelebte Alternativen, soziale Beziehungsfähigkeit und nicht-patriarchale Kooperationsstrukturen.

FORUM 5

Schafsthese: »Mit geklonten Schafen und Menschen in die schöne neue Welt«. Design-Schafe und die Vernichtung von Überlebens-Landwirtschaft gehen Hand in Hand und gewöhnen uns an die Alltäglichkeit der Katastrophe. Wir brauchen hingegen eine grundlegende Auseinandersetzung über unser Verständnis von Natur, Leben, Vernunft, Menschsein und Spiritualität.

Stachelschweinthese: »Von Natur aus sind Männer freiheitsliebend und Frauen fürsorglich«. Individuelle Autonomie und Verantwortung für andere und anderes werden im Patriarchat »arbeitsteilig« gemanagt: männliche Autonomie, weibliche Fürsorge; wissenschaftliche und unternehmerische Freiheit, familiäre Pflichten; Marsflüge auf der einen, Mülltrennung auf der anderen Seite. Freiheit und Verantwortung in sich selbst zu vereinen setzt voraus, sich gemeinsam dieser gesellschaftlichen Zwangszuweisung kollektiver Identitäten zu entziehen.



Der BUKO 21 will Perspektiven von »Gegenmacht« ausleuchten und diskutieren. Jede und jeder, der dies auch will, ist herzlich eingeladen. Remember: »This is *your* Mission«. Ort ist die **Universität zu Paderborn** (Warburgerstr. 100, 33098 Paderborn). Die **Anreise** sollte am Donnerstag, dem 29. Mai 1997, zwischen 13.00 und 15.00 Uhr erfolgen. Anschließend wird der Kongreß mit inhaltlichen Beiträgen eröffnet. Freitag und Samstag finden Diskussionen innerhalb der Foren und Arbeitsgruppen statt. Der Kongreß endet am Sonntag, den 1. Juni 1997, gegen 13.00 Uhr. Zu einer anschließenden **Kundgebung** am nahegelegenen Abschiebeknast in Büren wird ausdrücklich aufgerufen.

Der BUKO 21 ist keine verkopfte Veranstaltung. »**Kultur**« in ihrer vielfältigsten Form wird uns begleiten. Darüberhinaus werden in verschiedenen »**Salons**« Möglichkeiten geschaffen, daß Gruppen ihre Arbeit vorstellen und freie Diskussionen mit anderen führen können. Lassen Sie sich überraschen und melden Sie sich, falls Sie im Vorfeld aktiv werden wollen.

Auch Versuche von »Gegenmacht« brauchen Planung und kosten mitunter Geld. Also: Bitte den **Anmeldecoupon** möglichst **frühzeitig** ausfüllen und absenden (zumal sich dieses Flugblatt sonst selbst zerstört). Außerdem gelangt dann noch der Vorbereitungsreader pünktlich in Ihre Hände. Der **Teilnahmebeitrag** beträgt inclusive Unterkunft in Privatquartieren, Verpflegung und anteilige Fahrkostenerstattung DM 80,- für Personen aus BUKO-Mitgliedsgruppen und DM 110,- für alle anderen TeilnehmerInnen. Bitte den entsprechenden Betrag **im voraus** auf das Konto des BUKO überweisen: Konto-Nr. 234389 bei der Ev. Darlehensgenossenschaft Kiel, BLZ 210 602 37.

Der BUKO 21 wird mit Mitteln vom Ausschuß für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik (ABP) der Evangelischen Kirche in Deutschland gefördert.

Ich habe Interesse an Forum Ich benötige Schlafplätze für Do Fr Sa So

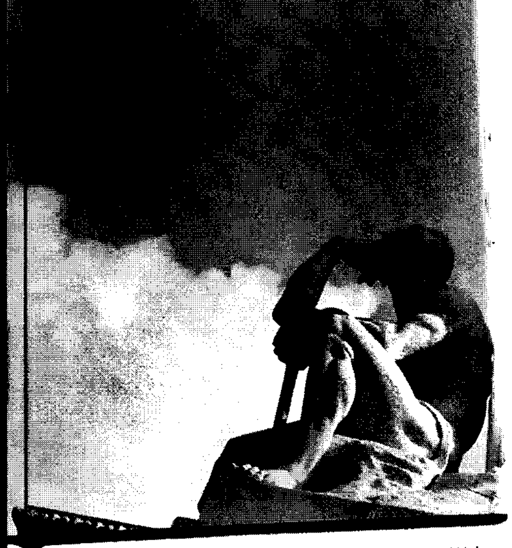
Mitfahrgelegenheit: Ich biete Ich suche Telefon für Mitfahrgelegenheit:

Kinderbetreuung nötig für Kinder im Alter von Jahren am Do Fr Sa So

Die Teilnahmegebühr von DM pro Person habe ich am überwiesen.

Datum:

Unterschrift:



Großraumplaner – ratlos! Foto: E. Weber

derung nach verstärkter Forschung im Bereich der Pflanzengenetik, der Kernfusion, nach einer »Informations-Superautobahn« und dem Aufbau eines umfassenden Satellitennetzes, das eine lückenlose, globale und permanente Beobachtung der Biosphäre auch durch Laien, die global in ein Satelliteninformationssystem integriert sind, ermöglicht. Weltweit sollen die Schüler auf diese Weise eine neue Beziehung zum Globus und der bedrohten Biosphäre entwickeln.

Al Gore vertritt eine globalistische technokratische Vision. Nicht die Demokratisierung der Gesellschaft und die Auflösung geballter Machtzusammenhänge stehen im Mittelpunkt seines Programms, sondern die Einführung neuer Technologien durch eine zentralstaatlich organisierte Bündelung der Interessen von Industrie, Wissenschaft, Militär und parlamentarischen Instanzen. Naiv wird darauf vertraut, daß dies automatisch auch ein globales Bewußtsein erzeugt, das den Wunsch, die Umwelt zu schützen, und die Forderung nach Gerechtigkeit einschließt. Die Technikbegeisterung hat bei Al Gore schon eine Vorgeschichte. Jahrelang war er Vorsitzender des Senatsausschusses für Raumfahrt.

Negative und positive Apokalyptik

▶ Von Theologen ist zu lernen, daß das griechische Wort *apokalysis* richtig übersetzt Enthüllung und nicht Weltende heißt. Es geht dabei um die Enthüllung von Ereignissen, die in naher Zukunft ein Weltende herbeiführen werden oder könnten. Apokalyptik ist also die Enthüllung der Wirklichkeit im – denkbaren – Untergang. Dabei lassen sich in jüdischen und christlichen Quellen positive Apokalypsen, die noch auf eine Rettung im allerletzten Moment hoffen, von negativen Apokalypsen, die resigniert auf den Untergang warten bzw. ihn herbeisehnen, unterscheiden. Wesentlich für diese Vorstellungen ist die enge Verknüpfung von hoffnungsvoller Erlösungssehnsucht und Angst erzeugenden Untergangsphantasien.[3]

Wenn darauf spekuliert wird, daß kleinere Katastrophen eine erzieherische Funktion haben könnten, dann ist dies eine modernisierte Form der *apokalysis*. Der Leiter des World Watch Institute, Lester R. Brown, ist der Auffassung, daß möglicherweise »ein Chaos auf den Weltgetreidemärkten«, oder »ein Nuklearunfall in Frankreich, der Millionen von Europäern übermäßiger Strahlung aussetzt und massenhafte Umsiedlungen erzwingt« einen grundlegenden Kurswechsel auslösen könnte. (Brown, L.R.: Start der ökolgischen Revolution, in World Watch Instiute (Hrsg.): Zur Lage der Welt – 1992, Daten für das Überleben, Frankfurt/M 1992, S. 251) Auch Hans Jonas vertraut dieser Form der Massenpädagogik: »Ich habe eine gewisse paradoxe Hoffnung auf die Erziehung durch Katastrophen.« (Jonas, H.: Dem bösen Ende näher, Gespräche über das Verhältnis des Menschen zur Natur, Frakfurt/M 1993, S. 14.)

Negative und positive Utopismen spiegeln die beiden Seiten der Dynamik der Weltgesellschaft wider: globale Vereinheitlichung der ökonomischen, kulturellen und medialen Verkehrsformen und Potenzierung von Reichtum auf der einen, Fragmentierung, Ideologisierung ethnischer Herkunft und Potenzierung von Armut auf der anderen Seite. Während Großplanungsphantastiker sich auf die »Erfolge« der Vereinheitlichung beziehen, verweisen die Apokalyptiker auf die Fragmentierung, den Zerfall und die Zerstörung und denken diese Entwicklung zu Ende.

Eine politische Programmatik kann den modernen Formen der *apokalysis*, der quasireligiösen Weltanschauung, nur entgehen, wenn beide Dimensionen der Weltgesellschaft begrifflich erfaßt werden. Dies setzt die Abgrenzung von dem leichtfertigen, zynischen Umgang mit Untergangsvisionen ebenso voraus wie die Distanzierung von dem Denkmodell des finalen Endes der Menschheit und von globalen Planungen der Technokratie. Eine solche Programmatik muß idealistisch genug sein, sich auf die Politik der kleinen Schritte einzulassen und realistisch genug, fundamentale Kritik nicht auszuklammern.

Anmerkungen:

1 Ein besonders geschmackloses Untergangsmachwerk schrieb Fuller, G.: Das Ende, Von der heiteren Hoffnungslosigkeit im Angesicht der ökologischen Katastrophe, Franfurt/M 1996.

2 vgl. zu Großplanungsphantasien Sachs, W.: Satellitentechnik, Die Visualisierung der Erde im Zuge der Weltraumfahrt, Wissenschaftszentrum Berlin, Berlin 1992.

3 vgl. Körtner, U.H.J.: »Und wenn Morgen die Welt unterginge«, Christlicher Glaube und apokalyptisches Daseinsverständnis, in: Valtink, E. (Hg.), In schwarzen Spiegeln, Hofgeismaer Protokolle, Hofgeismar 1989, S.94.

▶ **Dieter Reinhardt** ist Herausgeber des Buches: »*Die Katastrophe, die Not und das Geschäft. Das Beispiel Bangladesh*«, München 1997.

Das Münchhausen-Syndrom

Utopie und Ökologie am Ende der 90er Jahre

von **Armin Stickler**

Die sozialen Bewegungen der 70er und 80er Jahre wie der Internationalismus und die Ökologie-Bewegung haben ihre gegenkulturelle und emanzipatorische Kraft verloren. Inzwischen sind die kritischen Töne integriert und bieten nur noch Scheinalternativen – ein Plädoyer für die Suche nach alten und neuen Ufern und gegen die Strategie der runden Tische.

► Eine nicht-technokratische und auf eine herrschaftsfreie Gesellschaft abzielende Utopie ist heute megaout. Nach dem Scheitern des Realsozialismus werden alle anderen utopischen Vorstellungen emanzipatorischer Politik gleich mitentsorgt. Nun waren in der Tat sowohl die marxistischen als auch die bürgerlich-liberalen Utopien zutiefst verstrickt mit der Ideologie von Fortschritt, Wissenschaft und Technik. Beide strebten nach möglichst effizienter Naturbeherrschung. Die Maschinenfixierung des Kapitalismus machte vor den sozialistischen Utopien nicht halt. Die Befreiung vom »Reich des Notwendigen« war ohne eine solche Fixierung auf die »Revolutionierung der Produktivkräfte« nicht denkbar. Marx selbst betrachtete den Kapitalismus als Fortschritt und als notwendige Voraussetzung für die klassenlose Gesellschaft. Der Überwindung des »Reichs der Notwendigkeit« liegt dabei ein Arbeitsbegriff zugrunde, der diese als Last begreift, die durch Technik und Maschinen soweit wie möglich reduziert werden soll. Darüberhinaus leugnet die Fortschrittsidee tendenziell die Naturabhängigkeit von Gesellschaft: Die Metapher vom »Reich der Freiheit« ist gleichbedeutend mit der Vorstellung, sich von den »Fesseln der Natur« so weit als möglich lösen zu können – ob nun im »reinen« Kapitalverhältnis oder in der kommunistischen Gesellschaft der Zukunft.

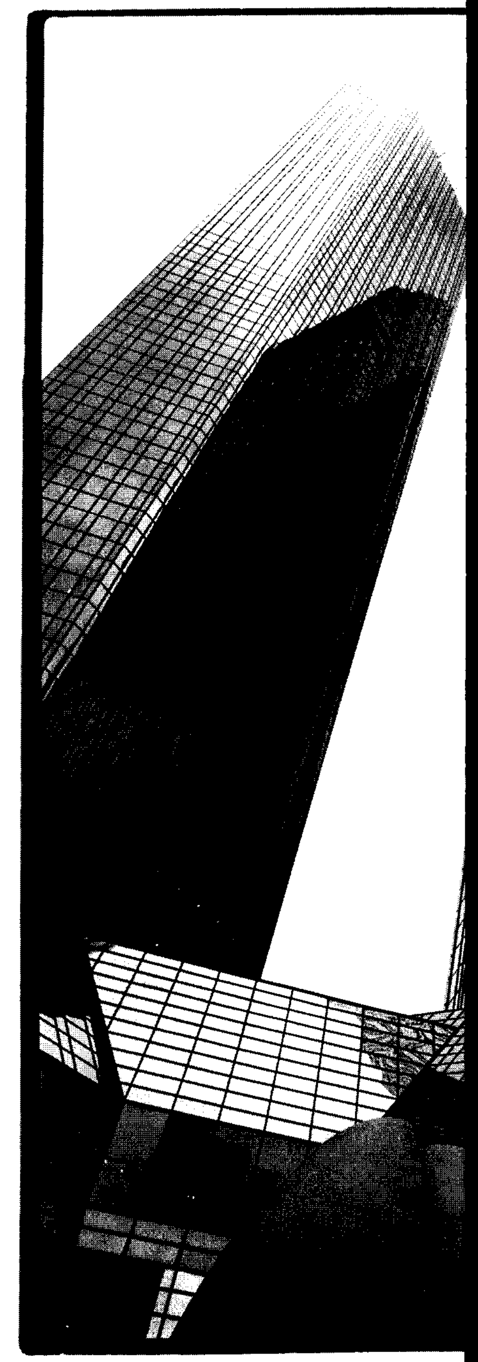
Das Entwicklungsdenken der Nachkriegszeit ist lediglich die spätfordistische Entsprechung der alten Fortschrittsidee. Und für die Befreiungsbewegungen des Südens bestand Emanzipation vornehmlich in der Reklamierung von Fortschritt auch für »die Verdammten dieser Erde«. Das Kategorienschema von Entwicklung und Unterentwicklung wurde auf diese Weise nicht überwunden. Im Gefolge der 68er-Revolten entstanden aber in den 70er Jahren weltweit soziale Bewegungen, die die Frage der Ökologie in das Zentrum rückten und damit die Fortschrittsidee insgesamt in Frage stellten.

Die alarmierende Studie des Club of Rome über die »Grenzen des Wachstums« (1972) provozierte eine prinzipielle Kritik an den bisherigen Formen des Wirtschaftens, die quer zur Klassenfrage lag. Im konkreten Widerstand gegen ökologisch bedrohliche Vorhaben wie Atomenergie, Mülldeponien, den Bau von Großprojekten oder die Bedrohung von Landschaften und Tierarten entstanden zeitweilig Massenbewegungen. Die Protestbewegungen der 70er und 80er Jahre wandten sich gegen Fortschrittsdenken und Technikfetischismus und haben unzweifelhaft zu einem Boom neuer Ideen, Leitvorstellungen und Werten vom »besseren Leben« geführt. Gerade die Ökologiebewegung hat vielfältigste Selbstverständlichkeiten hinterfragt und insbesondere die »Sackgasse des Industriesystems« (Otto Ulrich) konstatiert. Ihre Kritik der Arroganz des Industrialismus gegenüber der »Natur« verband sich mit der Imperialismuskritik der Internationalismusbewegung und der Patriarchatskritik der autonomen Frauenbewegung.

Natürlich wiesen diese Bewegungen große Unterschiede bezüglich ihrer Ideologie und ihres Politikverständnisses auf. Sie verstanden sich aber als eine gegenkulturelle Bewegung. Visionären Autoren wie Ivan Illich oder Robert Jungk hielten umfassende Gesellschaftsveränderungen nicht nur für denkbar, sondern die »neue Linke« versuchte dies auch im konkreten Alltag umzusetzen. Utopie wurde nicht mehr ausschließlich als ein Ort im Noch-Nicht begriffen, sondern als ein Ort, der im Alltäglichen bereits angelegt sein und partiell vorweggenommen werden kann.

Knute statt Befreiung?

► Wie anders sieht die Situation heute aus. Am Ende des 20. Jahrhunderts reimt sich Ökologie auf Modernisierung, Verschlankung, Effektivierung, Kontrolle und Zukunftstechnologie. Vom »Kampf gegen Staat und Kapital« ist nicht mehr die Rede. Ökologisches Bewußtsein ist zwar heute in das »Zentrum der Gesellschaft« vorgedrungen – »Ökologie« hat sich dabei aber zu einem Herrschaftsdiskurs gemausert, dessen utopische Gehalte fast ausschließlich in einer Vision des technokratischen Naturmanagements der »Einen Welt« aufgehen. Der Technikfetischismus der modernen Gesellschaft hat inzwischen auch die Ökologiebewegung



Garantiert mit Öko-Kost-Küche: Turmbau zu Mainhattan

infiziert. Bezugsrahmen ist nicht mehr die Utopie von einem anderen Leben mit der Natur, sondern der sparsame Umgang mit globalen Ressourcen und die Entschlackung von überflüssigem Verbrauch. Notwendigkeiten für die Weltbevölkerung als Ganze dominieren die Debatte und das Ökologieargument mutiert von einer Befreiungsutopie zur »ökologischen Knute« für die Emanzipationsbestrebungen der Unterprivilegierten dieser Welt.

Zwei gegenläufige Trends haben sich durchgesetzt. Auf der einen Seite versandete das gegenkulturelle Moment meist in Nischenpolitik. »Small is beautiful« lautete das Motto als Projekte und Landkommunen wie Pilze aus dem Boden schossen. Durch die »gelebte Utopie« sollte erreicht werden, daß sich diese Lebensform auch auf andere Menschen und perspektivisch die Gesellschaft ausweitet. Die kulturelle Vermittlung zum

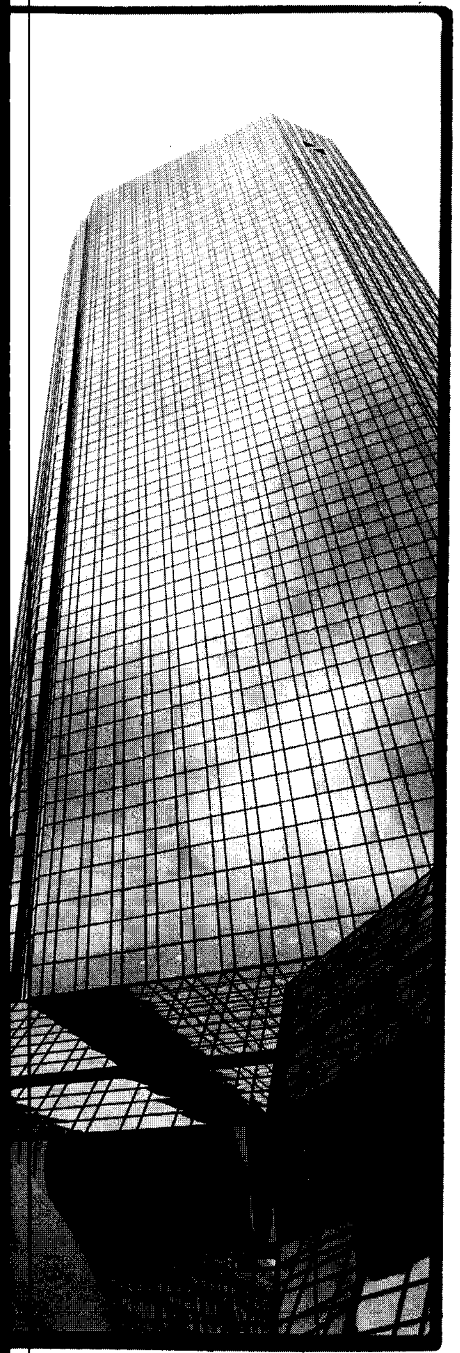


Foto: H. Sachs / version

etablierten Teil der Gesellschaft scheiterte aber. Auf der anderen Seite verstärkte sich das 5-vor-12-Argument, was dazu führte, den gegenkulturellen Ansatz aufzugeben. Für grundlegende Überlegungen und Änderungen ist keine Zeit vorhanden – geht es doch um die Rettung der »Einen Welt«. Man organisierte sich möglichst »effizient« und paßte sich den politischen Normalformen an. Insbesondere zum Ende der 80er Jahre korrespondierte der Niedergang der »neuen sozialen Bewegungen« mit deren Institutionalisierung in den Nichtregierungsorganisationen.

Spätestens seit der Rio-Konferenz 1992 artikuliert sich die ökologische Frage fast ausschließlich in dem Begriffsinventarium, welches die weltweite Debatte um nachhaltige Entwicklung vorgibt. Nachhaltige Entwicklung wurde zum politischen Modewort der 90er Jahre, das von IWF und Weltbank, von politischen Parteien und transnationalen Konzernen, von Forschungsinstituten und Umweltverbänden gleichermaßen protegiert wird. Das Konzept gibt vor, Armut und Ungerechtigkeit, Naturzerstörung und »Überbevölkerung« zur Zufriedenheit der BewohnerInnen der »Einen Welt« dauerhaft zu lösen. Die »radikale« Vorstellung, daß ein dauerhafter Schutz der Lebensbedingungen nur durch eine Revision des westlichen Industrialisierungsmodells und ein ökonomisches Nullwachstum zu erreichen sei, wird revidiert. Wissenschaft und Technik werden als »Verursacher« der ökologischen Krise zwar noch benannt, gleichzeitig jedoch als Teil der Lösung betrachtet – ein klassischer Münchhausen-Effekt.

Der Diskurs über nachhaltige Entwicklung saugt viele Forderungen der neuen sozialen Bewegungen und der modernisierungskritischen Bewegungen des Südens auf. Während ökologisch motivierte Projekte weiter vor sich hinwursteln, werden die Vertreter der NGOs als Gesprächspartner international aufgewertet und dürfen an den runden Tischen der Weltkonferenzen über das Kleingedruckte der neuen Weltordnung mitreden. Die Nachhaltigkeitsdebatte füllt die Orientierungslücke, die durch den Niedergang der neuen sozialen Bewegungen entstanden ist, mit einer Diskussions-, Kongress- und Gutachtenkultur. Hier wird gutmeinende Motivation mit emanzipativer Politik verwechselt. Der Unmut an den Verhältnissen wird über den Diskurs kanalisiert, synthetisiert und übers Reden zum Schweigen gebracht. So zeichnet sich die aktuelle Debatte um ökologische Fragen größtenteils durch das »Vergessen« der Herrschaftsdimension aus. Die historischen Ursachen von Ökologie- und Verteilungsproblemen werden bestenfalls oberflächlich thematisiert und die ökologischen Verhältnisse von den Herrschaftsverhältnissen abgespalten. Ökologie wird als an sich positiv betrachtet. Die Ökologie-Bewegung steckt damit in der »Ökofalle«.[1]

Utopie in (der) Bewegung

▶ Weder die Selbstgenügsamkeit der Idylle kommunitärer Gemeinschaften, noch die professionelle Lobbyarbeit der NGOs bieten Perspektiven für eine sozial-ökologische Gesellschaft. Dennoch lassen sich noch einige Versuche von Gegenkultur und Selbstorganisation aufspüren. Insbesondere in den südlichen Ländern äußern soziale Bewegungen ihren Protest gegen die Zumutungen von »Entwicklung« und organisieren ihr Leben zunehmend nach eigenen Kriterien. Aber auch im Norden lassen Protestbewegungen wie die wiedererstarkte Anti-AKW-Bewegung, insbesondere die Aktionen gegen den Castortransport, hoffen, daß der Gedanke der gegenkulturellen Opposition noch nicht ausgestorben ist.

Was wären also Perspektiven einer sozialökologischen Bewegung am Ende der 90er? Am Anfang sollte eine kritische Aufarbeitung von Bewegungsgeschichte stehen. Die in diesem Artikel nur knapp angerissenen Linien der Ökologiedebatte sind ja nicht wie Naturgewalten über die Bewegung hereingebrochen, sondern auch Produkt ihres eigenen Wirkens. Die fortschrittskritischen und gegenkulturellen Momente der frühen Ökologiebewegung gilt es zu bewahren und weiterzuentwickeln. Die Utopie einer egalitären Gesellschaft kann dabei nicht am Reißbrett entwickelt werden. Nötig wäre die Entfaltung einer Gegenkultur mit Vision – eine Utopie im Hier und Jetzt, die ständig in Bewegung ist.

Eine zukünftige sozial-ökologische Bewegung muß schon jetzt anfangen, konkrete Formen von Solidarität zu leben und umzusetzen, sich Räume anzueignen und Alternativen jenseits des Marktes zu leben. Nicht die Ausgestaltung und ökologische Abfederung von Herrschaft und Kontrolle, sondern ihre Zurückdrängung schafft Spielräume für eine andere Entwicklungslogik. Dabei geht es um eine Sichtweise von unten, die sich nicht auf die anscheinende Interessenwahrnehmung durch Organisationen verläßt. Das Verkennen der Eigendynamik organisierter Interessen hat bislang den meisten Bewegungen das Leben und die Orientierung gekostet.

Eine kreative Praxis sozialer Bewegungen wird durch eine Vielzahl von Widersprüchen geprägt sein. Der Blick ist wegzulenken von der »Optimierung des Ganzen« hin zu reformulierten Ideen von Emanzipation, Gegenmacht und Solidarität. Die Ideologie von Fortschritt oder Entwicklung muß zusammen mit dem Glauben an die Alternativenlosigkeit des Gegebenen überwunden werden. Eine solche gegenkulturelle Bewegung muß das ökologische Problem anders fassen als in der Sprache vom drohenden Untergang der Welt und den politischen Normalformen, die ihre Rettung garantieren sollen. Sie muß weg von den Visionen einer notwendigen Überlebensdiktatur der Institutionen, hin zu den Abenteuern der Solidarität und der Autonomie. Dies wäre obendrein eine politische Kultur, die Spaß machen könnte.

Anmerkung:

1 »Wer ein Papier vorlegt, in dem steht, die Welt müsse um 300% gerechter werden, erntet Gelächter. Wer schreibt, die Gesellschaft müsse um einen Faktor 10 ökologischer werden, dem wird raunendes Nicken zuteil.« (Christoph Spehr in: ders., Die Ökofalle. Nachhaltigkeit und Krise, Wien 1996, S.129; vgl. auch: Spehr / Stickler, Morphing Zone. Nachhaltigkeit und postmodernes Ordnungsdenken, in: Foitzik / Marvakis (Hg.), Tarzan – was nun?, s. Rezension in diesem Heft.)

▶ **Armin Stickler** ist Sozialwissenschaftler und arbeitet im Informationsbüro Nicaragua. Zusammen mit Helga Ebinghaus hat er zuletzt im IKO-Verlag veröffentlicht: »*Nachhaltigkeit und Macht. Zur Kritik von Sustainable Development*«.

Chips statt Schrebergärten

Möglichkeiten mikroelektronischer Subsistenzwirtschaft

von **Norbert Trenkle**

Die bürgerliche Gesellschaft beruht wesentlich auf der Entwicklung der Naturwissenschaften und ihrer Anwendung im Produktionsprozeß. Heißt dies auch, daß die moderne Technik unentwirrbar verquickt ist mit der Herrschaft des Kapitalismus? Muß eine Emanzipation vom kapitalistischen System auch die Ablehnung der von ihm hervorgebrachten technischen und produktiven Möglichkeiten bedeuten?

▶ Durchsetzung und rastloser Fortschritt der modernen Technologie erfolgten ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Menschen und die ökologischen Bedingungen. Bekanntlich mußten die Menschen in den Anfängen der industriellen Revolution (und später in allen Ländern, die eine nachholende Modernisierung durchliefen) buchstäblich in die Fabriken geprügelt werden. Und wenn sie die tägliche Vernutzung ihrer Lebenskraft im Rhythmus des Maschinentakts heute als so selbstverständlich empfinden, daß sie um ihre »Arbeitsplätze« betteln, dann zeigt dies nur, wie sehr sie den äußeren Zwang bereits verinnerlicht haben. Doch hier walten nicht irgendwelche Sachgesetzmäßigkeiten des »Techniksystems« sondern die Imperative der Kapitalverwertung. So gibt es (von Ausnahmen abgesehen) zum Beispiel keinerlei technischen Grund dafür, eine Produktionsanlage rund um die Uhr laufen zu lassen und die Menschen zu zwingen, sich die Nacht in der Fabrikhalle um die Ohren zu schlagen. Einzig und allein aus Gründen der optimalen Kapitalauslastung erscheint dies als zwingend.

Die gesellschaftliche Produktivkraft ist jedoch nicht identisch mit den konkreten technologischen Anwendungen, die der kapitalistische Verwertungsprozeß und die Marktkonkurrenz erzwangen. Prinzipiell hätte es zu jedem Zeitpunkt die Entscheidungsmöglichkeit gegeben, andere Entwicklungspfade einzuschlagen und jeweils die bisherigen Techniken stillzulegen oder in humaner Weise zu konvertieren. Häufig wurden sogar existierende sinnvolle Alternativen vom Markt verdrängt oder nicht weiter entwickelt, weil sie nicht mit der Logik der Warenform kompatibel waren. Exemplarisch gilt dies für die Durchsetzung des Autoverkehrs auf Kosten der Eisenbahn und für die Verdrängung regenerativer Energien.

Selbstverständlich ist auch die westliche Naturwissenschaft durchdrungen von der Warenlogik, deren Kind sie ist, dennoch brauchen die Erkenntnisse, die sie hervorgebracht hat keinesfalls in Bausch und Bogen verbannt zu werden. Es gilt hier allerdings eine genaue Sichtung vorzunehmen und kritisch zu fragen, welches die Potentiale sind, an denen in einem emanzipatorischen Sinne angeknüpft werden könnte. Ich möchte hier grundsätzlich auf die erst seit neuerem sichtbar gewordene Möglichkeit einer Dezentralisierung der Lebenszusammenhänge auf hohem Produktivkraftniveau verweisen. Bis vor kurzem war dies ein Gegensatz. Wer eine gesellschaftliche Dezentralisierung forderte, mußte einen Verzicht auf die Nutzung vieler technischer und wissenschaftlicher Errungenschaften in Kauf nehmen, weil diese eine zentralistisch organisierte Gesellschaft zur Voraussetzung hatten. Dies war die offene Flanke der fundamentalökologischen und sich auf die Subsistenzwirtschaft zurückziehende Kritik der 70er und frühen 80er Jahre.

Vor dem Hintergrund der mikroelektronischen Revolution, aber nicht zuletzt auch der neueren Erkenntnisse über regenerative Energien, ökologischen Landbau, Stadt- und Verkehrsplanung etc., löst sich der Gegensatz auf. Längst schon ist es möglich, den größten Teil der Gebrauchgüter-, Energie- und landwirtschaftlichen Produktion auf der Ebene der Orte und Regionen anzusiedeln und dort direkt zu regeln. Die wichtigsten Entscheidungen über Prioritäten, Qualitäten und Quantitäten könnten lokal bzw. regional getroffen werden. Voraussetzung einer solchen Dezentralisierung wäre allerdings eine abgestufte überregionale und globale Kooperation in wichtigen Basisbereichen. Es müßte für einen freien und allgemeinen Zugang zum weltweiten Wissens- und Erfahrungsschatz gesorgt sein, aber auch ein gestaffeltes System vorgelagerter Produktionsaggregate betrieben werden, die nicht dezentralisiert werden können. Das betrifft wohl vor allem die Produktion von Produktionsmitteln, aber auch den größten Teil der Grundstoffindustrie und eine ganze Reihe von Vorprodukten. Denn es dürfte kaum sinnvoll sein, wenn jede Region ihre eigene Fabrik für Industrieroboter oder Traktoren, ein eigenes Stahlwerk oder eine auf Eigenbedarf orientierte Kunststoff- oder Chemieproduktion unterhielte. Auch die Herstellung großer Transportmittel oder von Spezialprodukten sowie bestimmten standartisierten Massenprodukten (wie etwa Solarzellen oder Computerchips) ist wohl eher auf höheren Ebenen der gesellschaftlichen Kooperation anzusiedeln.

Es ist kaum sinnvoll, wenn jede Region ihre Fabrik für Industrieroboter betreibt

Eine solche Umorganisation ist unvereinbar mit den Gesetzen der Warenproduktion. Diese verkehren die Potentiale der Dezentralisierung in ihr Gegenteil und nutzen sie für eine Globalisierung der Produktionsprozesse unter Konkurrenzbedingungen. Die Entflechtung und Dezentralisierung muß einhergehen mit einer Zurückdrängung und Aufhebung der warenförmigen Zwänge. Dann könnte sie ungeheure Möglichkeiten einer bewußten Organisation der Gesellschaft jenseits hierarchisch-zentralistischer Planung eröffnen.

Wenn die Verflechtungen auf den verschiedenen Ebenen der Kooperation allgemein nachvollziehbar sind, können sie auch zum Gegenstand allgemeiner Mitsprache werden. Dies bedeutet, daß die Entscheidungs- und Planungsstrukturen ebenfalls in sich abgestuft sind. So würde es beispielsweise auf globaler Ebene völlig genügen, periodisch allgemeine Absprachen über Stoff- und Energiedurchsatz, über die Verteilung bestimmter knapper Ressourcen, sowie das Verkehrs- und Kommunikationsnetz und dergleichen zu treffen. Auf regionaler und supraregionaler Ebene dagegen werden weitaus mehr und weiterreichende Absprachen notwendig sein. Grundsätzlich aber könnte gelten, daß die einzelnen als Stoffkreisläufe konzipierten Einheiten und Bereiche über die meisten Angelegenheiten selbst entscheiden, wobei sie den Absprachen mit anderen über die wechselseitigen Beziehungen verpflichtet wären. Eine solche Form des weltgesellschaftlichen Zusammenhangs würde keine universalistischen Zwänge der Anpassung und Angleichung schaffen, sondern wäre im Gegenteil die Verwirklichung eines alten Menschheitstraums von Emanzipation, Autonomie und gelebter Vielfalt.

▶ *Eine ausführlichere Auseinandersetzung mit den hier angeschnittenen Fragen leistet der Autor in »Weltgesellschaft ohne Geld« in: Krisis – Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft Nr. 18 (Horlemann Verlag).*



Foto: J. Schmidt/zero

Und es begann die Zeit der Autonomie...

Die Krise der Linken, neue Klassenverhältnisse und soziale Befreiung

von **Karl-Heinz Roth**

Die »Neue Linke« ist in den Siebzigern aufgebrochen, die Stagnation des orthodoxen Marxismus und der Arbeiterbewegung zu überwinden. Ein Teil dieser Aufbruchbewegung waren die Sozialrevolutionäre (siehe Kasten) um die Zeitschrift »Autonomie«. Mittlerweile sieht die Neue Linke selbst alt aus – auch sie hat der Verlust an Utopien ereilt. Gibt es überhaupt noch eine Perspektive sozialer Befreiung?

▶ Seit den achtziger Jahren erleben wir eine Krise des militanten Lebens und eine Krise der AktivistInnen der Neuen Linken, ihrer Organisationen und ihrer sozialen Bewegungen. In dieser Krise drückt sich die zunehmende Unfähigkeit aus, alltägliche Bedürfnisse von Befreiung mit politischen Perspektiven, mit politischen Utopien, mit strategischen Vorstellungen über den sozialistischen Umsturz zu verbinden.

Woher kommt diese Krise? Da ist zunächst eine Identitätskrise der Subjekte selbst: ein zunehmendes Mißtrauen gegenüber vergangenen Großmachtphantasien, auch gegenüber Großtheorien. Wir sind mißtrauisch gegenüber dem Glauben, die immer komplexere Welt erklären zu können, und wir sind unfähig, die eigene alltägliche Situation in die immer kritischer werdende politische Konstellation hineinvermitteln zu können.

Antriebsfaktoren der Krise kommen natürlich auch von außen: Sehr unterschätzt wird die Tatsache, daß die meisten von uns für politsch aktive Arbeit und ein politisch aktives Leben immer weniger freie Zeit haben. Wir müssen immer mehr arbeiten, unsere Arbeitsverhältnisse werden immer prekärer und die Einkommen sinken. Weitere äußerliche Faktoren haben mit dem gesamtgesellschaftlichen Umbruch der achtziger Jahre zu tun. Eine neue Subjektivität setzt sich durch. Wir haben uns angewöhnt, diesen neuen Individualismus sehr schnell zu kritisieren und zu verurteilen. Aber die neue Subjektivität hat auch positive Aspekte. In dieser Subjektbezogenheit steckt nämlich die Forderung nach Zeitsouveränität und einem selbstbestimmten Existenzrecht. Natürlich ist die neue Individualität ambivalent. Traditionelle Normen und Strukturen zerfallen – von der Familie bis zu den Großverbänden. Problematische Tendenzen dieses Prozesses lassen sich einfangen mit den Stichworten Entsolidarisierung, Raffgiermentalität und Übernahme des Rechts des Stärkeren, um individuelle Interessen durchzusetzen.

Trotzdem gibt es noch eine Linke, eine Restlinke. Im Gegensatz zu früher, als eine große sozialistische, sozialrevolutionäre oder kommunistische Familie untereinander über die sozialen Bezugspunkte ihrer Aktivitäten – ob in der Fabrik, im Stadtteil oder im Bildungswesen – gestritten hat, haben wir heute informelle Netze vor uns, die über die ganze Gesellschaft ausgebreitet sind. Es lassen sich zwei Voraussetzungen nennen, damit diese Netze an Stabilität gewinnen. Die eine ist das persönliche Vertrauen als Voraussetzungen für politische Aktivität. Die andere ist der Umstand, daß die Trennung von Theorie und Praxis beseitigt wird. Das heißt, daß diejenigen, die in solchen informellen Zusammenhängen agieren, diskutieren und leben, sich durch ihre gesellschaftliche Tätigkeit ausweisen müssen.

Was diesen Projekten fehlt, das ist eine konkrete Utopie, eine Vorstellung davon, wie die Forderung nach einem selbstbestimmten



Die Klassenspaltung durchbrechen
Foto: H. Sachs / version

Dasein angesichts veränderter gesellschaftlicher Bedingungen sich in eine neue politische Perspektive vermitteln läßt. Über diese gilt es zu reden, bevor wir Perspektiven einer sozialen Befreiung diskutieren können.

Global prekarisiert

► Ende Oktober gab es einen Aktionstag der IG Metall gegen die Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Dieser Aktionstag war relativ erfolgreich, aber er war gleichzeitig auch eine neue Niederlage, denn die Wut, die dort aufbrandete, wurde wieder einmal kanalisiert. Einige AktivistInnen stellten resigniert fest: »Es ist uns nur gelungen, den Abgrund des Sozialabbaus, der sich vor uns auftut, ein bißchen aufzuschieben.«

Tatsächlich ist der Sozialabbau in der BRD im Vergleich zu anderen Ländern ein Nachzügler. Trotzdem haben die Veränderungen der Arbeitsverhältnisse und die sich daraus ableitenden Sozialbeziehungen auch in der BRD schon einen unwiderruflichen Bruch herbeigeführt, denn die klassische Zweiteilung zwischen Vollbeschäftigten und Arbeitslosen der vergangenen Wirtschaftsepoche ist in der BRD bereits untergegangen. Wir haben bei ungefähr 30 Millionen Erwerbstätigen rund sieben Millionen Arbeitslose und einkommenslose Arme; es gibt zehn Millionen, die weder vollbeschäftigt noch arbeitslos sind und sich nicht in den sogenannten Normal-Arbeitsverhältnissen befinden, sondern in prekarisierten.

Die Tendenz geht also weg von normalen, garantierten zu prekarisierten, ungesicherten Arbeitsverhältnissen – ohne festen Arbeitsvertrag, ohne Lebensarbeitszeitperspektive, ohne Absicherung der sozialen Risiken des proletarischen Daseins.

Die neue Konstellation hat weitreichende Folgen und wird von der Linken als Krise erlebt. Erstens als Krise der Lohnformen – zurecht, aber es stellt sich auch sogleich die Frage, ob sich hieraus nicht neue Kampfformen jenseits der alten Tarifrituale ergeben könnten. Zweitens wird eine Krise wahrgenommen, die sich parallel im Sozialversicherungssystem durchsetzt. Diese Krise äußert sich vor allem als sogenannte Schuldenkrise der öffentlichen Haushalte. Hier gilt es allerdings genauer hinzuschauen. Es ist nämlich so, daß inzwischen ein Viertel der Budgets zur Schuldentilgung und zur Zinszahlung an die Rentiers des Kapitals – an die Gläubiger – gezahlt wird. Wie wäre es, würden wir dieses Phänomen einfach umdrehen und soziale Aneignung fordern? Drittens wird die Übertragung der neuen Arbeitsverhältnisse auf die gesamtwirtschaftliche Struktur diskutiert. Auch hier muß differenziert werden. Auf der einen Seite verzeichnen wir eine enorme Prosperität der gesamten Einzelkapitale, eine Steigerung der Profitraten, die seit 1994 höher liegen als während der Vollbeschäftigung. Auf der anderen Seite werden diese Kosten auf die gesamtwirtschaftlichen Strukturen abgewälzt, und dort werden sie dann als Krisen wahrgenommen – als Krise des Budgets, als Krise der Infrastruktur usw..

Darüberhinaus haben wir es mit einer Politik zu tun, die die bisherigen Träger der politischen Macht ein Stück weit entmachtet. Die Machtstrukturen werden internationalisiert. Vor allem die transnationalen Konzerne sowie die Akteure der internationalen Finanz- und Immobilienmärkte und Offshore-Zentren haben eine Internationalisierung des neuen Kapitalzyklus durchgesetzt.

Ins Blickfeld rückt also der internationale Kontext der Nationalökonomie, die sogenannte Globalisierung. Wir sollten uns für diese Phänomene allerdings nur soweit interessieren, als sie uns aus der Klassenperspektive betreffen. Dabei gilt es, die merkwürdige Dialektik der Entwicklung zu berücksichtigen: Auf der einen Seite die Zerstreuung aller Produktionsfunktionen über die ganze Welt – deutsche Manager leihen sich Finanzkapitalien aus den amerikanischen Pensionsfonds, sie produzieren Textilprodukte in Osteuropa, sie lassen sie in Südostasien veredeln und und vermarkten sie in Spanien. Diese Mobilisierung der Produktionsfunktionen war und ist natürlich nur möglich, weil die Transportkosten gesunken sind und weil neue Informationstechnologien existieren, die es möglich machen, Produktion zu dezentralisieren, ohne das Kommando über die Produktion dezentralisieren zu müssen.

Auf der anderen Seite entwickelt sich gegenläufig dazu ein Prozeß der regionalen Konzentration. Es entstehen neue Schwerpunkte des internationalisierten Kapitals, neue Weltstädte, global cities, von denen neue hierarchische Strukturen ausgehen. Es entstehen neue Submetropolen von kontinentaler oder regionaler Bedeutung usw..

Global denken, lokal revoluzzen

► Soziale Befreiung hat immer zwei Ansatzpunkte: einen internationalen, das heißt eine Initiative für eine neue internationale Assoziation, und einen im regionalen, lokalen Kontext. Mit der internationalen Dimension tun wir uns derzeit schwer, da wir die katastrophale Geschichte der verschiedenen Internationalen im Hinterkopf haben. Außerdem müssen wir bedenken, daß wir die Identitätskrise der Linken nur beheben können, wenn wir soziale Befreiung und Subjektivität selbst und selbstbestimmt wollen und eine Perspektive nur dann zulassen, wenn sie im Prozeß der politischen Revolutionierung nicht erneut zur Abtrennung von sozialer Subjektivität aus den revolutionären Perspektiven führt.

Wir sollten erstens darüber nachdenken, inwieweit es Möglichkeiten gibt, die neuen Kampferfahrungen von neuen Arbeiterbewegungen in Übersee, vor allem in Südostasien, zu transportieren. Das könnte ein Kommunikationsnetz sein, das diese Erfahrungen mit den bestehenden in den klassischen Metropolen verbindet, wie zum Beispiel mit den in letzter Zeit bedeutenden in Frankreich. Wir sollten zweitens versuchen, existierende Initiativen zu einer internationalen Vernetzung der Arbeitergeschichtsschreibung zu aktualiseren. Eine weitere Dimensionen wäre beispielsweise die internationale Selbstorganisation des neuen Transportarbeiterproletariats als Brücke für jede neue internationale Perspektive. Das Transportwesen hat im Zuge der Globalisierung ja an enormer Bedeutung gewonnen. Die wenigen Möglichkeiten, die sich derzeit auftun, sollten mitgedacht und in ihrer Tragweite nicht unterschätzt werden.

Ich möchte ein Beispiel geben für Probleme und Aufgaben einer neuen militanten Arbeiterbewegung im lokalen Kontext mit internationalen Dimensionen. Im Hamburger Hafen und auf den Schiffen sind inzwischen fast fünfzig Prozent aller Arbeitsverhältnisse tariffrei. Im Kampf gegen diese Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse ist nun folgendes passiert:

Die Internationale Transportarbeiter Föderation (ITF) hat für die Nordatlantik-Häfen im Frühherbst 1996 einen Tarifvertrag ausgehandelt, der allen Anheuernden auf den Schiffen einen Minimallohn garantiert. Dieser Minimallohn unterschreitet den Mindestlohn der deutschen Seeleute, aber er erhöht den der philippinischen oder der afrikanischen Kollegen teilweise um das Doppelte oder Dreifache. Keine Reederei hat sich an diesen Vertrag gehalten. Daraufhin hat die ITF an den Häfen Kommissare eingesetzt. Diese Funktionäre sind dann auf die Schiffe gegangen und haben die Kapitäne auf den Tarifvertrag hingewiesen. Die Antwort war: »Wenn Sie nicht sofort das Schiff verlassen, fliegen sie ins Wasser.« Daraufhin drohten die Gewerkschafter Bummelstreiks an, falls der betreffende Kapitän nicht nachgebe.

Letztendlich ist der tarifliche Minimallohn im Hamburger Hafen wie auch in anderen nordatlantischen Häfen durchgesetzt worden. Die ITF war in der Lage, die nationalen Gewerkschaften auf Linie zu bringen. Dies ist nicht zuletzt den linken Gewerkschaftsgrup-

pen in der ÖTV zu verdanken, die sich voll reingehängt haben. Dazu gab es informelle Unterstützung von außen, aus lokalen Zusammenhängen.

Der Kampf um den Minimallohn war ein punktueller Erfolg – mit allen Problemen, die damit zusammenhängen. Es ging zwar »nur« um den Minimallohn, und das hat sicherlich nichts Revolutionäres, aber ein solcher Kampf kann Prozesse auslösen, die Grundlegendes thematisieren. So bewirkte die Mobilisierung ein neues Bewußtsein für die Lage der afrikanischen und philippinischen Seeleute. Viele der deutschen Seeleute haben begriffen, daß es gilt, die Klassenspaltung auf den Schiffen zu durchbrechen.

An diesem Beispiel, das internationale Klassenverhältnisse berührt, sieht man, welche Bedeutung inzwischen dem regionalen und lokalen Kontext zukommt, zumal sich in den neuen lokalen Zentren die neuen Klassenkonflikte konzentrieren. Und hier existieren noch Strukturen der Restlinken. Ich glaube, daß es möglich sein sollte, die Erfahrungen, das Wissen und das Gedächtnis über Teilkämpfe miteinander zu verbinden und eine neue gemeinsame Perspektive auf lokaler Ebene zu suchen. In Hamburg gibt es solch einen Versuch: Erstens wurde die besondere regionale Situation analysiert. Zweitens sollte die eigene soziale Subjektivität, das heißt unsere Geschichte, in den Konflikten dieser Region rekonstruiert werden. Und es wird drittens die Möglichkeit erörtert werden, ob angesichts der sehr spezifischen Situation einer Hafenstadt, die glaubte ein Tor zur Welt zu sein und die de facto zu einer deindustrialisierten Stadt dritten Grades absinkt, Perspektiven sozialer Befreiung zu finden sind.

Fokus neuer Klassenkonflikte

▶ Gerade in Hamburg sind die neuen Verhältnisse und ihre Probleme konzentriert, aus denen sich mit Hilfe der bestehenden Vernetzungen politische Strategien entwikkeln ließen. Erstens haben wir das Problem der direkten Demokratie, der Basisdemokratie: Wie überall ist die erwerbsabhängige Bevölkerung dreigeteilt in Menschen mit Bürgerrechten, in Menschen ohne Bürgerrechte (die erste und zweite Einwanderergeneration) und Menschen ohne soziale Rechte (die neuen ImmigrantInnen). An diesem Punkt wären alle Initiativen, die es in den letzten Jahren gegeben hat, neu zu bündeln, um sie in ein Konzept der direkten Basisdemokratie vor Ort einzubringen. Zweitens wäre der Kampf um einen politischen Lohn in der Region (wieder-)aufzunehmen (nicht um einen Minimallohn) und um die Begrenzung von Maximalarbeitszeiten. Drittens wäre darüber zu sprechen, inwieweit es möglich ist, aus den alten Häuserkämpfen, Hausbesetzungen, Mieterstreiks ein Projekt der sozialen (Wieder-)Aneignung des Bodens zu starten. Viertens muß darüber diskutiert werden, inwieweit die unglaubliche Einkommens- und Vermögenspolarisierung in diesen lokalen Zentren aufzuheben wäre durch soziale (Wieder-)Aneignung des Reichtums, nicht nur der Geldvermögensbesitzer. Schließlich ist die (Wieder-)Aneignung der Kultur im lokalen Kontext und die Weiterentwicklung alternativer Medien zu erwähnen, aus denen sich Perspektiven ergeben können.

Wo soll das hingehen? Diese Frage ist offen, weil sie nur im sozialen Prozeß diskutiert werden kann. Aber es sollte klar sein, daß es sich hier um Ansätze handelt, die viele untergegangene Strömungen der Arbeiterbewegung reaktivieren können: den revolutionären Syndikalismus, die Rätebewegung, die frühen Sozialisten, die von einer sozialistischen Weltrepublik geträumt haben, und andere, die nichts mit der sozialdemokratisch-marxistischen Arbeiterbewegung zu tun gehabt haben und deren Geschichte wir vergessen oder nicht ausreichend reflektiert haben.

▶ **Karl-Heinz Roth** ist Wald- und Wiesenarzt in St. Pauli und Herausgeber der »*Zeitschrift 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts*«

Auf der Suche nach einer anderen Arbeiterbewegung

▶ Die politische Biographie Karl-Heinz Roths ist geprägt von der Suche nach revolutionären Wegen zu Wissen und Wohlstand, Freiheit und Glück. Operaistisch, sozialrevolutionär, autonom – das sind die Etiketten der Wege, mit denen KHR die Befreiung zu einem selbstbestimmten Leben erreichen wollte.

KHR war Anfang der siebziger Jahre Mitglied der Proletarischen Front, die sich mit den Konzepten der »Potere operaio« (Arbeitermacht) auseinandersetzte. Die italienischen Operaisten um Tronti, Negri, Bologna wollten nachweisen, daß eine »andere« Arbeiterbewegung mit autonomen, dezentralen Kampfformen existiere. Ziel war es, auf der Basis eines Massenstreiks auf eine proletarische Aufstandsbewegung hinzuarbeiten. Der Schwerpunkt lag auf der Mobilisierung und Agitation ausländischer Arbeiter. In der wilden Streikwelle von 1973 und im Fordstreik sahen sich die operaistischen Gruppen bestätigt (ohne allerdings selbst eingreifen zu können). Die Streiks hätten eine neue Qualität gehabt, weil sie nicht wie üblich von relativ klassenbewußten Facharbeitern, sondern von den am niedrigsten bezahlten Arbeitern, den Massenarbeitern, getragen worden seien. Eine Veränderung im Arbeiterbewußtsein hätte stattgefunden: Es sei nicht mehr nur um die Lohnfrage gegangen, sondern auch um qualitative Forderungen wie bezahlte Pausen, Verlangsamung von Bandgeschwindigkeiten oder verbesserte Urlaubsregelungen.

Ende der siebziger Jahre entdeckte KHR die »andere« Arbeiterbewegung in E.P. Thompsons »The Making of the English Working Class«. Thompson verwies auf eine autonome »moralische Ökonomie« des Proletariats und leitete daraus ein neues Verständnis von Klassenkonstitution und -subjektivität ab. Die Reproduktionssphäre als Ort proletarischer Widerständigkeit gegen das kapitalistische Eindringen in den Alltag wurde das dominierende Thema, die »History from below« war nun KHRs Anliegen.

Häuserkämpfe, Militanz und Anti-Atom-Bewegung in den achtziger Jahren waren dann für KHR Ausdruck einer »Sozialrevolte«. Weite Teile der Jugend verweigerten sich den Leistungsprinzipien des Systems. Vor allem die Autonomen spielten eine bedeutende Rolle. Sie praktizierten am konsequentesten das Recht auf ein »selbstbestimmtes Leben« und verteidigten es militant. KHR erhoffte sich, aus der radikalen Negation der Arbeit den qualitativen Umschlag zur befreiten sozialen Tätigkeit der Massen antizipieren zu können. In der praktizierten Gegenkultur sah er nicht mehr ein erfreuliches Anhängsel revolutionärer Prozesse, sondern einen revolutionär prägenden, bewußten Vorgriff.

Zuletzt meldete sich KHR mit seinen Thesen zur »Wiederkehr der Proletarität« im Zeichen der »Globalisierung des kapitalistischen Weltsystems« zu Wort. Sie sei die notwendige Folge der weltweit sich vollziehenden Umstrukturierung der Arbeitsverhältnisse, die die Entlassung der Arbeitsmärkte aus ihren bisherigen Regulationsformen nach sich ziehe. Daraus ergäben sich auch neue Perspektiven sozialer Befreiung und neue Utopien für eine sozialrevolutionäre Linke, über die sich KHR im vorliegenden Beitrag Gedanken macht. Der Text basiert auf einem Vortrag, den er im Herbst 1996 bei einem Streitgespräch in Freiburg hielt.

Wer stets das Gute will...

Kritik des Utopiebegriffs



von **Manfred Dahlmann**

▶ Nicht jeder Gegenentwurf zu den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen kann umstandslos als Utopie bezeichnet werden. Die Ideale eines Reaktionärs, der von der Wiederherstellung einer feudal-monarchistischen Gesellschaftsordnung schwärmt, wird wohl kaum einer eine Utopie nennen wollen.[1] Der Utopiebegriff impliziert demnach eine Spezifikation: Es könnte kaum von Utopie gesprochen werden, wenn in ihr nicht eine für die Menschen »bessere« Gesellschaftsordnung zum Vorschein kommen würde. Der Utopiebegriff enthält also eine normative Konnotation.

Auf den ersten Blick scheint diese normative Konnotation etwas anderes zu sein als das, was allgemein unter Normativität (oder altertümlich philosophisch gesprochen unter »Sittlichkeit«) verstanden wird. »Sittlichkeit« bindet die Individuen in die Organisation eines bestehenden Gemeinwesens ein. Diese Einbindung soll sich – zumindest in bürgerlichen Gesellschaften – weniger durch Ausübung physischen Zwanges als vielmehr durch Identifikation vollziehen: Das Individuum, das ein allgemeines Prinzip als richtig, vernünftig oder geltend akzeptiert hat, soll in diesem Prinzip in der Weise aufgehen, daß sich keine Differenz zwischen ihm und dem allgemeinen Prinzip mehr ausmachen läßt. Gelingt diese Identifikation[2], dann ist es die Verkörperung des Prinzips; dann hat es einen »guten Charakter«.

Identifikation

▶ Die im Utopiebegriff ausgedrückte Normativität zielt zwar nicht unmittelbar auf die Verwirklichung einer Sittlichkeit. In der Behauptung von der Möglichkeit der Existenz eines »Besseren« (also: der Abwesenheit von Not, der Anwesenheit von individuellem Glück) gegenüber dem bestehenden »Schlechten« zielt die Utopie aber in derselben Weise auf die Aufhebung einer Differenz mittels Identifikation.

Utopien verlangen z.B., daß die im entwickelten Kapitalismus erscheinende Differenz zu überwinden sei, aufgrund der die gesellschaftlichen Anforderungen den Menschen wie objektive, nicht gestaltbare Notwendigkeiten schicksalhaft gegenübertreten würden. Eine Gesellschaft, in der die Individuen über alle Aspekte ihrer Reproduktion selbst bestimmen könnten, hebe diese Subjekt/Objekt-Beziehung auf und überwinde die Polarität von Individuum und Gesellschaft. Ist, so lautet die Botschaft, die entsprechende Utopie verwirklicht, dann ist die Basis der gesellschaftlichen Organisation mit der Möglichkeit individueller Glückserwartung (oder Bedürfnisbefriedigung, oder sonst einem, dem Individuum als erstrebenswert erscheinenden Ziel) unmittelbar in eins gesetzt.

Das Mittel dieser »Entdifferenzierung« von Individuum und Gesellschaft kann aber der Logik der Sache nach nur Identifikation sein – nicht wirkliche Identität. Das Individuum kann – spätestens seit seinem Austritt aus den urwüchsigen Stammesgemeinschaften – die Differenz zu seiner Gesellschaftlichkeit gar nicht mehr anders auflösen als mittels Identifikation. Denn würde es wirklich wieder eins mit der Gesellschaft, verschwände es als Individuum – und mit ihm die Gesellschaft. Es wäre somit sinnlos von der Einheit von Individuum und Gesellschaft zu sprechen, wenn diese Einheit wirklich, und nicht nur per Identifikation hergestellt ist. Jedes Individuum bringt also, so verspricht es die Utopie, in einer von gesellschaftlich-objektiven Zwängen freien Gesellschaft seine Individualität bruchlos in das Allgemeine ein. Das Allgemeine gilt dann als das zwanglose Resultat aller individuellen Einzelwillen. Als das »Bessere« gegenüber der bestehenden Gesellschaft erscheint somit in einer Utopie, daß die natürliche Differenz des Individuums zu den anderen Individuen und seine logische Differenz zur Gesellschaft entproblematisiert werden.

Verlangt also die Sittlichkeit vom Einzelnen die Aufhebung der Differenz zwischen einer gesellschaftlich geächteten Verhaltensweise und einem allgemeinen, moralischen Prinzip, so fordert die im Utopiebegriff angesprochene normative Konnotation die Aufhebung einer Differenz im Verhältnis der individuellen zur gesellschaftlichen Reproduktion. Und dies mittels desselben Verfahrens: der Identifikation.

Gewalt

▶ An dieser Stelle wird schon deutlich, daß mit dem Utopiebegriff immer auch eine Gewaltförmigkeit gesetzt ist, die den Begriff der Utopie von einer gewaltfreien Gesellschaft zu einer zumindest sehr erklärungsbedürftigen Angelegenheit im Hinblick darauf werden läßt, was denn nun ihr »Besseres« gegenüber dem Bestehenden wirklich ausmacht.

Ohne lange auf den Gewaltbegriff eingehen zu wollen: Ein Gewaltverhältnis ist auf jeden Fall dann gegeben, wenn, in welcher Form auch immer – ob über Identifikation, aus Einsicht in eine Notwendigkeit, aus Vernunftgründen oder schlicht aus Angst vor Strafe –, individuell mögliche Besonderheit mit der Akzeptanz eines allgemeinen Prinzips aufgegeben wird. Der Name für diese Form der Gewalt ist, und das dürfte allgemein anerkannt sein, die Disziplinierung (oder, um mit Norbert Elias zu reden, der Prozeß der Zivilisation).

Die These, daß die durch (Selbst- oder Außen-) Disziplinierung ausgeübte Gewalt im disziplinierten Individuum weiterwirkt und sich als Aggression gegen sich selbst oder gegen andere ausagiert, hat einiges für

sich. Die Geltung dieser These einmal unterstellt, wäre eine zivilisierte und gleichzeitig gewaltfreie Gesellschaft von vornherein denkunmöglich. Ob dem wirklich so ist, spielt hier keine Rolle: zu zeigen war ja nur, daß im Utopiebegriff, soweit er Individualität und Gesellschaftlichkeit als anzustrebende Einheit begreift, die Notwendigkeit nicht umgangen werden kann, ein Prinzip einzuführen, in dem die Individuen sich mit der gesellschaftlichen Allgemeinheit zur Dekkung bringen können. Und dies ist, gleichgültig, um welch ein Prinzip es sich auch immer handeln mag, ohne Gewaltausübung logisch – und deshalb empirisch erst recht – nicht möglich. Und deshalb ist die Utopie einer gewaltfreien Gesellschaft in jeder Ausprägung immer ein Widerspruch in sich selbst.

Freiheit

► Das Verhältnis von Gewaltförmigkeit und Gewaltfreiheit ist jedoch nicht die einzige Antinomie im Utopiebegriff.[3] Weil der Prozeß der Entdifferenzierung von Individuum und Gesellschaft, vermittelt über die Identifikation mit einem normativen, gesellschaftspolitischen Prinzip, im Begriff des Nationalismus anschaulicher als im Utopiebegriff zu beobachten ist, sei kurz auf die »nationale Identität« eingegangen. Es wird sich zeigen, daß dies kein Umweg ist, sondern wir damit ins Zentrum des Problems vorstoßen.

Die Aussage: Ich bin Deutscher, löst die Differenz der eigenen Ich-Identität zur Ich-Identität all derer, die sich ebenfalls mit dem »Deutsch-Sein« identifizieren, zugunsten der kollektiven Identität der Deutschen, oder des »deutschen Volkes«, auf.

Im »Deutsch Sein« ist also eine spezifische Differenz ausgelöscht: die des Deutschen zu dem, was das »Deutsch Sein« (was immer das heißen mag) auszeichnen soll. Dieses gilt für jede Identifikation. Da in ihr eine Differenz erlischt, ist der Verlust an Reflexionspotential mitgesetzt: Reflektieren läßt sich selbstredend nur auf etwas, das vom reflektierenden Bewußtsein als etwas ihm äußeres begriffen werden kann.[4] Man kann sogar davon sprechen, daß Identifikation für die Individuen schon deshalb so attraktiv ist, weil sie die Mühen der Reflexion erspart. Das mächtigste Motiv der Identifikation dürfte jedoch die die Menschen seit ihrem Austritt aus der Stammesgemeinschaft umtreibende Angst vor der völligen Isoliertheit des sich seiner Abgeschlossenheit von den Anderen bewußt werdenden Individuums sein. Jedenfalls, und hier steckt die in einem auf Freiheit ausgerichteten Utopiebegriff nicht auflösbare Antinomie: Der Verzicht auf Reflexion ist immer auch gleichbedeutend mit der Unmöglichkeit, das im Identifikationsobjekt aufgelöste Verhältnis des Besonderen zum Allgemeinen bewußt gestalten zu können – und das wiederum ist gleichbedeutend mit einem Verlust an möglicher Freiheit.

Außerdem, und das ist eine für die aktuelle politische Praxis noch fatalere Konsequenz, hindert die durch Identifikation erzeugte Unfähigkeit zur Reflexion das Individuum zwangsläufig daran, rational auf eine Problematisierung seines Identifikationsobjektes zu reagieren. Es bleibt ihm gar nichts anderes übrig, als jede Re-Identifizierung, also die Wahrnehmung der im Identifikationsobjekt aufgelösten Differenz, als Angriff auf seine persönliche Identität zu verstehen und muß deshalb auf jede Form von Kritik am Identifikationsobjekt emotional-abwehrend, und, wenn ihm die gesellschaftlichen Normen keine Schranken setzen, letztlich naturhaft-gewalttätig reagieren.[5]

Die Identifikation eines Individuums mit dem normativ-politischen Prinzip des »Deutsch-Seins« z.B. hebt jedoch nicht nur eine Differenz auf, sondern konstruiert auch eine neue: die zu all denen, die keine Deutschen sind. In der Logik dieser neuen Differenz liegt es aber keineswegs, daß damit auch der vorangegangene Verlust an Reflexionspotential wieder ausgeglichen werden könnte. Im Gegenteil: Die in der Identifikation erzeugte Naturhaftigkeit wird umstandslos an die neue Differenz weitergegeben und schafft sich so das Objekt, an dem sich die bewußtlosen Reflexe ausagieren können.

Markt der Utopien

► Kehren wir zum Utopiebegriff zurück. In der Behauptung, daß gesellschaftliche Verhältnisse, in denen das Individuum sich naht- und zwanglos einordnet, »besser« seien als solche, die einen klaren Trennungsstrich zwischen dem Individuum und dem gesellschaftlichen Ganzen ziehen, verspricht eine Utopie den Individuen für die Zukunft eine in ihren Augen attraktive Identifikation. Sie nimmt damit aber zumindest billigend in Kauf, daß die Möglichkeit einer Reflexion auf das in dem Identifikationsobjekt verborgene Verhältnis der Beziehung der Individuen zur Allgemeinheit dann unmöglich wird. Solcher Utopismus will deshalb – und das hat er mit allen anderen politischen Verallgemeinerungen wie Nation, Religion, Partei, Klasse gemeinsam- zusammenbringen, was nicht zusammengehen kann, ohne daß sich die Existenz des Zusammengehenden tendenziell selbst zerstört. Er zieht etwas Nicht-Identisches – ein Verhältnis von Identitäten zueinander – zu einem für das individuelle Bewußtsein mit sich selbst Identischen zusammen. Er sieht das, was in Wirklichkeit eine prekäre Beziehung ist – und das, wenn wirkliche Freiheit herrschen soll, auch ein immer offenes Verhältnis zwischen Nicht-Identischem bleiben muß – als sich selbst gleiches Ding an. Aufgrund der in ihnen selbst angelegten Verdinglichungen ist es also kein Wunder, daß die Utopien in einer wertförmig organisierten Gesellschaft zu ganz ordinären Waren werden.[6]

*(Der Text ist die gekürzte Fassung eines Vortrags, bei dem der Autor ausgehend von der hier dargelegten Kritik des Utopiebegriffs darstellt, unter welchen Prämissen eine Antizipation vernünftiger, also nicht-kapitalistischer oder gar barbarisch-völkischer gesellschaftlicher Reproduktion vorstellbar sein könnte. Der gesamte Text kann beim **iz3w** bestellt werden.)*

Anmerkungen:

1 Der hier verwendete Utopiebegriff bezieht sich zwar ganz allgemein auf alle, die diesen Begriff verwenden, dennoch sind durchaus bestimmte Fraktionen der Linken unmittelbar angesprochen: Ich nenne nur die noch verbliebenen Anhänger der »konkreten Utopie« Ernst Blochs und – selbst wenn diese mit Bloch nicht viel am Hut haben wollen – die Krisis-Gruppe um R. Kurz.

2 Identifikation wird im folgenden als ein gesellschaftspolitischer Prozeß verstanden, der mit dem, was die Psychoanalyse (oder andere Disziplinen) darunter verstehen, zuerst einmal nichts zu tun hat. Identitifikation bedeutet hier, etwas Nicht-Gleiches durch ein drittes hindurch – ein Prinzip/ den Wert/ die Substanz/ das Wesen – gleich *machen*.

3 Eine Antinomie ist ein Widerspruch eines Satzes in sich oder zweier Sätze, von denen jeder Gültigkeit beanspruchen kann.

4 Das Ich kann nicht unmittelbar auf sich selbst reflektieren, sondern benötigt etwas, das Nicht-Ich ist, um seine Ich-Identität gedanklich erfassen zu können.

5 Wie dieser Identifkationsmechanismus im Kapitalismus notwendig erzeugt wird, vgl.: *Nationaler Wahn und kapitalistische Vergesellschaftung*, in: ISF (Hg.) Ende des Sozialismus, Zukunft der Revolution, Freiburg 1991.

6 Dementsprechend ist es in den letzten Jahren auch gewesen. In der politischen Realität mußten sich die Utopien auf einem überaus vielseitig und komplex ausgestatteten Markt verschiedenster Identifikationsobjekte behaupten. Die bis vor einiger Zeit noch gängige Rede vom »Utopieverlust der Linken« drückte denn auch nichts anderes aus, als daß Utopien gegenüber den anderen Angeboten nicht mehr konkurrenzfähig waren.

► **Manfred Dahlmann** ist Mitarbeiter der Initiative Sozialistisches Forum (ISF).

In den Tropen gibt's koa Sünd
Homosexualität in der Dritten Welt (Teil II)

von **Peter Drucker**

Homosexualität ist kein Export der »entwickelten« in die sich »entwickelnden« Länder. Gleichwohl hat die Modernisierung – gemeint ist die Ausbreitung kapitalistischer Gesellschaft – nicht nur die Formen von Homosexualität, sondern auch die von Repression und Widerstand beeinflußt. Wann prosperieren homosexuelle Gemeinschaften und was hat die Linke damit zu tun, fragen wir im zweiten Teil der Geschichte gleichgeschlechtlicher Liebes- und Lebensformen im Süden.

▶ In den vorkolonialen traditionellen Gesellschaften Afrikas, Asiens und Amerikas dominierte der Typ der geschlechtsrollentauschenden (engl. 'transgenderal') Homosexualität unter den gleichgeschlechtlichen Lebens- und Liebesformen. Homosexuelle übernahmen hierbei die sozialen Rollen und Charakteristika der üblichen Mann-Frau-Beziehung und fügten sich so in die existierende Gesellschaft und ihre Arbeitsteilung ein.

Mit dem Aufkommen der kapitalistischen Gesellschaft und ihren Individualisierungstendenzen trat eine neue Form der schwul-lesbischen Homosexualität neben sie: die geschlechtsrollenungebundene oder auch reziproke. Diese setzt sich allerdings nur langsam durch, und das hat einen materiellen Grund. Traditionelle Formen der geschlechtsrollentauschenden Homosexualität scheinen länger in sozialen Schichten zu überdauern, die finanziell nicht in der Lage sind, in einer eigenständigen homosexuellen Gemeinschaft außerhalb der Familie zu leben. Wo solche Gemeinschaften in der Dritten Welt existieren, sind sie überwiegend der Mittelklasse vorbehalten: Schwule und Lesben aus Arbeiterschichten können es sich einfach nicht leisten, in spezielle Diskos oder Kneipen zu gehen.

Die Entstehung von bekennenden schwul-lesbischen Gemeinschaften wird jedoch auch ohne den Wandel von einer rollentauschenden zu einer gleichberechtigten Homosexualität da möglich, wo spezielle Geschäftszweige aufgebaut wurden, die schwul-lesbisches Leben unterstützen. Obwohl die wirtschaftliche Grundlage der homosexuellen Gruppen in der Dritten Welt schwach ist, ist der Markt in nahezu allen Ländern weit genug entwickelt, um Homosexuellen eine eigene Existenz zu ermöglichen, ihnen eine eigene Nische zu gewähren.

Neben wirtschaftlichen Voraussetzungen sind auch kulturelle und ideologische Faktoren zur Ausformung von homosexuellem Leben wichtig. So wird sich in dem großen und offenen Homosexuellenzentrum Bangkok solange keine eigenständige Gemeinschaft entwickeln, wie nicht genug Mitglieder sich als eine solche empfinden und danach handeln. Die Prosperität homosexueller Gemeinschaften hängt schließlich von der Politik des Staates ab, in dem sich diese Gemeinschaften befinden.

Modernisierung und homophober Eifer

▶ Die Repressionen gegen Homosexuelle in der Dritten Welt verschärften sich, wie bereits schon einmal in der Entstehungsphase der kapitalistisch entwickelten Staaten geschehen, mit der Herausbildung eines starken, funktionstüchtigen Staatsapparats.

Die fortwährende ökonomische Krise der Dritten Welt tat ihr übriges, um die gesellschaftliche Außenseiterrolle von Schwulen und Lesben zu vertiefen, boten sie sich doch dem homophoben Alltagsbewußtsein als Sündenböcke par excellence an. So wurde Homosexualität nicht selten als unheilvoller Einfluß des verachteten Westens gebrandmarkt. Gerade die Verbreitung von AIDS diskreditierte gleichgeschlechtliche Sexualität als Synonym für Zerfall, Korruption und Imperialismus. In den Ländern, die allgemein jede politische Bewegung unterdrückten, war auch die sexuelle Repression besonders stark. Die homosexuellenfeindlichen Kampagnen der chilenischen Junta zwischen 1973 und 1989 und die Folter und Morde an Homosexuellen in Argentinien zwischen 1976 und 1983 belegen dies. In Brasilien, Kolumbien, Ecuador, Peru und El Salvador ermordeten rechte Todesschwadrone männliche Prostituierte und Transvestiten.

Auch die Zunahme fundamentalistischer und ethnischer Gewalt in vielen Ländern trug zu einer stärkeren Diskriminierung und Gewalttätigkeit gegenüber Homosexuellen dort bei. Das fundamentalistische Regime im Iran ignoriert z.B. die tausend Jahre zurückreichende homosexuelle Geschichte und verurteilt und exekutiert Homosexuelle mit der Begründung, sie seien vom westlichen Imperialismus beeinflußt. Aus Peru wird berichtet, daß Truppen des Leuchtenden Pfades Homosexuelle exekutierten. Lesben und Schwule in der Dritten Welt besitzen jedoch selbst das beste Gegenmittel gegen solche Repressionen: Sie begannen, Widerstandsbewegungen zu formen.

Erst eins, dann zwei, dann drei ...

▶ Heute existieren schwul-lesbische Organisationen in mindestens 52 Ländern. Die erste Organisierungswelle der schwul-lesbischen Bewegung in der Dritten Welt erlebte Lateinamerika: Bereits Anfang der 60er Jahre waren in Brasilien Dutzende von schwulen Untergrundzeitungen im Umlauf. Dann folgte eine Organisierung in Argentinien (1969), Mexiko (1971) und Puerto Rico (1974), allesamt Länder mit einem hohen Urbanisierungsgrad. Homosexuellenbewegungen entwickelten sich besonders schnell und früh, wenn sie zusammen mit dem Widerstand gegen ein diktatorisches Regime entstanden, wie zum Beispiel in Argentinien im Zuge der Volksaufstände 1969 und 1971.

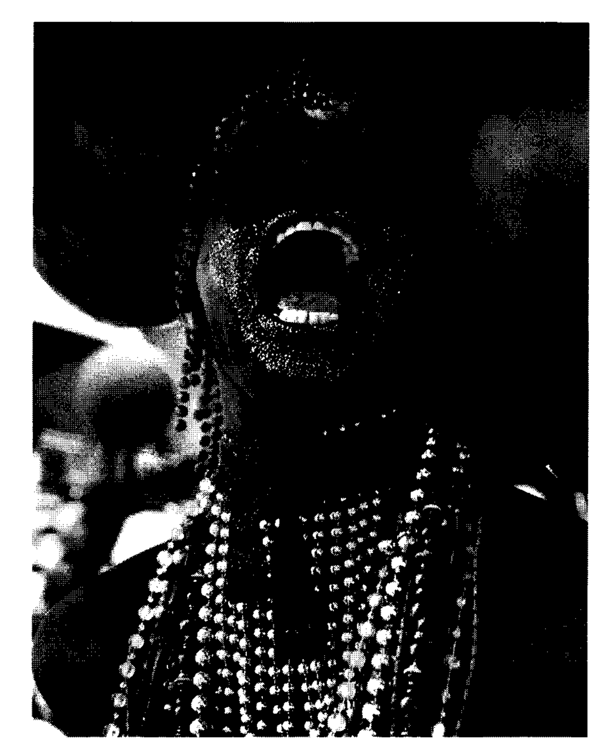
Schwule und Lesben kooperierten auch stark mit den ersten Schwarzen- und Frauenbewegungen. Als schwieriger entpuppte sich die Zusammenarbeit mit der sozialistischen Linken aufgrund der homosexuellenfeindlichen Haltung in pro-sowjetischen Gruppen und der offenen Ablehnung einiger schwuler Aktivisten gegenüber der Linken. In Argentinien brachten Mitglieder der marxistischen ERP die Parteilinke in Verbindung mit Homosexualität und Drogen. Deren Antwort lautete: »Wir sind weder schwul noch Junkies«, anstatt sich mit den stigmatisierten homosexuellen Parteimitgliedern zu solidarisieren.

Erst die neue Arbeiterpartei (PT) suchte wieder Nähe zu ihnen: Am Maifeiertag 1981 demonstrierten Schwule im Block der PT, die PT vertrat ein ausgesprochen homosexuellenfreundliches Programm, und ihre Kandidaten wurden mit der offenen Unterstützung von Homosexuellen gewählt.

Das Beispiel Mexiko wiederum zeigt, wie sehr der Widerstand gegen ein autoritäres Regime auch die Organisierung der schwul-lesbischen Bewegung beschleunigte. Bis zu den späten 70er Jahren entstand hier eine lebendige Homosexuellen-Bewegung, wie Tausende von Teilnehmern bei den jährlichen Schwulenparaden zeigten. 1982 verband sich die Homosexuellenbewegung mit der Marxistischen Revolutionären Arbeiterpartei (PRT), die in diesem Jahr zahlreiche Lesben und Schwule in ihrem Wahlkampf als Kandidaten aufstellte.

Allgemein läßt sich für Lateinamerika festhalten, daß dort, wo sich die ökonomische

Lage prekarisierte, auch die Etablierung schwul-lesbischer Gemeinschaften stagnierte oder gar in Mitleidenschaft geriet. Die Hyperinflation 1974-75 in Argentinien sorgte beispielsweise dafür, daß für die meisten das wirtschaftliche Überleben wichtiger wurde als der Aktivismus für eine bis dahin lebendige Bewegung. Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Bedingungen trug auch zum Niedergang der Homosexuellenbewegung in Mexiko 1982 bei. Viele Lesben und Schwule, die unter Armut, Vorurteilen und zunehmend an AIDS litten, fühlten sich hier nicht mehr zu der öffentlichen, politisierten und in sich gespaltenen Bewegung hingezogen. Obwohl Paraden und andere kulturelle Veranstaltungen weiterhin stattfanden und sich einige Lesbengruppen weiter politisch engagierten, gibt es in den 90er Jahren praktisch keine schwule politische Arbeit mehr in Mexiko.



Shouting Foto: H. Sachs / version

Homosexuelle und Revolution – Kuba

► War und ist bereits das Verhältnis zwischen der Linken und der homosexuellen Bewegung wie dargestellt nicht ungetrübt, so kommt den linken Parteien, die in Lateinamerika den Staat eroberten, kein Ruhmesblatt in bezug auf ihren Umgang mit Schwulen und Lesben zu. Gerade die kubanischen Revolutionäre führten sich bezüglich der Diskriminierung von Homosexuellen besonders übel auf. Sicherlich trug zu ihrer homophoben Einstellung auch der US-Imperialismus bei: nicht nur durch den Sextourismus, der die Vorurteile der Revolutionäre gegenüber den Homosexuellen bestärkte, sondern auch in seiner Untersützung einer konterrevolutionären fünften Kolonne in Kuba, die dem neuen Regime vorwarf, sie mische sich in das private Leben ihrer Gegner ein wie vormals nur die Sozialisten zu Stalins Zeiten. Die Attacken des Castro-Regimes gegen die aggressive US-Politik paarte sich mit dem Vorwurf gegen die Schwulen, sie unterstützten solche contra-revolutionären Aktivitäten.

Mit der Internierung von Schwulen in Lagern war 1965 der Höhepunkt erreicht. Auch als diese Lager zwei Jahre später geschlossen wurden, setzten sich die Repressionen fort: Lesben und Schwule durften nicht unterrichten, an Delegationen ins Ausland teilnehmen, im Außenministerium und in medizinischen Berufen arbeiten und die Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei blieb ihnen offiziell verweigert. Das jüngste Beispiel einer repressiven Politik gegen Schwule war die AIDS-Politik der Regierung seit den späten 80er Jahren. All jene, deren HIV-Test positiv ist, müssen seither in Quarantäne leben. Immerhin wählen offizielle Aufklärungsbroschüren zum Thema AIDS gegenüber Homosexualität inzwischen einen neutraleren Ton.

Homosexuelle und Revolution – Nicaragua

► Nicht ganz so repressiv und diskriminierend verhielten sich die nicaraguanischen Revolutionäre. Gleichwohl herrschte von Beginn an unter den Sandinisten eine Mißstimmung sowohl gegen die altmodische rollentauschende Homosexualität in den ländlichen Gebieten als auch gegen die homosexuelle Prostitution in den Bars Managuas. Die FSLN versuchte zu dieser Zeit, öffentliche Diskussionen über gleichgeschlechtliche Erotik zu unterbinden und das Outen von lesbischen und schwulen Mitkämpfern zu verhindern. Eine Gruppe von Homosexuellen, die sich 1985 gründete und in der sich Parteimitglieder sowie Militärangehörige befanden, löste sich zwei Jahre später unter dem Druck des Innenministeriums wieder auf.

Die internationale Solidarität mit der Revolution in Nicaragua brachte die diskriminierenden Verhältnisse ein wenig zum Tanzen. So verbanden Schwule und Lesben aus den USA ihre Unterstützung der Revolution mit öffentlichen Bekenntnissen ihrer Homosexualität, zum Beispiel durch ihre Teilnahme an der homosexuellen Brigade Victoria Mercado aus San Francisco. Die Solidarität der Homosexuellen aus den USA half lesbischen und schwulen Linken, selbstbewußt in der Öffentlichkeit aufzutreten und beeinflußte die Sandinisten in ihrem Konflikt mit der katholischen Kirche und im Bemühen um Gleichberechtigung und Unabhängigkeit für die Frauen. Schließlich konnte 1989 ein schwul-lesbischer Block bei den Feierlichkeiten zum zehnten Jahrestag der Revolution mitmarschieren.

Was können wir aus der Geschichte der Beziehungen zwischen Homosexuellen und Linken lernen? Einerseits ist die Emanzipation gleichgeschlechtlicher Sexualität mit der Emanzipation der Gesellschaft verbunden. Für diese Emanzipation steht auch in materieller Hinsicht eher die Linke, prangert sie doch ökonomische Ausbeutung, soziale Ausgrenzung und politischen Autoritarismus an. Andererseits sind homophobe Einstellungen bei Bewegungslinken keine Seltenheit. Und auch revolutionäre Staaten wie Kuba und Nicaragua haben es an einer diskriminierenden Politik nicht fehlen lassen.

Was das Verhältnis zwischen Nord und Süd betrifft, glaube ich, daß Lesben und Schwule in der Dritten Welt von der reziproken, gleichberechtigten Form der Homosexualität, wie sie in Europa und Nordamerika praktiziert wird, lernen können – und zwar, ohne daß sie die Bildung von abgeschlossenen Homosexuellenghettos oder die Marginalisierung bestimmter Formen wiederholen müssen. Aus der 'entwickelten Welt' übernehmen könnten sie die Idee der sexuellen Freiheit und der homosexuellen Subkultur. Aus der 'sich entwickelnden Welt' kennen sie bereits die Notwendigkeit des Kampfes, des Widerstandes und des gesellschaftlichen Wandels, damit vielleicht irgendwann die Zeit anbricht, wo Lesben und Schwule gefahrlos »anders« sein können.

► *Der Text erschien zuerst in: New Left Review, Nr. 218, London 1996 unter dem Titel 'In the Tropics There is no sin: Sexuality and Gay-Lesbian Movements in the Third World'. Er wurde gekürzt und überarbeitet.*

Würde Asterix auch Coca-Cola trinken?

Kulturelle Dimensionen der Globalisierung

von **Frank Schulze-Engler**

Neuere postmoderne bzw. postkoloniale Theorien beziehen auch die kulturellen Dimensionen der Globalisierung ein. Entgegen ihrer Intention tragen diese Theorien jedoch dazu bei, Vorstellungen vom »kulturell Anderen« zu verfestigen. Sie verlieren den Blick für die Dynamik zeitgenössischer Kulturentwicklungen, wie sie etwa die Werke von Schriftstellern wie Salman Rushdie oder Ken Saro-Wiwa (siehe folgender Artikel) widerspiegeln.

► In der Bundesrepublik wird über die Globalisierung zumeist in Form nationaler »Standortdebatten« diskutiert, bei denen industrie-, wirtschafts-, sozial- und arbeitsmarktpolitische Fragen im Vordergrund stehen.[1] In der englischsprachigen Welt hat sich hingegen eine lebhafte Theoriedebatte entwickelt, die auch verstärkt die kulturellen Dimensionen der Globalisierung in den Blickpunkt rückt. Im wesentlichen lassen sich drei, zunächst recht unterschiedliche Perspektiven ausmachen, die die Rezeption kultureller Prozesse heute maßgeblich beeinflussen.

Die erste Perspektive möchte ich als das »Asterix-Modell« bezeichnen: Wir schreiben das Jahr 1997 nach Christus. Die ganze Welt ist von Coca-Cola, McDonalds und Benetton beherrscht. Die ganze Welt? Nein, in kleinen Dorfgemeinschaften an der Peripherie des Weltsystems ... usw. usf. Die zweite Perspektive könnte man als »Hegelianismus wider Willen« beschreiben: Die westliche Kultur kommt im Rahmen der Globalisierung zu sich selbst und erkennt sich als partikular, weil das »Andere« der Moderne widerspricht und zurückschreibt. Die dritte Perspektive wäre das »Kulturkampf-Syndrom«, das in jüngster Zeit in der These Samuel Huntingtons vom »Kampf der Kulturen« seinen prägnantesten Ausdruck gefunden hat.[2] Wie Bernhard Giesen in seiner Kritik der Huntington-These deutlich macht, geht diese Perspektive von einer »Redämonisierung des Fremden« aus und postuliert, daß die Einheit der modernen Gesellschaft an den Grenzen kultureller Gemeinschaften zerbricht.[3]

Im folgenden sollen diese Perspektiven am Beispiel von Mike Featherstones *Undoing Culture: Globalization, Postmodernism and Identity* vorgestellt und diskutiert werden.[4] Um den Kontrast zwischen »postmodernen« und »traditionellen« Globalisierungstheorien zu verdeutlichen, möchte ich jedoch zunächst in aller Kürze auf die im Rahmen der Weltsystemtheorie von Immanuel Wallerstein entwickelte Kulturkonzeption eingehen.

Kultur als ideologisches Schlachtfeld

► Wallersteins Versuch, die Weltsystemtheorie auf den kulturellen Bereich anzuwenden, erscheint in mehrfacher Hinsicht als problematisch. Globalisierung stellt sich in dieser Perspektive als langfristiger Prozeß der kapitalistischen Penetration der Welt dar, der im »langen 16. Jahrhundert« beginnt und im einheitlichen, integrierten kapitalistischen Weltsystem der Gegenwart kulminiert.[5] Im Hinblick auf kulturelle Phänomene nimmt die Weltsystemtheorie einen eindeutig funktionalistischen Standpunkt ein: Kultur wird vor allem als »ideologisches Schlachtfeld« begriffen.[6] Zentrale Triebfeder und strukturbildende Kraft dieses Weltsystems ist die sich unerbittlich durchsetzende globale Kapitallogik. Vor diesem Hintergrund bleibt der Kultur nur die Wahl zwischen Regen und Traufe: Entweder sie unterwirft sich der universalisierenden Dampfwalze der kapitalistischen Globalisierung, oder sie versucht sich in einer Politik der kulturellen Differenz, die den systemischen Erfordernissen des globalen Kapitals jedoch gleichermaßen entspricht. »Eine universalistische Botschaft kultureller Vielfalt könnte so als Rechtfertigung dafür dienen, verschiedene Gruppen in ihren separaten 'Kulturen' zu erziehen und sie so auf verschiedene Aufgaben in einem Wirtschaftssystem vorzubereiten.«[7]

Die Weltsystemtheorie ist natürlich nicht unwidersprochen geblieben. So haben ihr verschiedene Kritiker ökonomistische Rigidität vorgeworfen und auf die problematische Struktur einer globalen sozialistischen Alternative verwiesen. Im Hinblick auf den kulturellen Bereich wurde vor allem die streng funktionalistische Ableitung kultureller Prozesse von ökonomischen Entwicklungen kritisiert.[8]

Pluralisierung der Lebensformen

► Postmoderne »kulturorientierte« Perspektiven zur Globalisierung nehmen die weltweiten ökonomischen und politischen Integrationsprozesse zwar ebenfalls ernst, sehen Globalisierung insgesamt jedoch als einen ambivalenten Prozeß, der nicht einfach als »Verwestlichung« oder »Kulturimperialismus« beschreibbar ist. So erscheint die kulturelle Globalisierung in Mike Featherstones *Undoing Culture* als ein vielschichtiges Phänomen, das auf einem verstärkten Bewußtsein zunehmender weltweiter Integration einerseits und der Akzentuierung kultureller Differenz andererseits beruht. Da das Gefühl räumlicher Distanz im Zuge der Globalisierung abnimmt und »sich jeder von uns im Hinterhof von irgendjemand anderem befindet«, bringt Featherstone zufolge »die Einsicht in die Endlichkeit und Begrenztheit des Planeten und der Menschheit nicht etwa Homogenität hervor, sondern macht uns mit größerer Vielfalt und der enormen Bandbreite lokaler Kulturen bekannt« (86).

Aus dieser »kulturalistischen« Perspektive schafft die Globalisierung strukturelle Rahmenbedingungen für einen zunehmenden Pluralismus der Lebensformen und eine steigende Akzeptanz kultureller Differenz. In diesem Prozeß der Pluralisierung sieht Featherstone eine Parallele zum Postkolonialismus. Dessen Kritik an westlichen Vorherrschafts- oder Allmachtsansprüchen ermöglicht es dem Westen, sich als eine Region in der Welt zu begreifen und sich nicht länger mit der Welt ineins zu setzen. Damit postuliert der Postkolonialismus ebenfalls eine kulturelle Differenz. Die Moderne erscheint vor diesem Hintergrund »sowohl als westliches Projekt als auch als eine Projektion westlicher Werte auf die gesamte Welt«(10).

Featherstone begreift so Postmoderne und Postkolonialismus als verwandte Denkrichtungen, die eine strategische Allianz eingehen: Während der Postkolonialismus die Grenzen der westlichen Moderne gleichsam »von außen« aufzeigt, reagiert die Postmoderne auf diesen Dezentrierungs-Prozeß, indem sie eine Selbstkritik »von innen« initiiert, die Vorstellungen von Identität, Subjektivität und einer integrierten Kultur unterminiert. Diese kulturorientierte Konzeption von Globalisierung läßt sich somit als Bindeglied zwischen Postkolonialismus und Postmoderne begreifen.

Die Begriffe von »Kultur«, »Moderne« und »Postmoderne«, die Featherstones zweifelsohne eleganter Globalisierungstheorie zugrunde liegen, sind allerdings nicht unproblematisch. So läßt sich z.B. auf der politischen Ebene fragen, ob die Bewertung globaler Pluralisierungsprozesse in den »kul-



Globalisierung und Dezentrierung kultureller Artefakte

Foto: R. Maro / version

turalistischen« Globalisierungstheorien nicht etwas zu optimistisch ausfällt. Globalisierung in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts als einen »Prozeß des verstärkten Hin-Hören-Müssens für die westlichen Nationen« zu beschreiben (*Undoing Culture*, 154), der mit Verschiebungen des globalen Machtgleichgewichts zu*un*gunsten des Westens einhergeht, mag in London, Paris, New York, Singapur oder Tokio vielleicht plausibel erscheinen, in Accra, Lagos, Kingston, Colombo oder Manila aber wohl kaum. In der Entwicklungspolitik stellen nach wie vor die Weltbank oder der Internationale Währungsfonds keineswegs die Horte globaler Pluralität dar.[9]

Konstruktion der Differenz

► Ein weiteres Problem in der postmodernen, kulturorientierten Globalisierungs-Perspektive wird sichtbar, wenn man sich die räumlichen Metaphern vergegenwärtigt, mit denen »Moderne«, »Postmoderne« und »Postkolonialismus« in Bezug zueinander gesetzt werden. So postuliert Featherstone die räumliche Deckungsgleichheit von »Westen« und »Moderne« und die damit einhergehende räumliche Differenzierung zwischen »Westen« und »Nicht-Westen«. In der Konsequenz führt das zwangsläufig zu einer massiven Re-Ontologisierung des »Anderen«. Nachdem in diesem Jahrhundert zahllose Historiker, Philosophen, Soziologen, Anthropologen, Psychologen, Kulturwissenschaftler, Literaturkritiker, Künstler und Schriftsteller einen Großteil ihrer Arbeit der Analyse und Kritik von Konstruktionen des »Anderen« gewidmet haben, taucht nun – mit den zweifelsohne besten Absichten und an völlig unerwarteter Stelle – das nicht-westliche »Andere« als ontologisches Konzept »realer« Unterschiede auf, die die westliche Moderne vom Rest der Welt trennen.

Diese dem Hintergrund postmoderner Skepsis, Identitätskritik und Dekonstruktion zunächst verblüffende Sicht wird verständlicher, wenn man sich die Einseitigkeit des von postmodernen Theoretikern entworfenen Bildes einer kulturell homogenen Moderne vor Augen führt. Wie Jürgen Habermas gezeigt hat, war bereits seit Hegel die radikale diskursive Verflüssigung von traditionell und kulturell begründeten Letztbegründungszusammenhängen ein integraler Bestandteil des »Projekts der Moderne«.[10] Möglicherweise sollte man sich in diesem Zusammenhang von einem allzu emphatischen Projektbegriff der Moderne lösen und stattdessen den Paradoxien folgen, die durch Prozesse der Differenzierung, Rationalisierung und Individualisierung im Rahmen einer sich radikalisierenden Moderne entstanden sind.[11]

Die Entwicklungstendenzen dieser radikalisierten Moderne versucht der britische Soziologe Anthony Giddens in seinem Buch *Konsequenzen der Moderne* näher zu bestimmen.[12] Giddens zufolge zeichnet sich die »reflexive« oder »Spät«-Moderne« durch einen »Bruch mit vorsehungsorientierten Geschichtsauffassungen, die Zersetzung des Fundierungsgedankens und die damit einhergehende Entstehung des kontrafaktisch zukunftsorientierten Denkens bei gleichzeitiger 'Entleerung' der Fortschrittsidee durch unablässigen Wandel« aus. Die Bezeichnung »Postmoderne« hält Giddens jedoch für irreführend: »Wir sind nicht über die Moderne hinausgegangen, sondern durchleben gerade eine Phase ihrer Radikalisierung.« (69/70)

Auflösung der Differenz

► Diese Sicht der Moderne bringt zwei unmittelbare Konsequenzen mit sich: Auf der einen Seite erscheint die Dezentrierung der Moderne nunmehr als interner Prozeß, der sich, um wiederum mit Giddens zu sprechen, durch »die Zersetzung des Evolutionsgedankens, das Verschwinden der historischen Teleologie und die Einsicht in eine durchgreifend wirksame konstitutive Reflexivität (...) zusammen mit dem Hinschwinden der privilegierten Stellung des Abendlandes« auszeichnet (71/72). Auf der anderen Seite wird so die Dekkungsgleichheit von »Westen« und »Moderne« aufgelöst, da Globalisierungsprozesse die institutionellen Grundlagen der Moderne über ihren ursprünglichen Entstehungsort hinaus weltweit verbreitet haben: »Die Moderne ist aber *nicht* bloß eine Zivilisation unter anderen (...) Daß der Einfluß des Abendlandes auf die übrige Welt schwächer wird, ist keine Folge der nachlassenden Wirkung der zunächst im Abendland entstandenen Institutionen, sondern – ganz im Gegenteil – ein Ergebnis ihrer globalen Verbreitung« (70/71).

Aus dem Zusammenspiel dieser beiden Einsichten läßt sich die Schlußfolgerung ziehen, daß der Konstruktion eines globalen »Anderen« der ontologische Boden entzogen wird. Im Zeichen intensivierter Globalisierungsprozesse gibt es keine »Außenseite« der Moderne mehr, keine räumliche Distanz zwischen der Moderne und ihrem »Anderen«, sondern eine Reihe global vernetzter

Varianten der Moderne oder Modernitäten mit spezifischen Eigenarten, die im Gefolge eines langwierigen Dezentrierungsprozesses entstanden sind. Erst mit dieser Sichtweise wird es möglich, die Selbstreflexivität der in Auseinandersetzung mit verschiedenartig verlaufenden Modernisierungsprozessen entstandenen zeitgenössischen Kulturen wahrzunehmen.

Dies möchte ich abschließend am Beispiel der Rezeption sogenannter »postkolonialer« Literaturen näher erläutern. Üblicherweise wird diesen Literaturen unterstellt, sie seien vor allem an der kulturellen und politischen Auseinandersetzung mit dem westlichen Vorherrschaftsdenken interessiert; tatsächlich läßt sich aber in vielen dieser Literaturen ein Übergang von einem aus antikolonialen Impulsen gespeisten »Anschreiben« gegen einen als hegemonial begriffenen »Westen« zu einem selbstreflexiven Umgang mit unübersichtlicher gewordenen nachkolonialen Gegenwartsrealitäten und religiösen, kulturellen und politischen Traditionen feststellen. Ein besonders prägnantes Beispiel hierfür stellt Salman Rushdies 1995 erschienener Roman *The Moor's Last Sigh* (Dt. *Des Mauren letzter Seufzer*) dar.[13]

Kulturelle Irrgärten

▶ Dieses Buch stellt einen regelrechten Irrgarten kultureller Grenzräume dar, allerdings nicht zwischen dem »Westen« und den »Anderen«, sondern zwischen einer Vielzahl unterschiedlicher Geschichtsstränge, die alle irgendwann im Rahmen einer spezifisch indischen Moderne miteinander verknüpft wurden. Im Stammbaum von Moraes Zogoiby, dem »Mauren«, stoßen so verschiedene Dimensionen weltweiter Migration aufeinander, zu denen unter anderem portugiesische Händler gehören, die sich vor Jahrhunderten in Cochin an der Westküste Indiens ansiedelten, aber auch jüdische Kaufleute, die aus Spanien flohen, nachdem die »Reconquista« Boabdil, den letzten Mauren-Sultan, aus der Alhambra vertrieben hatte.

Die verblüffende Lebensgeschichte dieses Mosaik-Inders führt dem Leser ein Indien vor Augen, das aus einer Vielzahl unglaublicher Vergangenheiten in eine noch unglaublichere Gegenwart übergegangen ist. In diesem zeitgenössische Indien inkarniert sich nicht nur die Hindu-Gottheit Ram als Kampframme (»battering ram«), mit der Hindu-Fundamentalisten ihre Gegner in minutiös durchgeplanten und klug inszenierten Kampagnen niederschlagen. Sie inkarniert sich auch als Gottheit des »Random Access Memory« (RAM) für die globalisierte Computer-Industrie Indiens (die in Rushdies Roman, von der schier unerschöpflichen Energie des jüdischen Vaters von Moraes angetrieben, eifrig am Bau der islamischen Atombombe werkelt). *Dieses* Indien ist in politischer wie kultureller Hinsicht vollauf damit beschäftigt, seine Gegenwart in den Griff zu bekommen und hat wahrhaftig keine Zeit, als »Anderes« der »westlichen Moderne« zu fungieren oder dieser durch »Zurückschreibestrategien« der verschiedensten Art zu größerer Selbsterkenntnis zu verhelfen.

Um ein letztes Mal die räumliche Metapher postmoderner Globalisierungstheorien aufzugreifen: »Postkoloniale« Literaturen sind in der Tat mit der Erforschung neuer Räume und Grenzen beschäftigt, allerdings nicht länger mit den Grenzen zwischen »Moderne« und »Nicht-Moderne« oder »Westen« und »Nicht-Westen«, sondern mit den Räumen, die sich zwischen traditionellen Loyalitäten, Pflichten und Identitäten auf der einen Seite und komplizierten Prozessen der Individualisierung in sich rasch verändernden Lebenswelten auf der anderen Seite aufgetan haben; oder mit den sich überlagernden Grenzen, die ethnische, religiöse und politische »imaginierte Gemeinschaften« voneinander trennen; oder mit dem eigenartigen sozialen »Raum«, den Literatur selbst performativ in der Gesellschaft herstellt, einem umkämpften Raum individueller und gesellschaftlicher Selbst-Reflexion, der durch lautstarke Authentizitismen begrenzt und in vielen Gesellschaften am Ende des 20. Jahrhunderts von Autoritarismus und Zensur bedroht ist.

Das letzte Wort soll an dieser Stelle deshalb Salman Rushdies »Maure« haben, dessen Beschreibung seiner Mutter ein Indien jenseits kolonialer und kulturnationalistischer Stereotype beschwört: »an alternative vision of India-as-mother, not Nargis's sentimental village-mother but a mother of cities, as heartless and lovable, brilliant and dark, multiple and lonely, mesmeric and repugnant, pregnant and empty, truthful and deceitful as the beautiful, cruel, irresistible metropolis itself.« (204)

Anmerkungen:

1 Symptomatisch für diese Diskussion stehen z.B. Martin/Schumann, *Die Globalisierungsfalle: Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand*, Reinbek 1996.

2 Vgl. Samuel Huntington, »The Clash of Civilizations?« und *Kampf der Kulturen: Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*, München 1996.

3 Vgl. Bernhard Giesen, »Kulturelle Vielfalt und die Einheit der Moderne«, *Leviathan* 1/1996: 93-108.

4 Mike Featherstone, *Undoing Culture: Globalization, Postmodernism and Identity*, London: Sage, 1995. Zu den zentralen Texten der »kulturorientierten« Globalisierungsdiskussion gehören z.B. Roland Robertson *Globalization: Social Theory and Global Culture*, London: Sage, 1992, der von Mike Featherstone herausgegebene Sammelband *Global Culture: Nationalism, Globalization and Modernity*, London: Sage, 1990 und Mike Featherstone, Scott Lash und Roland Robertson (Hg.), *Global Modernities*, London: Sage, 1995. Einen guten Überblick zur Globalisierungsdebatte in der englischsprachigen Welt bietet Malcolm Waters, *Globalization*, London: Routledge, 1995.

5 Vgl. Immanuel Wallerstein, *The Modern World System I*, London: Academic Press, 1974 und *The Modern World System II*, London: Academic Press, 1980.

6 Vgl. Immanuel Wallerstein, »Culture as the Ideological Battleground of the Modern World System«. In: M. Featherstone (ed.), *Global Culture*: 31-55.

7 Ibid.: 47.

8 Vgl. z.B. Roy Boyne, »Culture and the World-System«, in: M. Featherstone (ed.), *Global Culture*: 57-62 und Albert Bergesen, »Turning World-System Theory on its Head« in: M. Featherstone (ed.), *Global Culture*: 67-81. Vgl. auch Anthony D. King (ed.), *Culture, Globalization and the World-System: Contemporary Conditions for the Representation of Identity*, Houndmills and London: Macmillan, 1991.

9 Vgl. hierzu z.B. Hans-Henrik Holm und Georg Sörensen (eds.), *Whose World Order? Uneven Globalization and the End of the Cold War*, Boulder: Westview Press, 1995

10 Vgl. Jürgen Habermas, *Der philosophische Diskurs der Moderne: Zwölf Vorlesungen*, Frankfurt 1988 und »Die Moderne – ein unvollendetes Projekt«. Kleine politische Schriften I-V, Frankfurt 1981: 444-464.

11 Vgl. Van der Loo und van Reijen, *Modernisierung: Projekt und Paradox*, München 1992.

12 Anthony Giddens, *Konsequenzen der Moderne [The Consequences of Modernity]*, übers. Joachim Schulte, Frankfurt 1995

13 Salman Rushdie, *The Moor's Last Sigh*, London: Jonathan Cape, 1995, *Des Mauren letzter Seufzer*, 1996

▶ **Frank Schulze-Engler** ist wissenschaftlicher Assistent am Institut für England- und Amerika-Studien an der J.W.-Goethe-Universität Frankfurt/M.



Foto: R. Maro/version



Nigeria im Dornröschenschlaf

Ken Saro-Wiwas satirische Romane

von **Frank Schulze-Engler**

Ken Saro-Wiwa wird hierzulande meist mit dem Kampf der Ogoni gegen Shell und die nigerianische Militärmacht in Verbindung gebracht. Sein literarisches Vermächtnis liegt jedoch weniger in den Zeichen, die er als Umweltpolitiker gesetzt hat, als vielmehr in der Kraft seiner Satire, mit der er die nigerianische Gesellschaft radikal kritisiert hat.

► Lange vor der Gründung der Bewegung für das Überleben des Ogoni-Volkes engagierte sich Ken Saro-Wiwa für einen demokratischen Übergangsprozeß in Nigeria. In den meisten seiner früheren Werke wie *Sozaboy* (1995), *Basi and Company* (1987), *Prisoners of Jebs* (1988) und *Pita Dumbroks* (1991)[1] kritisiert er die autoritären Militärmachthaber ebenso wie die korrupten »zivilen« Politiker. Objekte seiner Kritik sind aber auch die Apathie, mit der ein Großteil der Bevölkerung ihr Schicksal einfach hinzunehmen scheint, oder die selbstzerstörerische Raffgier, Dummheit und Borniertheit, die seiner Ansicht nach bei Herrschern und Beherrschten gleichermaßen verbreitet ist. Die populäre, oft humorvolle Art, mit der Saro-Wiwa seine Visionen unter die Leute brachte, trug entscheidend dazu bei, ihm ein großes Publikum zu verschaffen. Dem satirischen Zorn tat sie aber keinen Abbruch. In ihren bittersten Momenten scheinen seine Satiren am Starrsinn der Gesellschaft zu verzweifeln, um sich dann doch wieder ein ums andere Mal der mühevollen Arbeit zu widmen, die Absurditäten einer Gesellschaft offenzulegen, die oft genug den Glauben an sich selbst verloren zu haben scheint.

Die Grundzüge des Werks Saro Wiwas werden bereits in seinem ersten Roman *Sozaboy* deutlich, der oft als bewegender Antikriegsroman bezeichnet worden ist. Dieser Begriff verdeckt allerdings die bittere Ironie und die Satire, die hinter der scheinbar simplen Struktur der Erzählung und des Protagonisten steckt.

Der »gute Mensch«

► Mene, der naive Ich-Erzähler des Romans, meldet sich zu Beginn des nigerianischen Bürgerkriegs begeistert als Freiwilliger zur Armee Biafras. Er überlebt die Schrecken des Krieges und als er »nach Hause« zurückkehrt, wird er als Symbol der ungeliebten Vergangenheit aus der Stadt gejagt. Mene ist ein sorgfältig konstruierter »Simpel« (und deshalb nicht ganz zu Unrecht etwa mit Grimmelshausens Simplicius Simplicissimus verglichen worden[2]) und wird – ohne es zu merken – immer wieder selbst zum Ziel der Satire. Diese richtet sich nicht nur gegen machtbesessene Kriegstreiber, grausame Soldaten und korrupte Kriegsgewinnler, sondern auch gegen die einfachen Leute und »guten Menschen« von Dukana, Saro-Wiwas fiktiver Ogoni-Stadt.

Sozaboy beginnt mit Jubelszenen in Dukana. Die Bevölkerung feiert den Militärputsch, durch den die alte Regierung gestürzt wurde. In dieser Szene schwingen bereits bedrohliche Untertöne mit, deren Bedeutung sich allerdings erst später erschließt: Die bejubelte militärische Gewalt wird in naher Zukunft die völlige Zerstörung der Stadt zur Folge haben. Recht bald tritt indes das tragische Wechselspiel zwischen autoritären Politikern und blinder Autoritätshörigkeit offen zutage. Dem korrupten »Chief« Birabee gelingt es mühelos, die Bevölkerung für den Krieg zu mobilisieren, und die Leute feiern Menes Entscheidung, ein »Sozaboy« zu werden. Militärische Gewalt wird dabei immer wieder als Form sexueller Potenz beschworen: Menes junge Frau Agnes bestärkt ihn darin, seine Männlichkeit als Soldat zu beweisen, und in der Armee wird ihm ein erotisches Verhältnis zu seinem Gewehr eingedrillt: »Lieb' es, respektier' es, halt es immer sauber. (...) Schlaf' mit ihm, wie du mit deiner Frau oder deiner Freundin schläfst« (74).

Vor diesem Hintergrund keineswegs »unschuldiger« Ignoranz oszilliert Menes Schicksal zwischen Satire und Tragödie. Indem er nicht widerspricht und den Werten seiner Gemeinschaft treu bleibt, wird Mene in den Krieg hineingezogen – einen Krieg, der zur heroischen Verteidigung dieser Gemeinschaft hochstilisiert wird. Der Heroismus bleibt bald auf der Strecke: Korruption und Gewalt in der eigenen Armee erweisen sich letztlich als genauso tödlich wie der mysteriöse »Feind«, und Mene wird schließlich zum Deserteur. Als er nach langem Umherirren die Überlebenden seiner Heimatstadt in einem Flüchtlingslager findet, scheint der einstige Simpel der einzige zu sein, der wirklich etwas aus dem Krieg gelernt hat. Während die hungernden Exil-Dukaner immer noch Chief Birabee und Pastor Barika folgen, entdeckt der ernüchterte »Sozaboy«, daß dieses infernalische Duo mit korrupten Mili-

tärbefehlshabern zusammenarbeitet und insgeheim Nahrungsmittel und Luxusgüter hortet. Während Mene gelernt hat, den Führern der Gemeinschaft zu widersprechen und ihre Versprechungen zu hinterfragen, trifft er bei den »guten Leuten« von Dukana nur auf Ablehnung. Als er in seine zerstörte Heimatstadt zurückkehrt, wird er von der Gemeinschaft verstoßen, für die er einst ins Feld gezogen war. Die überlebenden Stadtbewohner samt ihrem Chief und Pastor wollen nichts anderes, als zu ihrem gewohnten Leben zurückkehren und die Vergangenheit verdrängen. Der in den Ruinen Dukanas herumirrende »Sozaboy« verunsichert sie so sehr, daß sie ihn für alle Übel verantwortlich machen und ihn kurzerhand zum bösen Geist erklären. Mene muß aus der Stadt fliehen. Der Roman endet mit Menes bitterem Resümee: Wer Dukana nicht kenne, werde ihm wohl nicht glauben, tatsächlich aber »kann alles in dieser Stadt passieren« (180/181).

Die wichtigsten Merkmale der späteren Prosa Saro-Wiwas finden sich so bereits in seinem ersten Roman: radikaler Zorn angesichts der Dummheit, die überall aus Armut und Unterdrückung erwächst. Trotz des bitteren Endes von *Sozaboy* zeichnet sich aber auch dieser Roman keineswegs durch eine misanthropische Verdammung oder eine arrogante Ablehnung der »kleinen Leute« aus. Vielmehr prägt ihn eine klare Absage an populistische Mythen von den »guten Volksmassen« oder »traditionsverbundenen Gemeinschaften« als Quellen politischer Weisheit und Erneuerung.



Nach dem Holzhammer

Literatur mit dem Vorschlaghammer

► In seiner Aufsatzsammlung *Similia* hat Saro-Wiwa einige der politischen Prinzipien benannt, die seine schriftstellerische Arbeit geprägt haben. Seinen polemischen Stil begründete er damit, daß es ihm darum ginge, einen »schlafenden Elefanten« zu wecken, dem man mit Nadelstichen nicht beikommen könne. »Bereits seit seiner Geburt liegt Nigeria in majestätischem Schlaf. So tief schläft es, daß Fliegen, Ameisen, Maden und sonstige Sendboten der Zersetzung längst annehmen, daß es bereits tot ist oder zumindest im Sterben liegt.« In dieser Situation müßten kritische Autoren notwendigerweise »mit dem Vorschlaghammer« arbeiten.[3]

Saro-Wiwa ließ keinen Zweifel daran, daß dieser »literarische Vorschlaghammer« in allen Bereichen der Gesellschaft zum Einsatz kommen müsse, um einer »neuen Barbarei« entgegenzuwirken, die er in Schulen, Universitäten und Regierungsbehörden ebenso am Werke sah wie in den einzelnen Familien, und für die er den Begriff der »Betrugs-Kultur« (»Culture of Cheating«) prägte.[4] Jahre später, in der Zusammenfassung seiner Verteidigungsrede vor dem Gericht, das ihn schließlich zum Tode verurteilen sollte, vertrat Saro-Wiwa dieselbe Ansicht: »Solange wir das Unnormale hinnehmen und doppelte Standards akzeptieren, solange wir offen lügen und betrügen, solange wir Unrecht und Unterdrückung verteidigen, entleeren wir unsere Klassenzimmer, degradieren unsere Krankenhäuser, füllen unsere Mägen mit Hunger und entscheiden unsgleichzeitig dafür, zu Sklaven derjenigen zu werden, die sich an hohen Standards orientieren, der Wahrheit nachstreben und Gerechtigkeit, Freiheit und harte Arbeit honorieren.«[5]

Saro-Wiwa sah seine literarischen Aktivitäten stets im Kontext der Politik der Zivilgesellschaft und des demokratischen Übergangsprozesses.[6] Da sich dieses Politikverständnis deutlich vom Entkolonisierungsdiskurs unterscheidet, der in den vergangenen Jahrzehnten die Rezeption afrikanischer Literatur maßgeblich beeinflußt hat, sollen an dieser Stelle einige Charakteristika dieser Politik umrissen werden.

Im Zentrum des demokratischen Übergangsprozesses steht ein radikaler Bruch mit einer von Issa G. Shivji als »Developmentalism« bezeichneten Denkrichtung, der zufolge Politik einen, angesichts der Notwendigkeit rascher Entwicklung im nachkolonialen Afrika unnötigen, Luxus darstellt.[7] Für die erfolgreichen antikolonialen Bewegungen, die mit der Unabhängigkeit den autoritär geführten kolonialen Staatsapparat erbten, war Politik oftmals mit staatlichem Handeln deckungsgleich. Nationalistische Ideologien hatten regelmäßig die Einheit des Volkes beschworen, die nach der Unabhängigkeit im Zeichen des »Nation-Building« rasch in politische Formen wie Einparteienstaaten oder Militärdiktaturen gegossen wurde; unterschiedliche soziale, kulturelle oder geschlechtsspezifische Interessen wurden so zugunsten ideologisch homogener Nationalstaatskonzeptionen delegitimiert.[8] In der Folge entstand ein »staatszentriertes« Politikverständnis, in dem das Verhältnis von Staat und Gesellschaft streng hierarchisch begriffen wurde.[9]

Blockierte Entwicklung

► Der »Developmentalism« hatte so nicht nur die Herausbildung undemokratischer politischer Systeme zur Folge, die sich oft durch massive Menschenrechtsverletzungen auszeichneten, sondern blockierte auch eben jene Entwicklungsprozesse, die er eigentlich fördern sollte. Der Mangel an demokratischen Partizipationsmöglichkeiten und Kontrollinstanzen schlug so direkt auf die ökonomische Entwicklung zurück.[10] Damit stellen der Ausbau von Partizipationsmöglichkeiten und eine »Repolitisierung« der Gesellschaft

ein wesentliches Element zur Überwindung der sozialen und ökonomischen Stagnation dar, von der gegenwärtig so viele afrikanische Gesellschaften gezeichnet sind.[11]

Die Rolle der Intellektuellen bei der Konzeptionalisierung und praktischen Herausbildung zivilgesellschaftlicher Strukturen ist oft eher pessimistisch beurteilt worden. So bleiben z.B. Jean-Francois Bayart zufolge auch »oppositionelle« afrikanische Intellektuelle meist einem staatszentrierten Denken verhaftet, das sie kaum in die Lage versetzt, »die epistemische Kluft zwischen Staat und Zivilgesellschaft« zu überwinden.[12]

Wie immer man die generelle Plausibilität dieses Arguments beurteilen mag, trifft es jedenfalls kaum auf einen Schriftsteller wie Saro-Wiwa zu, der sich unablässig in die »Politik der Zivilgesellschaft« einmischte und in seinen Essays und literarischen Werken gegen das »staatszentrierte Denken« und die hierdurch ausgelösten politischen, sozialen und kulturellen Deformationen zu Felde zog. Diese politische Stoßrichtung, die bereits in *Sozaboy* eine wichtige Rolle gespielt hatte, kam in seinen späteren Werken noch deutlicher zum Ausdruck.

Dies trifft insbesondere auf *Basi and Company* zu, obwohl die satirischen Episoden über »Mr. B.« und seine Freunde, die sich in Lagos durchs Leben schwindeln, zunächst vor allem durch ihren Humor und ihre Situationskomik bestechen. Tatsächlich beschäftigen sich aber zahlreiche Passagen dieses »Modern African Folktale« mit politischen Themen wie der Manipulation von Wahlergebnissen, die Absurditäten der Parteienpolitik und dem Mißbrauch politischer Macht. Im Mittelpunkt der Satire steht die Vorherrschaft von Normen und sozialen Verhaltensweisen in der nigerianischen Gesellschaft, die wirkliche Entwicklung blockiert und autoritäre Strukturen fördert. So liegt der Skandal an den windigen Geschäften der Protagonisten nicht daran, daß sie haarscharf am Erfolg vorbeigehen, sondern daß sie sich scheinbar völlig im Einklang mit dem in der Gesellschaft vorherrschenden Wertesystem befinden. Damit wird in *Basi and Company* eine bizarre Dialektik zwischen Herrschenden und Beherrschten sichtbar. Erstere sind nicht einfach gewalttätige Schurken, sondern als solche Symptome einer generellen gesellschaftlichen Misere, die sie – gemeinsam mit den Beherrschten – unablässig reproduzieren.

Ähnliches zeigt sich auch in *Prisoners of Jebs*, ein Gefängnisroman der etwas anderen Art, in dessen Mittelpunkt eine imaginäre Gefängnisinsel steht, die von der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) eingerichtet wurde, um politische Gefangene aus ganz Afrika sicher zu verwahren. Da Nigeria einen Großteil der Gefangenen stellt, wird das Gefängnis bald zu einem grotesken Zerrbild der nigerianischen Gesellschaft. Die dreiundfünfzig Episoden, aus denen sich *Prisoners* zusammensetzt, wurden ursprünglich in einer wöchentlichen Kolumne der nigerianischen Zeitung *Vanguard* veröffentlicht und stecken deshalb auch voller Anspielungen auf die zeitgenössische afrikanische (und insbesondere nigerianische) Politik.

Die absurde Welt des Gefängnisses von Jebs, dem ein ebenso ambitionierter wie korrupter Direktor vorsteht und das von einer Vielfalt aller möglichen kriminellen und anderen Insassen bevölkert wird, bildet einen hervorragenden Resonanzboden für Saro-Wiwas satirische Kritik. Eines der Hauptthemen *Prisoners of Jebs* ist das Unterschlagen öffentlicher Gelder. Das hochgelobte und hochdotierte Prestige-Projekt ist schon bald finanziell angeschlagen, weil der Direktor große Geldmengen aus der Gefängniskasse entnimmt und in seinem Garten, in der Decke seines Schlafzimmers und in seiner Matratze versteckt, während seine Untergebenen ebenso gewaltige Summen mit Hilfe erfundener »öffentlicher Aufträge« auf die Seite bringen. Als der Schwindel schließlich auffliegt, erklärt der Direktor in einer denkwürdigen Rede vor den Gefangenen, daß ihm die Hände gebunden seien. In Nigeria sei es üblich, daß sich Millionenbeträge in Luft auflösten, und da die Schuldigen alle Nigerianer seien, könne man sie nicht zur Rechenschaft ziehen.

Justiz des Känguruhs

▶ Ein weiteres Objekt der Kritik ist die systematische Aushöhlung rechtsstaatlicher Strukturen und die Perversion des Gerichtswesens. *Prisoners of Jebs* ist voller Anspielungen auf zeitgenössische Justizskandale, in die hochgestellte Militärs, Geschäftsleute, Richter und Juristen verstrickt waren. Der Mißbrauch des Rechtssystems wird in der Figur des »Känguruhs Jeromi« symbolisiert, das aus der südlichen Hemisphäre importiert wird, um zunächst in Nigeria und später auch in Jebs seine Form der Rechtspflege durchzusetzen. Als Saro-Wiwa die Angst der Gefangenen vor der »Känguruh-Justiz« schildert, der er selbst einige Jahre später zum Opfer fallen sollte, weicht der leichte, spöttische Ton einer ernsteren Simmung: »Sie hatten Angst vor dem Känguruh. Denn es hatte nicht nur Macht über einzelne Menschen, sondern war auch der Schrecken des Sozialgefüges einzelner Nationen, weil die Gesellschaft auf der Annahme beruht, daß es Recht und Unrecht gibt und die Unterscheidung klar und unmißverständlich ist. Wenn aber ein Känguruh dafür sorgt, daß Recht zu Unrecht wird und umgekehrt, erntet die Nation Aufruhr.«

Aufs Korn genommen werden auch die Ineffizienz des Staatsapparates und der Armee, versinnbildlicht durch eine Gruppe hochrangiger Generäle, die sofort nach ihrem Eintreffen in Jebs in Tiefschlaf verfällt. Oder die Hegemonieansprüche der drei größten ethnischen Gruppen in Nigeria, die in Jebs als »Wazobians« auftreten und durch ihre Machtkämpfe allen den Spaß am großen Gefängnis-Fußballturnier verderben.

Saro-Wiwa thematisiert auch seine eigene Rolle als Schriftsteller, indem er sich selbst in den Text hineinschreibt. Dem Gefängnisdirektor wird zugetragen, daß er von einem gewissen Ken Saro-Wiwa beobachtet wird, der sich als Satiriker bereits in Nigeria unbeliebt gemacht hat.

Im weiteren Verlauf der Geschichte gibt es immer mehr Gründe für schlaflose Nächte. Zwar ist Jebs arm dran, doch Nigeria steht noch schlechter da, und so spitzen sich die Rivalitäten zwischen beiden zu. Viele Nigerianer sind der Ansicht, ihnen gehe es schlechter als im Gefängnis und pilgern deshalb zum Direktor, um nach Jebs eingeliefert zu werden. Während die bankrotte nigerianische Regierung erfolglos versucht, das Land entweder an ITT oder an Großbritannien zu verscherbeln, möchte der machtbesessene Direktor von Jebs eine eigene Republik gründen. Er bereitet die Eroberung Nigerias vor, läßt schließlich aber davon ab, da er nicht weiß, was er mit dem Land anfangen soll. Schließlich entscheidet die nigerianische Militärregierung, die Gefängnisinsel zu zerstören und schickt den Literaturnobelpreisträger Wole Soyinka nach Stockholm, um das nötige Dynamit zu besorgen. Doch Jebs versenkt sich vorher selbst.

Die Insel der Faulheit

▶ Drei Jahre später tauchte das Gefängnis von Jebs in *Pita Dumbrok's Prison* wieder aus den Meeresfluten auf. Die eindrucksvollsten satirischen Passagen finden sich am Ende dieses Romans, als zwei junge Journalisten auf ihrer Suche nach Jebs sieben Inseln entdecken, die alle öffentlichen und privaten Übel versinnbildlichen, gegen die Saro-Wiwa unermüdlich anschrieb.

Die erste, die Insel der Faulheit, ist äußerst fruchtbar und voller Orangenbäume, wird aber von armseligen, hungernden Bettlern bewohnt, die von den überall verfügbaren Orangen nur dann essen, wenn vorbeikommende Fremde diese pflücken, schälen und sie ihnen in den Mund stecken. Die zweite, die Insel der Glückseligkeit, wird von Menschen bewohnt, die den ganzen Tag nur tanzen, trinken und sich der Liebe hingeben, deren Häuser jedoch über ihnen zusammenfallen und von stinkenden Kloaken umgeben sind. Die dritte Insel wird von Bürgerkriegen heimgesucht, seit Fremde verschiedene Religionen ins Land brachten, während auf der vierten die Unehrlichkeit herrscht und alle ehrlichen Menschen sofort verhaftet werden. Auf der fünften Insel treffen die Journalisten auf dünne Männer, die fette Herren auf ihren Armen tragen, die ihre Herrschaft mit Hilfe von ohrenbetäubendem Gelächter aufrecht erhalten. Auf der sechsten werden sie vom einzigen des Lesens und Schreibens mächtigen Bewohner begrüßt, der einsam und verlassen lebt, da alle anderen stolz darauf sind, Analphabeten zu sein. Die Bewohner der siebten und letzten Insel schließlich haben sich ganz der monetären Gottheit Moolah verschrieben und verbringen ihre Tage mit der Jagd nach Geld.

Vom Kritiker zum Populisten?

▶ Blickt man auf die satirischen Werke Saro-Wiwas zurück, scheint deren gemeinsamer Nenner vor allem in einer beharrlichen, alle Bereiche der Gesellschaft umfassenden »zivilen Kritik« zu liegen, an der Saro-Wiwa unerschrocken festhielt. Aufgrund der intensiven Einbindung in den Kampf der Ogoni hat er während seiner letzten Lebensjahre jedoch seine Ansichten zur Rolle der Literatur in der Gesellschaft geändert. Ein Hinweis hierauf findet sich in einigen Passagen von *A Month and a Day*[13], seinem posthum veröffentlichten Gefängnistagebuch, in dem er stärker auf die unmittelbare Einbindung von Schriftstellern in politische Massenbewegungen abhebt. Er spricht dort von einer »interventionistischen Rolle« von Schriftstellern, die »direkt mit dem Volk in Kontakt treten« und sich stärker »auf die Kraft der oralen Tradition besinnen sollten (81)«.

Diese doch etwas populistischen Formulierungen zum »Interventionismus« von Schriftstellern erzeugen jedoch ein gewisses Spannungsfeld zu seiner früheren literarischen Praxis. Saro-Wiwa selbst scheint diese Spannung durchaus gespürt zu haben, da er im Anschluß an die oben zitierten Äußerungen vom Aufgehen der Literatur in politischen Massenbewegungen selbstkritisch auf die »Authentizität« von Literatur verweist, die im direkten politischen Kampf korrumpiert werden könne, und von einem »notwendigen Ringen« spricht, das sich aus diesem Spannungsverhältnis ergibt (81).

Aufgrund der enormen Vielseitigkeit und Kreativität, die Saro-Wiwa in seinen früheren Werken an den Tag legte, hätten nicht nur Literaturkritiker auf das Resultat dieses Ringens in seiner künftigen schriftstellerischen Arbeit gespannt sein können. Der feige Justizmord, dem er selbst und acht seiner Mitstreiter im November 1995 zum Opfer fielen, beendete jedoch nicht nur eine brilliante politische, sondern auch eine nicht minder brilliante literarische Karriere.

Das Vermächtnis der satirischen Werke Saro-Wiwas liegt in der Einsicht, daß es im Rahmen des demokratischen Übergangsprozesses grundlegende soziale, politische und kulturelle Deformationen der nigerianischen Gesellschaft in Angriff zu nehmen gilt, die nicht einfach nur den gegenwärtigen Militärmachthabern angelastet werden können. Diese sind selbst eher Symptome als Verursacher dieser Deformationen. Es kann kaum Zweifel daran bestehen, daß es nur Hoffnung für Nigeria gibt, wenn die amtierende mörderische Junta abtritt. Dann allerdings wird es darauf ankommen, eine noch größere Herausforderung zu bewältigen, die langwierige, mühevolle Aufgabe des zivilen Wiederaufbaus der politischen Kultur. Der demokratische Übergangsprozeß hat erst dann eine Chance, wenn aus den Volksmassen Menschen werden, die willens und in der Lage sind, ihre Wahl zu treffen, Kritik zu äußern und ihre Geschicke selbst zu bestimmen. Dieser Chance – die nach bitter enttäuschten Hoffnungen wieder in weite Ferne gerückt zu sein scheint – hat Ken Saro-Wiwa seine satirischen Werke gewidmet.

Anmerkungen:

1 Alle vier Werke erschienen in Saro-Wiwas eigenem Verlag 'Saros International' in Port Harcourt.

2 Vgl. Willfried F. Feuser, »The Voice from Dukana: Ken Saro-Wiwa«, *Matatu* 10 [*Contemporary Nigerian Literature*, ed. Willfried F. Feuser], 1987: 52-66.

3 Ken Saro-Wiwa, »A Cannibal Rage«, in: *Similia: Essays on Anomic Nigeria* (Port Harcourt: Saros International, 1992): 166/167.

4 Vgl. ibid.: 167.

5 [Zusammenfassung der 40-seitigen Verteidigungsrede Saro-Wiwas], P.E.N. *International* 46.2 (1995): 109-10.

6 Zum Verhältnis von Literatur und der Politik der Zivilgesellschaft in Afrika vgl. z.B. Paul Tiyambe Zeleza, »The Democratic Transition in Africa and the Anglophone Writer«, *Canadian Journal of African Studies / Revue Canadienne des Études Africaines* 28.3 (1994): 472-97 und Frank Schulze-Engler, »*Literature and Civil Society in South Africa*«, in: Jürgen Klein und Dirk Vanderbeke (Hg.), *Anglistentag 1995 Greifswald: Proceedings* (Tübingen: Niemeyer, 1996): 391-405.

7 Vgl. Issa G. Shivji (ed.), *The State and the Working People in Tanzania* (Dakar: Codesria, 1985): 1-2.

8 Vgl. Zeleza, »*The Democratic Transition in Africa and the Anglophone Writer*«: 479.

9 Vgl. Frank A. Kunz, »Liberalization in Africa – Some Preliminary Reflections«, African Affairs 90 (1991): 223-235.

10 Vgl. Peter Anyang' Nyong'o, »Introduction«, in: P. Anyang' Nyong'o (ed.), *Popular Struggles for Democracy in Africa* (London: United Nations University/Zed Books, 1987): 19.

11 Vgl. z.B. Jean-François Bayart, »Civil Society in Africa«, in: Patrick Chabal (ed.), *Political Domination in Africa: Reflections on the Limits of Power* (Cambridge: Cambridge Univ. Press, 1986): 109-125; Michael Bratton, »Beyond the State: Civil Society and Associational Life in Africa«, *World Politics* 41.3 (1989): 407-30; Patrick Chabal, Power in Africa: An Essay in *Political Interpretation* (New York: St Martin's Press, 1992), Larry Diamond, »Introduction: Roots of Failure, Seeds of Hope«, in: Larry Diamond, Juan J. Linz und Seymour Martin Lipset (eds.), *Democracy in Developing Countries, Volume Two*: Africa (Boulder & London: Lynne Rienner Publ., 1988): 1-32; Robert Fatton, Jr., »Liberal Democracy in Africa«, *Political Science Quarterly* 105.3 (1990): 455-73, sowie *Predatory Rule: State and Civil Society in Africa* (Boulder & London: Lynne Rienner Publ., 1992); Julius E. Nyang'oro, »Reform Politics and the Democratization Process in Africa«, *African Studies Review* 37.1 (1994): 133-49; Eghosa Osaghae (ed.) Between State and Civil *Society in Africa* (Dakar: Codesria, 1994), Donald Rothchild und Naomi Chazan (eds.), *The Precarious Balance: State and Society in Africa* (Boulder: Westview Press, 1988).

12 Vgl. Bayart, »Civil Society in Africa«: 120.

13 Ken Saro-Wiwa, *A Month and a Day: A Detention Diary*, introd. William Boyd (London: Penguin, 1995), dt. *Flammende Hölle*, rowohlt 1996

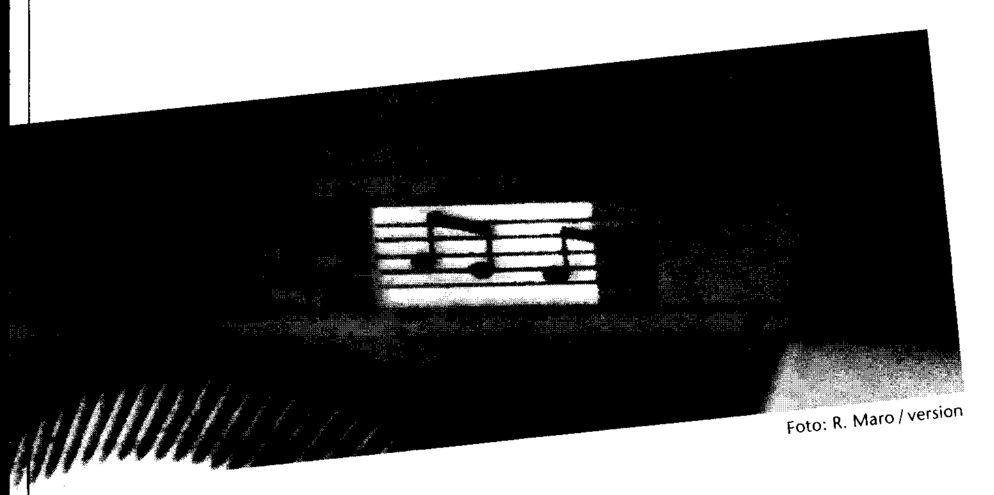


Foto: R. Maro / version

Tiger in the Spotlight

▸ Ein neuer Stern ist aufgegangen am Himmel des Sports. Eldrick Wood, genannt Tiger, heißt der junge Mann, der als 21jähriger jüngst das Masters von Augusta, eines der bedeutendsten (und hochdotiertesten) Golfturniere der Welt, gewinnen konnte und jetzt weltweit für Schlagzeilen sorgt. Jedoch ist weniger seine Jugend und seine sensationell niedrige Schlagzahl das Ereignis, sondern seine dunkle Hautfarbe. Und so werden seine Siege in einer der nicht nur wegen ihrer traditionellen Kleiderordnung »weiß« genannten Sportarten als Beispiel für den Erfolg der multikulturellen Gesellschaft gefeiert, die jetzt auch die letzten Bastionen erobert. Wir erfahren, daß in den Adern des Tigers thailändisches, chinesisches, afrikanisches und indianisches Blut fließt. Und wem das noch nicht reichen sollte, bekommt nachgeliefert, daß sein Vater (oder war es der Großvater?) im Vietnamkrieg für die USA gekämpft hat.

Ein guter Amerikaner ist Tiger also obendrein – anders als seinerzeit Muhammad Ali, der sich mit der Weigerung gegen den Vietcong zu ziehen den Haß weiter Teile der weißen US-amerikanischen Gesellschaft zuzog; anders auch als die schwarzen 400 Meter Gold- und Silbermedailliengewinner der Olympischen Spiele 1968 in Mexiko, die mit ausgestreckten Fäusten und gesenkten Köpfen die während der Siegerehrung aufsteigende US-Flagge begrüßten. Diese Sportler taugten nicht als Rolemodels à la 'Onkel Tom' – als Vorbilder für eine angepaßte schwarze Bevölkerung.

Nun wäre es lächerlich, von jedem erfolgreichen schwarzen Sportler eine politische Geste gegen Krieg, Rassismus oder sonstwas zu erwarten. Lächerlich ist es aber ebenso, Tiger Woods, der von sich sagt, er könne »beim Golf eine Menge für die Beteiligung von Minoritäten tun«, zum Symbol der multikulturellen Gesellschaft zu stilisieren. Tatsächlich erhält nur einer von Millionen einen 60 Millionen Dollarvertrag mit einem Turnschuhhersteller, weil er dafür sorgt, daß »Golf auf dem Markt in neue Dimensionen treiben kann«, wie sich einer der Ausrichter der Masters-Runde freute. Das Aufsehen, das der Golfspieler Tiger Woods erregt, ist das Aufsehen um den schwarzen Tellerwäscher – ein Aufsehen, das es nicht gäbe, wenn es tatsächlich jeder schaffen könnte.

Das gilt auch weiterhin für Schwarze in weißen Sportarten. So hat nach dem Anfang der 70er Jahre gefeierten Arthur Ashe nie wieder ein schwarzer US-Tennisspieler den Sprung in die Weltelite geschafft. (Ebenso ist mir – um den Begriff des »weißen Sports« ein wenig auszuweiten – von schwarzen Skiläufern in der Weltspitze nichts bekannt. Und selbst wenn irgendwann einmal ein schwarzer Tiger schneller als Schumi seine Runden drehen sollte, dürfte auch er nur eine die Regel begründende Ausnahme bleiben.) Allein die für die Ausrüstung in diesen Sportarten erforderlichen Investitionen schließen bereits die meisten derjenigen aus, denen Woods, der selbst schon als dreijähriger und bestimmt nicht im Ghetto den Schläger schwingen lernte, jetzt Vorbild sein soll.

Irgendjemand hat einmal gesagt, er habe sich nie so schwarz gefühlt, wie in den Jahren seiner Armut. Mit Brecht könnte man angesichts der Inszenierung von Wirklichkeit um den Aufstieg des Eldrick Woods weiter fabulieren: »Ein Tiger steht im Rampenlicht, die im Dunkeln sieht man nicht.«

jm

Furcht vor einer toten Journalistin

▸ Vor drei Jahren wurde in Kurdistan die Journalistin Lissy Schmidt erschossen. Sie war schon zu Lebzeiten den Regierungen der Staaten Türkei und Irak, in denen sie seit 1984 lebte, eine unerwünschte Beobachterin. Lissy Schmidt, bzw. Milena Ergen (das war ihr Pseudonym), war auch den LeserInnen der ***blätter des iz3w*** eine regelmäßige Berichterstatterin über den ewigen Kreislauf der kurdischen Tragödie: Flucht, Exil, Reorganisierung, Kampf, Völkermord. Desweiteren schrieb sie für die taz und die Frankfurter Rundschau.

1984 ging sie in die Türkei, zunächst nach Istanbul. Einer ihrer ersten Arbeitsschwerpunkte war »Folter in der Türkei«. Neben ihrer damals noch wenig beachteten journalistischen Tätigkeit arbeitete sie bei einem Verlag mit, der Bücher mit Recherchen zu »Verschwundenen« herausgab. Nachdem der Verleger nach Morddrohungen fliehen mußte, verlagerte sich ihr Lebensschwerpunkt. 1988 arbeitete sie kurze Zeit für die türkische Wirtschaftszeitung »Panorama«, die wegen ihrer kritischen Berichterstattung immer wieder von den Behörden beschlagnahmt wurde. Mit ihrem Umzug nach Diyarbakir näherte sie sich auch räumlich dem Zentrum des Krieges des türkischen und irakischen Staates gegen die Menschen in Kurdistan an.

Im März 1988 kam es zum größten Giftgas-Einsatz nach dem Zweiten Weltkrieg. In der südkurdischen Stadt Halabja ließ Saddam Hussein die Einwohner und zahlreiche Flüchtlinge mit Giftgas bombardieren. Mehrere Tausend Menschen starben. Lissy Schmidt recherchierte bezüglich der deutsch-irakischen Zusammenarbeit, die in den Jahren zuvor den irakischen Diktator zu einem hochgerüsteten Kriegsherrn hatte werden lassen.

Im Frühjahr 1992 erhielt sie ein generelles Einreiseverbot für die Türkei. Daraufhin ging sie endgültig nach Südkurdistan, baute in Rania das Büro von medico international auf und arbeitete später für die Nachrichtenagentur Agence France Press.

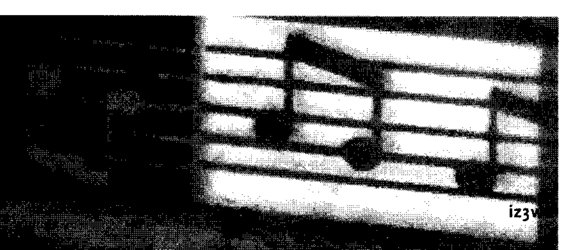
Am Ostersonntag 1994 wird das Auto von Lissy Schmidt und ihrem Leibwächter auf einer Straße in der Nähe der Stadt Sulaymania gestoppt. Zwei Männer eröffnen das Feuer. Lissy Schmidt und ihr Begleiter, Aziz Kader Faraj, sind sofort tot. Der Auftraggeber ist bis heute nicht zweifelsfrei erwiesen.

Den türkischen Behörden ist Lissy Schmidt offensichtlich nicht tot genug. Zu Beginn des Jahres 1997 wurden alle Ausgaben ihres Buches »*Wie teuer ist die Freiheit – Reportagen aus der selbstverwalteten kurdischen Region 1991-1993*« beschlagnahmt und wegen »separatistischer Propaganda« verboten. Der Verleger des Buches muß mit einer Anklage rechnen.

Thomas W. Klein

Gebräuche und Gepflogenheiten

▸ Frau I., die zwei Jahre lang Präsidentin der Müttersektion einer Oppositionspartei in Zaire war, wurde im Oktober 1994 nach einer Demonstration gegen den Diktator Mobutu verhaftet und in das Gefängnis der Sicherheitspolizei gebracht. Dort wurde sie vergewaltigt und bis zur Ohnmacht geschlagen. Die Soldaten ermordeten drei der mitinhaftierten Frauen. Nachdem Frau I. im Dezember die Flucht nach Deutschland gelang, wurde sie von Bediensteten des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge und einem zairischen Übersetzer



– allesamt Männer – angehört. Ihr Asylantrag wurde abgelehnt, weil sie in der Anhörung nichts sagte. Ihre Scheu, die Demütigungen offenzulegen, war zu groß.

Wo Frauen, die in Oppositionsgruppen und Befreiungsbewegungen politisch aktiv sind, verfolgt werden, geschieht dies in vielen Fällen durch die Anwendung sexueller Gewalt. Gewalt gegen Frauen wird oft nicht als »politisch« und damit als asylerheblich, sondern als privater Übergriff durch Dritte bewertet, auch wenn die Verfolger ihre Stellung als Amtsperson mißbrauchen und/ oder der Staat die Verfolgungen stillschweigend duldet und den erforderlichen Schutz versagt.

»Verfolgte Frauen schützen« heißt deshalb die auf ein Jahr angelegte Kampagne, die der Deutsche Frauenrat und PRO ASYL gemeinsam mit Gewerkschaften, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden zum internationalen Frauentag am 8. März starteten. Zentrale Forderungen dieser Aktion, die am 8. März 1998 mit der Übergabe von Unterschriftenlisten an die Bundestagspräsidentin enden soll, sind, vorhandene Gesetze dahingehend auszulegen, daß aus geschlechtsspezifischen Gründen verfolgten Frauen Asyl gewährt wird. Außerdem soll im Ausländergesetz klargestellt werden, daß geschlechtsspezifische Verfolgung ein Abschiebehindernis darstellen muß.

Frauen werden nicht selten aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert und verfolgt. Oft werden sie bestraft, wenn sie tatsächlich oder angeblich die in bestimmten Staaten für sie geltenden Bekleidungs- und Verhaltensvorschriften übertreten. In vielen Ländern sind sie Opfer von diskriminierenden Praktiken, die zwar nicht direkt vom jeweiligen Staat durchgeführt, aber gesetzlich geschützt oder zumindest geduldet werden: Genitale Verstümmelungen, Mitgiftmorde, etc..

Bisher wird Verfolgung aus geschlechtsspezifischen Gründen in der BRD nicht als Asylgrund anerkannt. So wurde der Asylantrag einer alleinerziehenden Lehrerin aus Afghanistan, die von den Taliban-Milizen dazu gezwungen wurde, ihren Beruf aufzugeben und im Haus zu bleiben, abgelehnt. »Die Anordnung der Taliban, daß Frauen keiner Berufstätigkeit nachgehen und das Haus nur in Begleitung eines Mannes verlassen dürfen, [stellt] mitnichten politische Verfolgung, sondern allein eine Umsetzung des heiligen Buches des Islam, des Koran, dar.« Es könne nicht »Aufgabe der bundesdeutschen Asylbehörden sein, die religiösen Gebräuche und Gepflogenheiten anderer Länder zu kritisieren«, argumentiert das Bundesamt.

▶ *Weitere Informationen über die Aktion »Verfolgte Frauen schützen!« des Deutschen Frauenrats und PRO ASYLs sind über Förderverein PRO ASYL e. V., Postfach 101843, 60018 Frankfurt, Tel: 069/230688, Fax: 069/230650 zu erhalten.*

Stabile Stagnation

▶ Kuba feierte zum Neujahrsbeginn 1997 seine wirtschaftliche Entwicklung mit Euphorie – der Wirtschaftsminister sprach von »wahren Wundern«. Wichtigster Grund hierfür war ein Wirtschaftswachstum von imponierenden 7,8% im letzten Jahr. Den Eindruck, daß Kubas ökonomische Talfahrt endgültig beendet sei, unterstützen auch andere Signale: Das Staatshaushaltsdefizit wurde in nur drei Jahren erheblich gesenkt, die Nationalwährung gegenüber dem US-Dollar spürbar aufgewertet, und die Zuckerproduktion stieg erstmals wieder um ein Drittel. Diese Erfolgsbilanz wird von sozialen Verbesserungen ergänzt: Durch einen Ausbau des Gesundheitssytems sank die Sterberate bei Neugeborenen auf einen historischen Tiefstand. Kuba sieht sich also unzweifelhaft im Aufschwung.

Eine genauere Analyse läßt solche Prognosen allerdings zweifelhaft erscheinen. Zum einem müssen die Wachstumsraten relativiert werden: Denn die genannten 7,8% beziehen sich auf das insgesamt um 40% eingebrochene BIP. Sollte Kuba wirklich jedes Jahr vergleichbare Wachstumsraten erzielen, würde die Insel erst im Jahre 2005 ihr Produktionsniveau von 1989 erreichen. Zum anderen wird der Aufschwung primär vom Devisen- und Exportsektor getragen. Statt Zuckerproduktion oder Tourismus sind dabei mittlerweile die privaten Dollarüberweisungen aus dem Ausland die wichtigsten Devisenbringer – sie wuchsen 1996 um rund 18%. Die konjunkturelle Erholung des Tropensozialismus ist also paradoxerweise das Resultat des kapitalistischen Weltmarktes und des kubanischen Exils.

Doch die elementarsten Probleme der Transformation liegen noch woanders; denn die kubanische Wirtschaft leidet unter einer schwindenden Produktivität. Bei einer »nur« stabilen Importkapazität nimmt die wirtschaftliche Leistung der Insel kontinuierlich ab, bei leichten Verbesserungen könnte das jetzige Mindestniveau gerade stabilisiert werden und nur ein überproportionales Wachstum könnte zu einer tragenden Entwicklung führen. Zukünftige Reformen müßten sich darum vor allem auf spürbare Produktivitäts- und Effizienzsteigerungen im Binnenmarkt konzentrieren. Da die Unantastbarkeit des politischen Systems jedoch mit weiterführenden wirtschaftlichen Reformkonzepten nicht zu vereinbaren war, wurden zunächst alle weiteren binnenwirtschaftlichen Maßnahmen und Überlegungen gestoppt.

In der Aufsplitterung der Gesellschaft liegt das zweite Problem des kubanischen Umbruchs. Denn die bisherige Stabilisierung wurde durch eine wachsende Ungleichheit erkauft, die langfristig die nationale Einheit zu zerstören droht. Die Ursachen dieser Ungleichheit sind zweierlei: Einmal resultiert sie aus einer verfehlten Geldpolitik der Regie-

rung, die zu einem Liquiditätsüberhang führte, der 1993 fast an das Bruttoinlandsprodukt heranreichte und einen Schwarzmarkt alimentierte, auf dem circa 60% der Warenzirkulation abgewickelt wurde. Aufgrund dieser informellen Verteilung hingen die Einkommen immer stärker von informellen und illegalen Aktivitäten ab. Eine ungleiche Einkommensverteilung war die Folge. Der Staat reagierte darauf mit einem monetären Anpassungsprogramm, das Maßnahmen von IWF-Programmen entsprach. Ergebnis dieser Politik war neben der Sanierung der Staatsfinanzen und der Aufwertung der Nationalwährung ein spürbarer Reallohnverlust breiter Bevölkerungsschichten. Die breiten Massen verfügen kaum noch über Geld, die Einkommensschere auf der Insel hat sich weiter geöffnet.

Die zweite Quelle sozialer Ungleicheit resultiert aus der Legalisierung des US-Dollars, die auf der Insel zu einem Währungsdualismus führte. Der private Lebensstandard wird seitdem in Kuba zunehmend vom Dollarbesitz bestimmt. Da dieser häufig von Auslandskontakten abhängt, findet hier eine Selektion statt, die zwei systemtreue Gruppen diskriminiert: nämlich zum einen die Funktionsträger der Revolution (aus Partei, Militär, Sicherheitsapparat), die aus politischen Gründen alle Verbindungen zum Ausland abbrachen, und zum anderen die schwarze Unterschicht, aus der nur wenige emigrierten, weil die Revolution ihnen bessere Lebensbedingungen ermöglichte. Der schon auf dem Schwarzmarkt zerriebene Anspruch der sozialen Gleichheit wird so weiter eingeschränkt. Auch dieses Dilemma kann nicht allein durch eine Konsolidierung des Außenhandels gelöst werden. Ein Schließen der Einkommensschere ist nur durch weitere Binnenreformen möglich: Gefragt sind jetzt vor allem eine Währungs- und eine dezentralisierende Unternehmensreform. Es bleibt nur zu hoffen, daß solche Reformen in diesem Jahr die stabile Stagnation von 1996 ablösen – anderfalls wäre »die Rückkehr der Ungleichheit« bei Kubas Weg ins neue Jahrtausend vorgezeichnet.

Hans-Jürgen Burchardt

Mehr Müll

▸ Wachstum und Umweltschutz schließen einander nicht aus. Mit dieser Aussage wirbt das UNDP (Entwicklungsprogamm der Vereinten Nationen) für zwei neue Studien, die in seinem Auftrag erstellt wurden. Die Studien sagen voraus, daß künftig auch in der Dritten Welt durch Investitionen im Umweltbereich enorme Erträge erzielt werden können. Der globale Markt für die Einhaltung von Umweltvorschriften werde bis zum Jahr 2000 auf jährlich 500 Milliarden Dollar weltweit steigen.

Mit diesen Verweisen auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten propagiert das UNDP eine stärkere Mitarbeit von privaten Firmen im Umweltschutzbereich. »Die Studien untersuchen die wichtige Rolle des privaten Sektors auf dem ökologischen Markt und schlagen neue Mechanismen vor, die das Potential für privatwirtschaftliche Gewinne und Marktexpansion erweitern sollen«, preist der UNDP seine Studien an. Ganz im Sinne neoliberaler Wirtschaftskonzepte wird auf diese Weise die Verantwortung für den Umweltschutz an die private Wirtschaft abgetreten. So soll die Hauptaufgabe der Regierungen nur noch die zentrale Informationsvermittlung sein und vor allem wird eine Erweiterung des Zugangs ausländischer Investoren auf die nationalen Märkte angepriesen. Staatlich festgelegte Umweltnormen und Abgaben als Mittel des Umweltschutzes werden nur noch am Rande erwähnt. In erster Linie braucht die Wirtschaft ihr freies Feld.

Nach den Studien sollen die angepriesenen Marktausweitungen gerade in den ärmsten Entwicklungsländern besonders profitabel sein, wo der Mangel an Infrastruktur und an einfachen Dienstleistungen im Umweltbereich enorme Möglichkeiten bietet. Daß diese Aussage nur bedeutet, daß wo nichts ist, jede Wasserleitung einen enormen wirtschaftlichen Aufstieg bedeutet, wird schlicht übersehen. Daß die Privatisierung der grundlegenden Infrastrukturbereiche wie Trinkwasseranschluß, Abwasser- und Müllentsorgung, die heute als Umweltschutzinvestitionen bezeichnet werden, die Ärmsten, die nichts zahlen können, immer ganz ausschließt, wird in Kauf genommen. Wenn auf privater Basis heute 60% der Bevölkerung einer Stadt an eine Müllabfuhr angeschlossen werden können, wird dies als großer Fortschritt gefeiert, während man vor zehn Jahren mit städtischen, öffentlichen Mittel versuchte, alle zu erreichen. Das rentiert sich nicht mehr. Und die UNDP? Ihre Konzepte passen sich bereits in vorauseilendem Gehorsam den Forderungen der Wirtschaft an. Der Müll wird nicht weniger.

Gisela Reipen

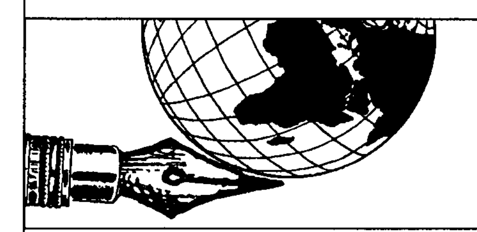
Kutter bei die Fische

▸ Aus deutschen Landen frisch auf den Tisch. Dies ist eine falsche Information, was Fische betrifft. Fischstäbchen und -filets stammen nur noch zu einem Viertel aus der heimischen Nord- bzw. Ostsee. Immer weiter ziehen die riesigen Hochseetrawler auf der Suche nach Fanggründen. Die westafrikanischen Gewässer sind seit einigen Jahren ein beliebtes Ziel. Allerdings mit fatalen Folgen: die europäischen Fangflotten hieven so viel Fisch aus dem Meer, daß die natürliche Regenerationsfähigkeit nicht mehr gewährleistet ist, und die einheimischen Küstenfischer das Nachsehen haben. Selbst die verbotene Sechs-Meilen-Zone ist bei den de facto nicht vorhandenen Überwachungsmöglichkeiten kein Tabu. So berichten senegalesische Fischer immer wieder von EU-Trawlern, die nachts mit abgeblendeten Licht in der Zone fahren und ihnen die Fische wegschnappen. Falls der Trend anhält, ist die Sicherung der Ernährung in ganz Westafrika gefährdet. So wird im Senegal drei Viertel der Eiweißversorgung durch den Fisch abgedeckt. Allerdings steigen wegen der Überfischung bereits jetzt die Preise, und für viele Senegalesen ist Fisch kein Grundnahrungsmittel mehr. Zudem ist Fisch für Senegal ein wichtiges Exportprodukt in die Nachbarländer. Allerdings erhält die senegalesische Regierung für die der EU eingeräumten Zugangsrechte zu ihren Fischgründen finanzielle Kompensationszahlungen von 16 Mio. ECU. Davon werden wiederum 4 Mio. aus den Mitteln der europäischen Entwicklungszusammenarbeit bezahlt. Im Klartext: Entwicklungshilfegelder werden dazu benutzt, den EU-Schiffen den Zugang zu den Beständen der senegalesischen Fischer zu ermöglichen.

gelu

▸ *GERMANWATCH hat dazu eine Kampagne angestoßen. Weitere Informationen unter Tel.: 0228/604920, Fax: 0228/6049219, E-mail: Germanwatch.BN@Bonn.comlink.apc.org.*





Lizenz zum Töten?

▶ In den Zeiten des Kalten Krieges hatte nur James Bond die Lizenz zum Töten. Heute bereiten sich Armeen in Europa, die früher Krieg per Definition verhindern sollten, genau auf diesen vor. Es ist fast schon atemberaubend, wie in den letzten Jahren aus dem Konzept der 'Landesverteidigung' das der 'erweiterten Landesverteidigung' wurde. Sprach man Anfang der 90er Jahre noch verschämt von UN-Blauhelmen, sind heute den Krisenreaktionskräften keine Grenzen gesetzt.
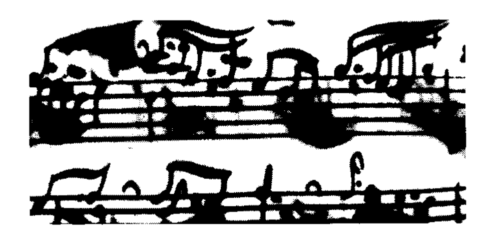
Jürgen Grässlin veranschaulicht in seinem gerade erschienenen Buch **Lizenz zum Töten? Wie die Bundeswehr zur internationalen Eingreiftruppe gemacht wird** die Salamitaktik, mit der die bundesdeutsche Öffentlichkeit von Volker Rühe über den Tisch gezogen wird. Schon in seinen letzten beiden Büchern »*Den Tod bringen Waffen aus Deutschland*« und »*Daimler Benz: Der Konzern und seine Republik*« legte der Vorsitzende des Rüstungs-Informationsbüros Baden-Württemberg (RIB) und Sprecher der Kritischen AktionärInnen Daimler Benz (KAD) den Finger in die Wunde der sich verändernden Republik. Jetzt hat sich Grässlin das neue Gesicht der Bundeswehr vorgenommen. Auf gut vierhundert Seiten geht es in erster Linie um die Verdrängung des Primats der Politik durch das Diktat der Militärs.

Aufgezeigt wird dieser Wandel unter anderem an Länderbeispielen wie Somalia. Wer weiß heute noch, was die Bundeswehr in Belet Huen machte, bzw. was sie dort eigentlich sollte? Die Scheinhumanität hatte mit der auseinanderbrechenden Gesellschaft Somalias wenig am Hut, dafür um so mehr mit der innenpolitischen Debatte in der Bundesrepublik Deutschland.

Aber auch die Umdefinition der vielen neuen High-Tech-Waffen verdeutlicht, wie die Planer auf der Hardthöhe mit dem schwachen Gedächtnis der öffentlichen Meinung rechnen. Der Eurofighter zum Beispiel wurde Ende der achziger Jahre noch unter dem Forschungstitel Jäger 90 mit der Argumentation begründet, die angreifenden MiG 29 Maschinen mit Luft-Luft-Raketen abzufangen. Inzwischen besitzt die Bundeswehr selber die MiGs aus den NVA-Beständen. Folgerichtig verkündete Rühe 1992 den Tod des Supervogels. Er unterschätzte allerdings seine eigene Rüstungslobby. Heute soll der Eurofighter als Jagdbomber in »unterschiedlichsten geographischen Einsatzzonen« zur »hochpräzisen und selektiven Bekämpfung von Punktzielen« eingesetzt werden. Die Existenz der deutschen Rüstungsindustrie und Entwicklung ihrer Systemfähigkeit zur High-Tech-Waffenproduktion werden so auf Jahrzehnte hinaus gesichert.

Das Buch kritisiert aber nicht nur die gezielten Fehlsteuerungen der neuen deutschen Machtpolitik. Im Schlußkapitel wird der Kampagnenvorschlag 'FÜNF für den Frieden' präsentiert, der die Senkung der Militär- und Rüstungshaushalte jedes Jahr um fünf Prozent beinhaltet. Neben einer langfristigen Konversion der Rüstungsindustrie wird eine Machtverlagerung von den Militärorganisationen wie NATO und WEU hin zu den zivileren Organisationen wie UNO und OSZE angestrebt. *gelu*

▶ *Jürgen Grässlin, Lizenz zum Töten? Wie die Bundeswehr zur internationalen Eingreiftruppe gemacht wird. Knauer Verlag, München 1997, 414 S., 16,90 DM.*



Der lange Abschied

▶ Wohl kaum eine andere Debatte ist stärker von Verwirrungen, Spekulationen und Unkenntnis durchzogen als die über Kuba. Während die einen nicht davon ablassen, ihn romantisch zu verklären, sehen andere im »socialismo tropical« ein todgeweihtes Überbleibsel vergangener Zeiten. Zuweilen wird sogar über den »kommenden karibischen Tiger« sinniert. Was auf der Tropeninsel indes vor sich geht, bleibt in der Regel im dunkeln.

Wie sind die bisherigen Reformversuche nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Wirtschaftsraums zu werten? Hat der Kapitalismus nicht längst das Zepter an sich gerissen? Wieso verfügt die Regierung trotz der jüngsten Miseren über immer noch hohe integrative Fähigkeiten? H. J. Burchardt, der zwei Jahre an der Universität von Havanna studierte, nähert sich diesen Fragen erfreulich nüchtern. Er entzaubert mit seinem Buch **Kuba, der lange Abschied von einem Mythos** nicht nur einschlägige ideologische Phrasen, ebenso versucht er den mythischen, zuweilen solidarischen Nebel aufzulösen, der die Sicht auf Kuba nach wie vor trübt. Anstatt ermüdende Klischees in üblicher Art und Weise wiederzukäuen wird vor historischem Hintergrund der bisherige Reformprozeß einer politökonomischen Kritik unterzogen – und dies auf der Grundlage eines umfassenden, im deutschsprachigen Raum weitgehend unbekannten und hochinteressanten Datenmaterials.

Daß die bisherigen Reformetappen unter ungünstigen Sternen standen und zudem von äußeren Faktoren maßgeblich induziert wurden, ist nicht neu. Doch dem Autor geht es nicht darum, den weltweiten Strukturzwängen die Verantwortung für die Richtung und den Verlauf der kubanischen Reformen zuzuschieben. Trotzig vertraut er auf die Gestaltungsräume nationalstaatlicher Regierungen und läßt sich auf kubanische Realpolitik ein. Fernab vom Kampf um Schlagworte – etwa ob Kuba noch sozialistisch oder schon kapitalistisch sei – sucht er die Details, die vermeintlichen Fehler und beschreibt die bisherigen gesellschaftlichen Konsequenzen: von der Reintegration in den kapitalistischen Weltmarkt, der Förderung des Tourismus und der Zulassung von Joint-Ventures über die Etablierung einer strikt getrennten, dualen Wirtschaft (Devisen- vs. Binnensektor), die Legalisierung des Dollars, bishin zur dadurch beförderten, extremen sozialen Ungleichheit, der »balsero Krise«, der Öffnung der freien Bauernmärkte und der teilweisen Umwandlung von Staatsbetrieben in Kooperativen .

Dabei zeigt sich, wie durchgängige Merkmale und Gebrechen staatssozialistischer Länder v.a. ein rigider staatlicher Zentralismus und eine extensive, auf quantitativem Wachstum beruhende Wirtschaft – in ihrer besonderen Ausprägung bis heute den Reformprozeß Kubas durchziehen. Die Politik seit 1990, so Burchardt, pendele zwischen »ideologisch legitimiertem Strukturkonservatismus und pragmatischen Zwängen«, ohne auf einem zusammenhängenden Konzept zu basieren – vom Willen zu einer grundlegenden politischen Reform ganz zu schweigen: Eine Politik des »desahogamiento«, was soviel bedeutet, wie immer wieder und gerade noch den Kopf aus der Schlinge zu ziehen.

Burchardt glaubt, besonders an der mangelhaften Erschließung der Binnenökonomie – in ihr vermutet der Autor ein erheblich höheres Entwicklungspotential als in der Weltmarktintegration – den hemmenden und innovationsfeindlichen Einfluß zentralstaatlicher Administration zu erkennen. Koordinierte Maßnahmen, um die wirtschaftliche Dynamik des Devisensektors auch für die ineffiziente Binnenwirtschaft nutzbar zu machen, blieben aus. Gäbe es sie, würde der Staat zugunsten gezielter Regulierung seine Macht teilweise einbüßen müssen. Doch welche Administration gibt Macht vorsorglich und freiwillig ab?

Erfrischend an diesem Buch ist nicht zuletzt, daß die demokratische Frage nicht wie üblicherweise als ideologisches Totschlagargument eingeführt wird. Burchardt verweist vielmehr darauf, wie wenig formaldemokratische, kapitalistische Gesellschaften in der Lage sind, Demokratie in der ökonomischen Sphäre zu etablieren. Daß er jedoch aus Zielvorgaben für die Binnenentwicklung die Notwendigkeit für demokratische Reformen und Partizipation ableitet, überrascht indes sehr: Eine wahrlich steile Argumentationsfolge, die die technokratische Herangehensweise des Autors am deutlichsten offenlegt.

Unter dem Strich bleibt das »politische System« Kubas als Reformsubjekt und der brüchig gewordene »nationale Konsens« als integrative Kraft – das ist zugleich die Einstimmung für den letzten und mit Sicherheit strittigsten Teil des Buches. Zum einen wer-

den nun vor dem Hintergrund der geleisteten Kritik und aus der leicht staubigen Kiste dependenztheoretischer Ansätze nicht nur konkrete Perspektiven und politische Alternativen, bishin zu einem Fahrplan für den Umbruch auf Kuba angeboten. Darüber hinaus wird anhand des Scheiterns sowohl des sowjetischen als auch des jugoslawischen Sozialismus auf wenigen Seiten die Vision eines »Marktsozialismus« konkretisiert. Denn »die Zukunft der Weltgesellschaft liegt jetzt in der bewußten Überwindung des Kapitalismus (...).« Dem ist wohl prinzipiell zuzustimmen, allein der Versuch, solche Debatten in heutigen Zeiten zu forcieren, ist bemerkenswert. Bleibt nur zu betonen, daß ein derartiger Umbruch wohl kaum – wie der Autor an anderer Stelle beiläufig bemerkt – ohne Kämpfe sozialer Gruppen geschehen wird. Es wäre nicht das erste Mal, daß sich der Weg von ökonomischer Kritik zu gesellschaftlichem Bewußtsein und Praxis dorniger erweist, als von seinen Theoretikern angenommen.

Jens Winter

▶ *Hans Jürgen Burchardt: Kuba, der lange Abschied von einem Mythos. Schmetterling Verlag, Stuttgart 1996, 260 Seiten,29,80 DM.*

Im Dschungel der Widersprüche

▶ Ein Buch mit dem Titel **Tarzan was nun?** ruft Erinnerungen an Vorabendserien aus den späten 60er und frühen 70er Jahre wach. Tarzan, der Rächer der Enterbten des Dschungels. Er hat die Lage im Griff und rettet Jane vor jedem Bösewicht. Er hat eine Botschaft und kennt keine Selbstzweifel.

Tarzan steht für den alten Internationalismus, der sich von einer nationalrevolutionärer Befreiungsbewegung zur anderen schwang und gegen den Imperialismus agierte. Das ist Geschichte und Tarzan eine verstaubte Comic-Figur. Oder doch nicht? Der Ex-Tupamaro Eleuterio Fernández Huidobro, notierte 1991 bei einem Treffen mit bundesdeutschen Linken: »Wir kommen zum Seminarort. Ein Teil der deutschen Linken kommt ebenfalls an: mit Ohrringen, die Haare seltsam geschnitten und in einer Kleidung, die typisch ist, weil sie atypisch ist. Die Farbe Schwarz herrscht vor. Obwohl sie Protestform sein soll, sieht die Kleidung doch zu sehr nach einer Uniform aus, die identifiziert und gleich macht, aber auch Unterschiede schafft. Ohne es zu wollen muß ich an diese seltsame Neigung der Deutschen für Uniformen denken. So tragisch für sie und für die anderen.«

Ist das das Ende der internationalistischen Linken, die nur noch ihre Kleidung als gepanzerte Außenhaut vor sich her trägt? Viele bundesdeutsche Ex-Linke, die noch vor Jahren die Fahnen geschwungen haben, reagieren im Gegensatz zu den Ex-Tupamaros nur noch abwinkend. *Tarzan – was nun?* ist dazu das richtige Gegengift.

Der Verlag Libertäre Assoziation unternimmt seit Anfang der 90er Jahre mit seinen Veröffentlichungen immer wieder bemerkenswerte Anläufe, um die Geschichte des Internationalismus und Versuche der qualitativen Neubelebung zu dokumentieren und zu kommentieren (*Odranaoel – Die Linke zwischen den Welten*, 1992 und *Ya basta! Der Aufstand der Zapatistas*, 1994).

Der nun vorliegende Sammelband ist sehr offen. Offen im Sinne von persönlich, indem Henning Melber unter der Überschrift »Ambivalenzen eines schwäbisch-namibischen Antikolonisten« seine Geschichte als Aktivist mit allen Kurven und Widersprüchen nachzeichnet; offen, wenn Walter Moßmann in einem Streitgespräch mit ei-

nem jungen Intellektuellen aus der Ukraine weiße Flecken präsentiert, die wir bisher noch gar nicht kannten. Offen aber auch, indem Widersprüche nebeneinander gestellt werden, ohne sie sofort aufzulösen.

In der Politik mit und zu Flüchtlingen und MigrantInnen fällt dies besonders auf: »Wir wollen offene Grenzen, ohne dabei dem Kapital nur neue billige Arbeitskräfte in den Rachen zu werfen. Wir wollen gleichen Lohn für Einheimische und MigrantInnen, ohne dadurch nur weiter zur Abschottung des deutschen Arbeitsmarkts beizutragen.« Trotzdem ist man nicht zur Untätigkeit verdammt. Die Diskussion zu Mindeststandards könnten erste praktische Schritte im Sinne der AutorInnen sein.

Das Buch, dessen Beiträge alle mit Gewinn zu lesen sind, hat wie fast jeder Sammelband das Problem des fehlenden roten Fadens. Andreas Foitzik und Athanasios Marvakis, deren Beitrag »Von guten Menschen und anderen Widersprüchen« auch als kommentierende Einleitung gelesen werden kann, versuchen eine Annäherung an einen solchen. Mit dem Begriff 'Orientierung in Widersprüchen' kann selbstredend nicht offensiv agiert, sondern nur vor Fallen und Fehlern gewarnt werden. So warnen sie berechtigt vor den Illusionen von persönlichen Nischenkulturen, die in 'Bonsai-Utopien' versanden oder vor den Zynikern, die sich verabschiedet haben. Die Wegweiser am Schluß des Beitrags bleiben allerdings doch zu sehr im allgemeinen stecken.

Im letzten Drittel des Buchs findet der oder die LeserIn dann aber doch noch sehr Überraschendes und sehr Praktisches. So holt Christina Thürmer-Rohr die Klassikerin Hannah Arendt aus ermüdenden Uniseminaren und Feuilletons heraus, die sich neuerdings meist nur noch um ihre Briefe kümmern – wie vor gut zehn Jahren bei Rosa Ls. Liebesbriefen. Bei Thürmer-Rohr wird das Denken ohne Geländer von Arendt unter der Überschrift »Handeln heißt Anfangen« wieder auf eine prickelnd politische Ebene gestellt. Und der schon erwähnte Eleuterio Fernández Huidobro präsentiert ein »mögliches provisorisches Programm« mit Forderungen nach einem 6-Stunden-Tag und einem Nein zum Sozial- 'Dumping', das hierzulande von manchen als sozialdemokratisch gegeißelt werden würde. Das neue Aufwerfen der demokratischen und sozialen Frage steht nicht erst seit Chiapas und nicht nur dort auf der Prioritätenliste linker Parteien und Bewegungen in Lateinamerika. Hierzulande könnte Huidobro sich mit einem Grünen wie Micha Brumlik zusammensetzen, der auf einem Perspektivenkongreß der Grünen die für das dortige Publikum überraschende Forderung gestellt hat, man müsse über Kommunismus reden. Auf derartige spannende Diskussionen wird man/frau aber angesichts des Grabensystems der bundesdeutschen Linken, noch etwas warten müssen.

Tarzan – was nun? könnte dazu beitragen, diese Gräben im Sinne einer konstruktiven Diskussionskultur zu überwinden und den Dschungel etwas zu lichten.

Georg Lutz

▸ *Tarzan – was nun? Internationale Solidarität im Dschungel der Widersprüche, Verlag Libertäre Assoziation, Hamburg 1997, 269 Seiten 28 DM.*

Zeitschriften

epd - Entwicklungspolitik 8

▶ Rio plus 5: Fünf Jahre nach dem »Erdgipfel« von Rio zieht die UNO Bilanz (vom 23. bis. 27 Juni bei der Sondergeneralversammlung über Umwelt und Entwicklung). Aus diesem Anlaß thematisiert die April-Ausgabe der epd-Entwicklungspolitik die »Weltumweltpolitik« – in einem Interview mit dem Umweltwissenschaftler Udo Ernst Simonis – und die Umweltpolitik weltweit – in den Artikeln zur bedrohten Artenvielfalt in Vietnam, zur Umweltpolitik in China und zu Ansätzen ökologischer Energiepolitik in Thailand. Neben der Globalisierung der Umweltpolitik befaßt sich das Heft mit globaler Vernetzung und neuer internationaler Arbeitsteilung, dargestellt an Beispielen aus Indien, Jamaika und Brasilien.

▶ *Einzelheft 6 DM. Bezug: Postfach 50 05 50, 60394 Frankfurt.*

inamo 9

▶ Frauenbilder- Frauenrealitäten: In drei Beiträgen beschäftigt sich die jüngste Ausgabe der Zeitschrift des Informationsprojekts Naher und Mittlerer Osten mit der Situation von Frauen in Ägypten und Marokko. Untersucht werden die Auswirkungen von Globalisierung, Strukturanpassung und neoliberaler Politik auf Frauen auf politischer (Frauenrechte) und ökonomischer (Arbeits- und Beschäftigungsstrukturen, Armut) Ebene. Weitere Themen sind Nuklearwaffen im Nahen und Mittleren Osten, das neu entstehende politische System in den »selbstregierten« Gebieten Palästinas, Menschenrechtsverletzungen in der Türkei, kultureller Widerstand im Iran u.a.

▶ *Einzelheft 10 DM. Bezug: Bismarkstr. 8, 91054 Erlangen..*

• • •

Wir begrüßen Mischa (Hallo!) und beglückwünschen Anette und Jörg.

• • •

▶ Der Themenschwerpunkt dieser Ausgabe entstand in Kooperation mit der Stiftung Umverteilung! Berlin.

▶ Die Rubrik Soziokultur wird vom Fonds Soziokultur e.V. gefördert.

Die Beute 13

▶ Migration, Abschiebung, Rassismus: Fünf Jahre nach Abschaffung des Grundrechts auf Asyl bilanziert die Roma-UnterstützerInnen-Gruppe Bochum den institutionellen Rassismus in Deutschland am Beispiel der Flüchtlingsverwaltung und der Abschiebeknäste in Nordrhein-Westfalen. In weiteren Beiträgen innerhalb des Themenschwerpunkts »Grenzen der Aufklärung« berichten Christoph Hermann und Michael Fanizadeh über polizeiliche Übergriffe auf liberianische Asylsuchende in Wien und Yann Moulier Boutang schildert den Kampf der illegalen Einwanderer in Frankreich um das Recht, sich niederzulassen und über die gleichen Rechte wie die bereits Niedergelassenen zu verfügen. Daneben untersucht Imran Ayata in dem Artikel »Geißendörfers Kanaken« die Rolle der »B-Menschen« in der Fernsehserie Lindenstraße.

Fünf Jahre nach dem Friedensschluß in El Salvador erläutert Dieter Drüssel vom Zentralamerika-Sekretariat (Zürich) in einem Gespräch die dortige Situation. Desweiteren legt John Holloway in dem theoretischen Essay »Capital Moves« dar, daß das Kapital kein Ding, sondern ein gesellschaftliches Verhältnis ist.

▶ *Einzelheft 16 DM. Bezug: Postfach 100 624, 60006 Frankfurt oder im Buchhandel.*

Vorschau: iz3w Nr. 222
Schwerpunkt: »(Welt)Musik«

▶ Der Musikkritiker Joachim E. Behrendt schwärmte einst von der Weltmusik als »geistige(r) Einheit durch vollständiges spirituelles Einswerden aller Völker, Liebe und Frieden für alle und eine Erlösung in panreligiöser Ekstase«. Andere sehen in der Weltmusik nichts weiter als ein Vermarktungskonzept der Musikindustrie, das nicht mehr allein davon lebt, daß es jede Art von Musik mit Ähnlichkeit schlägt und gleich macht. Die heutige Musikindustrie hat eine neue Form marktträchtiger Homogenität hervorgebracht: die Differenz als Einheit, in der auch die letzte musikalische Schrulligkeit ihren Platz hat. In unserer nächsten Ausgabe fragen wir, inwieweit unterschiedliche Musikstile wie Rap, Jazz, Highlife, Techno etc. noch kommunikative oder gar subversive Kräfte entfalten können.

Herausgeberin:
▶ Aktion Dritte Welt e.V. – informationszentrum 3. welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16a (Hinterhaus), D-79020 Freiburg i. Br. Telefon: 0761/74003, Fax: 0761/709866, E-Mail: iz3w@link-s.cl.sub.de
Bürozeiten: Montag bis Freitag 10 bis 16 Uhr.

Redaktion:
▶ Monika Bierwirth, Stephan Günther, Monika Hoffmann, Martin Janz, Georg Lutz, Bernhard Merk, Jochen Müller, Dörthe Nath, Christian Neven-du Mont, Christine Parsdorfer, Suleika Reiners, Gisela Reipen, Christian Stock, Jörg Später, Sigrid Weber, Eva Zányi.

Vertrieb für den Buchhandel:
▶ Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstr. 16, Postfach 9, 35463 Fernwald (Annerod), Tel.: 07641/43071

Satz und Gestaltung:
▶ Büro MAGENTA. Freiburg.

Herstellung:
▶ Druckerei schwarz auf weiß. Freiburg.

Jahresabonnement (8 Ausgaben):
▶ Inland: DM 60,– (für SchülerInnen, StudentInnen, Wehr- und Zivildienstleistende DM 50,–), Förderabonnement: ab DM 100,–
▶ Ausland: Europa plus DM 10,– und Übersee plus DM 30,– Porto / Jahr
▶ Kündigungen bis zum Erhalt des letzten Heftes. Sonst automatische Verlängerung.

Konten (Aktion Dritte Welt e.V):
▶ Postscheckkonto Karlsruhe
Konto-Nr. 148 239 - 755, BLZ 660 100 75
▶ Postscheckkonto Basel
Konto-Nr. 40-35 899-4
▶ Hypo-Bank Bregenz
Konto-Nr. 10 157 108 110

Eigentumsvorbehalt:
▶ Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Spenden:
▶ Steuerlich abzugsfähige Spenden bitte auf das Konto 124 96 06 bei der Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 00), Kontoinhaberin Stadtsparkasse Freiburg, Verwendungszweck: Durchlaufspende zugunsten der Aktion Dritte Welt e.V. Diese Spenden beinhalten kein Abo!

Anzeigenschluß für Ausgabe Nr. 222:
▶ (Druckfertige Vorlagen) 24.6.1997

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
E 3477
► iz3w
Postfach 5328
D-79020 Freiburg
ISSN 0933-7733